blätter des iz3w

Völkermord an den Armeniern

Nr. 114 Dezember 1983 DM 5,00

impressum
blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. – Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/ 7 40 03, Bürozeiten: Mo. - Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Christian Dierstein, Benedikt Fehr, Wolf-Matthias Gall, Walter Hättig, Andrea Hassur, Uli Kieser, Werner Kobe, Claudia Koenig, Volker Krempin, Michael Krischer, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Telefon: 0228/282619
Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/17618

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Vertriebs GmbH, Postfach 1165, Lollar, Telefon: 06406/5127

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 40,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,– DM).

Schweiz: SFR 40,– (bzw. 30,–)
Österreich: ÖS 300,– (bzw. 230,–)
Luftpostabonnements:
Europa: 52,– (bzw. 42,–)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76, (bzw. 66,)

Einzelpreis: DM 5,–/SFR 5,–//ÖS 37,–

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß von Nr. 115
Dienstag, den 24.1.1984

Anzeigenschluß für Nr. 115
Dienstag, den 31.1.1984

Einem Teil der Auflage liegt eine Beilage von der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V., 3400 Göttingen, bei.

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Rechnung 1984

Wir werden Anfang Januar die Rechnungen für Ihr Abonnement 1984 verschicken und wir bitten Sie, Ihre Rechnung bald zu bezahlen. Leicht sind solche Briefe im Stapel »Unerledigtes« verschwunden. Mahnungen belasten uns nicht nur finanziell, sondern auch arbeitsmäßig sehr stark. Dies geht zwangsläufig auf Kosten unserer inhaltlichen Arbeit.

Ermäßigter Preis oder voller Preis?
Eine weitere Bitte: Wir haben seit vielen Jahren einen ermäßigten Abonnementpreis, um finanziell schwächeren Lesergruppen (Schüler, Studenten, Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende, Arbeitslose, Rentner) den Bezug unserer Zeitschrift zu erleichtern. Der ermäßigte Preis deckt die durchschnittlichen Kosten, die uns entstehen, bei weitem nicht. Wir bitten Sie deshalb, diesen ermäßigten Preis wirklich nur in Anspruch zu nehmen, wenn Sie zu einer der berechtigten einkommensschwachen Gruppen gehören.

Vielen Dank
Aktion Dritte Welt

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Uganda

Die „Perle Afrikas" soll wieder glänzen

Einundzwanzig Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit und vier Jahre nach dem Sturz Amins steht Uganda für viele bei uns immer noch im Schatten des blutrünstigen Diktators. Wer das Land jedoch heute selbst besucht, merkt bald, daß die Situation weitaus vielschichtiger ist. Zwar ist Uganda weit davon entfernt, eine Hochburg der Demokratie zu sein, doch weist es jedenfalls zur Zeit politische Freiräume auf, die für afrikanische Verhältnisse beachtlich sind. Das gilt, auch wenn auf der anderen Seite autoritäre Tendenzen nicht übersehbar sind und ein Präsident mit einer schillernden Vergangenheit und eine Armee mit großem Einfluß nicht eindeutig kalkulierbare politische Größen darstellen.

„Die Wahlen, die Obote 1980 an die Macht gebracht hatten, waren alles andere als die Widerspiegelung des Volkswillens. Wer politisch nicht so denkt wie die Regierung, muß heute genauso mit Repressalien rechnen wie früher. Uganda ist immer noch weit davon entfernt, eine Demokratie zu sein!"

Der Mann, der nur wenige Tage nach Ugandas feierlich begangenem 21. Unabhängigkeitstag die derzeitige politische Situation in diesen düsteren Farben beschreibt, macht durchaus nicht den Eindruck eines verantwortungslosen Agitators. Im Gegenteil, mit seinem dezent geschnittenen Maßanzug und seiner gewählten Sprache wirkt Paul Ssemogerere, der Führer der oppositionellen Democratic Party (DP), eher wie ein englischer Gentleman, dem das Bedauern, gegenüber ausländischen Besuchern solche unangenehmen Wahrheiten aussprechen zu müssen, förmlich ins Gesicht geschrieben steht.

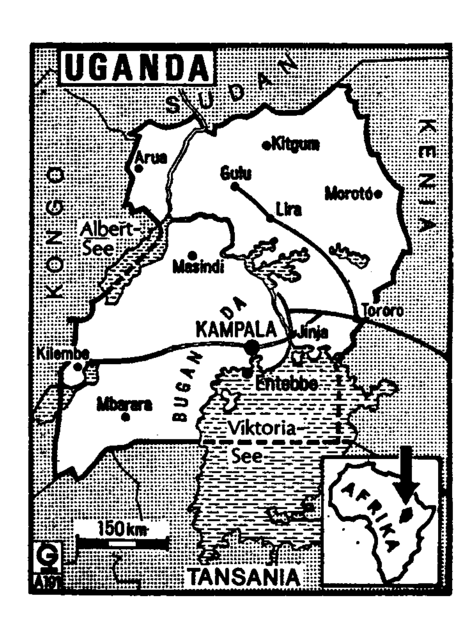
Um konkrete Beispiele für seine Behauptungen ist er nicht verlegen. Da ist die Rede von DP-Abgeordneten, die sich aus Angst um ihr Leben nicht mehr ins Parlament wagen, von DP-Anhängern, die kaltblütig umgebracht wurden und von festgenommenen Tatverdächtigen, die die Regierung vor der Gerichtsverhandlung wieder auf freien Fuß setzen ließ. Besonders spektakulär ist der Fall des Abgeordneten und DP-Wirtschaftssprechers Ssembatya, der erst vor kurzem in seinem Haus in Kololo, dem Prominentenviertel der Hauptstadt Kampala, tot aufgefunden wurde. Raubmord sagt die Regierung. „Doch", so Ssemogerere, „wie konnte das ohne Aufsehen zu erregen in einer Gegend geschehen, die zu den am besten bewachten der ganzen Stadt gehört? Gewöhnliche Kriminelle wären wohl kaum ein solches Risiko eingegangen, und schon gar nicht, um dann nur ein paar Habseligkeiten mitzunehmen." Uganda, von Churchill einst als die „Perle Afrikas" bezeichnet – nach wie vor also das, was eine angesehene katholische Zeitschrift in Deutschland vor nicht allzu langer Zeit einen „Alptraum" genannt hatte?

Aber obgleich die persönliche Glaubwürdigkeit des DP-Vorsitzenden sicherlich außer Frage steht – so wie sich das ostafrikanische Land dem Besucher im Herbst 1983 präsentiert, läßt es auch Seiten sichtbar werden, die nicht in dieses Bild passen, sondern die Situation zumindest als ambivalent erscheinen lassen.

Rückkehr zur Demokratie?

Paradoxerweise ist es nicht zuletzt Ssemogereres eigene Person, die für diese Ambivalenz steht, werden doch sowohl sein Büro in Kampalas vollklimatisiertem „International Conference Centre" wie auch sein Gehalt als Chef der dreißigköpfigen DP-Parlamentsfraktion von der Regierung bezahlt. Getreu dem britischen Vorbild bekleidet er nämlich die offizielle Stellung eines „Leader of the Opposition" – eine Geste der Regierung, die zwar nicht überbewertet werden darf, immerhin aber doch eine formale Anerkennung des parlamentarischen Kontrollprinzips darstellt, die auf dem Einparteien-Kontinent Afrika sonst nicht gerade häufig ist.

Anzeichen eines allmählich wiedererwachenden demokratischen Lebens sind aber auch außerhalb des Parlaments erkennbar. Zu diesen gehört die kürzlich erfolgte Wiederzulassung der studentischen Selbstverwaltung an der einst in ganz Ostafrika renommierten Makerere-Universität ebenso wie die staatliche Entschädigung, die den 1972 von

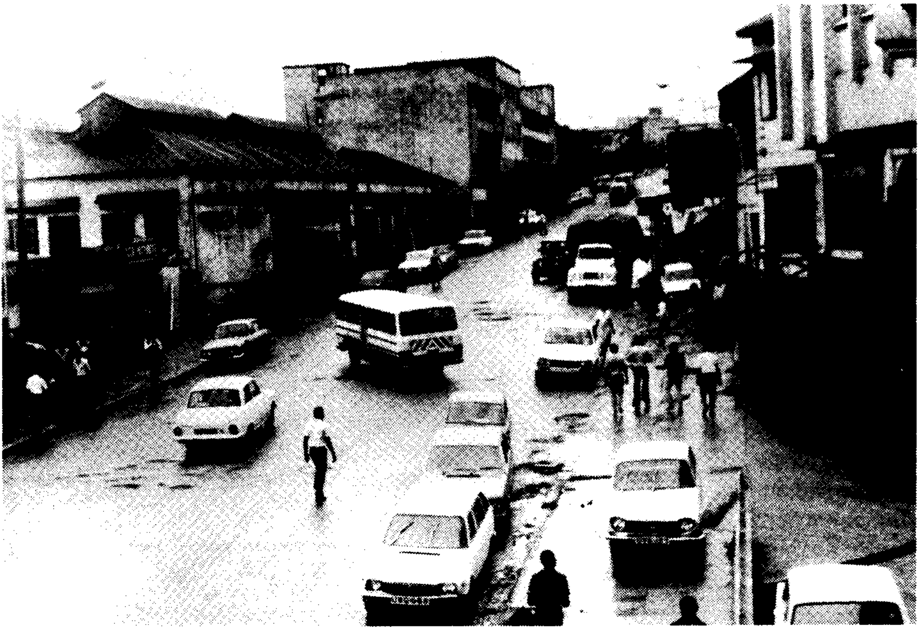


Amin außer Landes gejagten 40.000 Indern zugesagt wurde oder die für afrikanische Verhältnisse beachtliche Pres-

sefreiheit, die sich in einer Vielzahl überall in Kampala angebotener Zeitungen niederschlägt und auch ausländische Zeitschriften mit ausgesprochenen regimekritischen Artikeln einschließt. Die Regierung selbst wird nicht müde, immer wieder zu betonen, daß es sich bei all dem keineswegs nur um ein demokratisches Strohfeuer handele, mit dem man westliche Kreditgeber anlocken wolle. Vielmehr habe man hier einen Weg eingeschlagen, den man aus eigener Überzeugung für den richtigen halte, auch wenn er zugegebenermaßen oft recht mühevoll sei. Wie ernst man es mit dem demokratischen Wiederaufbau tatsächlich meine, gehe beispielsweise daraus hervor, daß Präsident Obote deutsche Christdemokraten während eines Uganda-Besuchs persönlich um die organisatorische Unterstützung der ihnen nahestehenden DP gebeten habe oder daß man sich für die Entschädigung der Inder entschieden habe, obwohl das mit hohen finanziellen Belastungen verbunden und bei Teilen der Bevölkerung durchaus unpopulär sei. Auf den kritischen Bereich der inneren Sicherheit und der Menschenrechte angesprochen, wird zugegeben, daß es hier in der Tat „Probleme" gegeben habe, wenn auch bei weitem nicht in dem von der ausländischen Presse und amnesty international behaupteten Umfang. Statt dessen, so Vizepräsident und Verteidigungsminister Paulo Muwanga, seien lediglich vereinzelte Übergriffe vorgekommen, die ihren Grund vor allem in der Unerfahrenheit der gerade erst wieder aufgebauten Armee gehabt hätten. Dort wo es systematischen Terror gegenüber der Zivilbevölkerung gegeben habe, sei der auf das Konto regierungsfeindlicher „Banditen" gegangen, die sich als Armeeangehörige ausgegeben hätten. Inzwischen gehörten diese „Nachwehen der Amin-Zeit" jedoch glücklicherweise der Vergangenheit an: die „Banditen" habe man aufreiben und den Ausbildungsstand der Armee nicht zuletzt dank der Hilfe befreundeter Commonwealth-Staaten erheblich verbessern können.

Armee versus bewaffnete Opposition: ein „schmutziger Krieg"?

Nachprüfen lassen sich diese Angaben freilich nur schwer, besonders, wenn es um die Armee geht. Denn so informationsfreudig sich die Regierung gegenüber ausländischen Journalisten inzwischen auch gibt – die Kasernen und erst recht die laut „amnesty international" darin untergebrachten „Befragungszentren" bleiben nach wie vor tabu. Neugierige von der Armee fernzuhalten besteht in der Tat Grund genug. Denn wenn auch nur ein kleiner Teil von dem zutreffen sollte, was amnesty international in seinem 1982 veröffentlichten Uganda-Bericht an Material zusammengetragen hat, dann kann es keinen Zweifel daran geben, daß sich die Armee bei ihrem Vorgehen gegen die „Banditen" (mit anderen Worten die bewaffnete Opposition, die Anfang 1981 als Reaktion auf Obotes angeblichen Wahlschwindel entstanden war) nicht nur „einiger Übergriffe", sondern massiver Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht hat. Nicht geklärt ist lediglich, ob es sich dabei um eine von oben angeordneten Politik der Einschüchterung gehandelt hatte oder mehr um das eigenmächtige Handeln unterer und mittlerer Chargen, verbunden mit einer Mischung aus Disziplinlosigkeit, Unsicherheit und schlechter Bezahlung bei den einfachen Soldaten.



Geschäftsstraße in Kampala

Der Regierung kann jedenfalls in keinem der beiden Fälle an einer Aufklärung des wahren Sachverhalts gelegen sein. Träfe der erste Fall zu, würde ihr erklärtes Bemühen, Uganda im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit endlich aus dem Schatten Amins heraustreten zu lassen und „die 'Perle Afrikas' wieder zum Glänzen" zu bringen, einen empfindlichen Rückschlag erleiden, während die im zweiten Fall eingestehen müßte, die Armee zumindest zeitweise nicht unter Kontrolle gehabt zu haben. Das würde aber höchstwahrscheinlich den Ruf nach Konsequenzen – d.h. einer Säuberung des Offizierskorps – laut werden lassen, die zu ziehen die Regierung aus machtpolitischen Gründen wiederum kaum in der Lage sein dürfte.
Immerhin gab es jüngst Meldungen über Prozesse gegen einzelne Soldaten und Offiziere, die teilweise sogar in der Armeezeitschrift „Mkombozi" veröffentlicht worden waren. Genaue Zahlenangaben wurden allerdings nicht gemacht. Wie in solchen Situationen meist üblich, wird das Problem wohl auch hier sein, daß mangels überlebender oder aussagebereiter Zeugen viele Fälle gar nicht erst vor Gericht kommen, bzw. daß dort nur die weniger wichtigen Glieder in der Kette der Gewalt verurteilt werden.
Mit einiger Sicherheit festzustehen scheint jedoch, daß die NRA (National Resistance Army) – so nennt sich die bewaffnete Opposition – mittlerweile aus ihrem Hauptoperationsgebiet nördlich der Hauptstadt abgedrängt wurde und nur noch in der Form kleiner versprengter Einheiten existiert. Dafür sprechen nicht nur die Berichte ausländischer Diplomaten, sondern vor allem auch die Tatsache, daß die nach Norden führenden Ausfallstraßen Kampalas im August nach langer Sperrung wieder für den Zivilverkehr freigegeben wurden.
Daß die Reste der NRA inzwischen zu Terrorakten Zuflucht genommen haben könnten, um die Regierung, wenn schon nicht zu stürzen, so doch wenigstens weiterhin in Unruhe zu halten, wäre daher nicht undenkbar – die in letzter Zeit bekanntgewordene Ermordung mehrerer Funktionäre der Regierungspartei UPC würde diese Annahme jedenfalls durchaus bestätigen. Vorstellbar wäre im übrigen auch, daß zumindest ein Teil der Morde an DP-Anhängern von NRA-Leuten verübt worden sein könnte: sei es um die Regierung zu diskreditieren, sei es, um die DP-Führung, die sich trotz ihrer vehementen Ableh-

nung Obotes ja stets gegen den bewaffneten Kampf ausgesprochen hatte, doch noch in ein radikaleres Fahrwasser zu zwingen. Daß die NRA – und nur sie – jedoch von Anfang an Terror eingesetzt haben soll, scheint dagegen mehr als zweifelhaft.
Nicht minder bezweifelt werden muß auch die Behauptung der Regierung, die sich abzeichnende Niederlage der NRA lasse auf eine gestiegene Popularität Obotes schließen. Vielmehr scheint die Mehrheit der Baganda, die ja das – wenn auch eher passive – zivile Umfeld der NRA gebildet hatten, in Obote auch heute noch vor allem den Mann sehen, der die von ihnen mehrheitlich unterstützte DP 1980 um den Wahlsieg betrogen hatte. Wenn die bewaffnete Opposition dennoch erfolglos blieb, dann dürfte das in erster Linie an der fehlenden Unterstützung von außen und der Einschüchterung der Zivilbevölkerung gelegen haben, aber auch daran, daß sie weder ein klares Programm noch eine geschlossene Führungsmannschaft präsentieren konnte. Sich trotz aller Abneigung mit Obote abzufinden, bedeutet unter diesen Bedingungen für die meisten Baganda offenkundig ein weniger großes Übel, als weiterhin einen Bürgerkrieg zu unterstützen, bei dem alles ungewiß wäre, außer, daß sie selbst immer mehr in die Zange aus Terror und Gegenterror geraten würden.

Was es bedeuten kann, zwischen die Fronten zu geraten, läßt sich im Luwero-Distrikt nördlich von Kampala beobachten, wo seit Beginn des Jahres an die 100.000 Menschen – ein Viertel der Gesamtbevölkerung – in insgesamt sechzehn Lagern zusammengepfercht sind. Nach offizieller Darstellung handelt es sich bei ihnen um „displaced persons", also Menschen, die angeblich vor dem „Terror der Banditen" in den Schutz der Armee geflüchtet sind. Ein Besuch in Kapeeka, dem größten dieser Lager läßt freilich Zweifel an dieser Version aufkommen: das barsche Auftreten der „Beschützer" und das eingeschüchterte Verhalten der „Beschützten" vermitteln statt dessen mehr den Eindruck eines Internierungslagers, in das die Armee die Bevölkerung zusammengetrieben hat, um draußen freies Schußfeld zu haben. Doch ob freiwillig oder gezwungen – erbärmlich sind die Lebensbedingungen in diesen beschönigend „relief centres" (Hilfszentren) genannten Lagern auf jeden Fall, sowohl was die Unterkunft in notdürftig errichteten Strohhütten oder alten Lagerschuppen als auch die fast nur aus Kochbananen bestehende Ernährung betrifft, von den sanitären und medizinischen Verhältnissen ganz zu schweigen.

Entspannung der Sicherheitslage

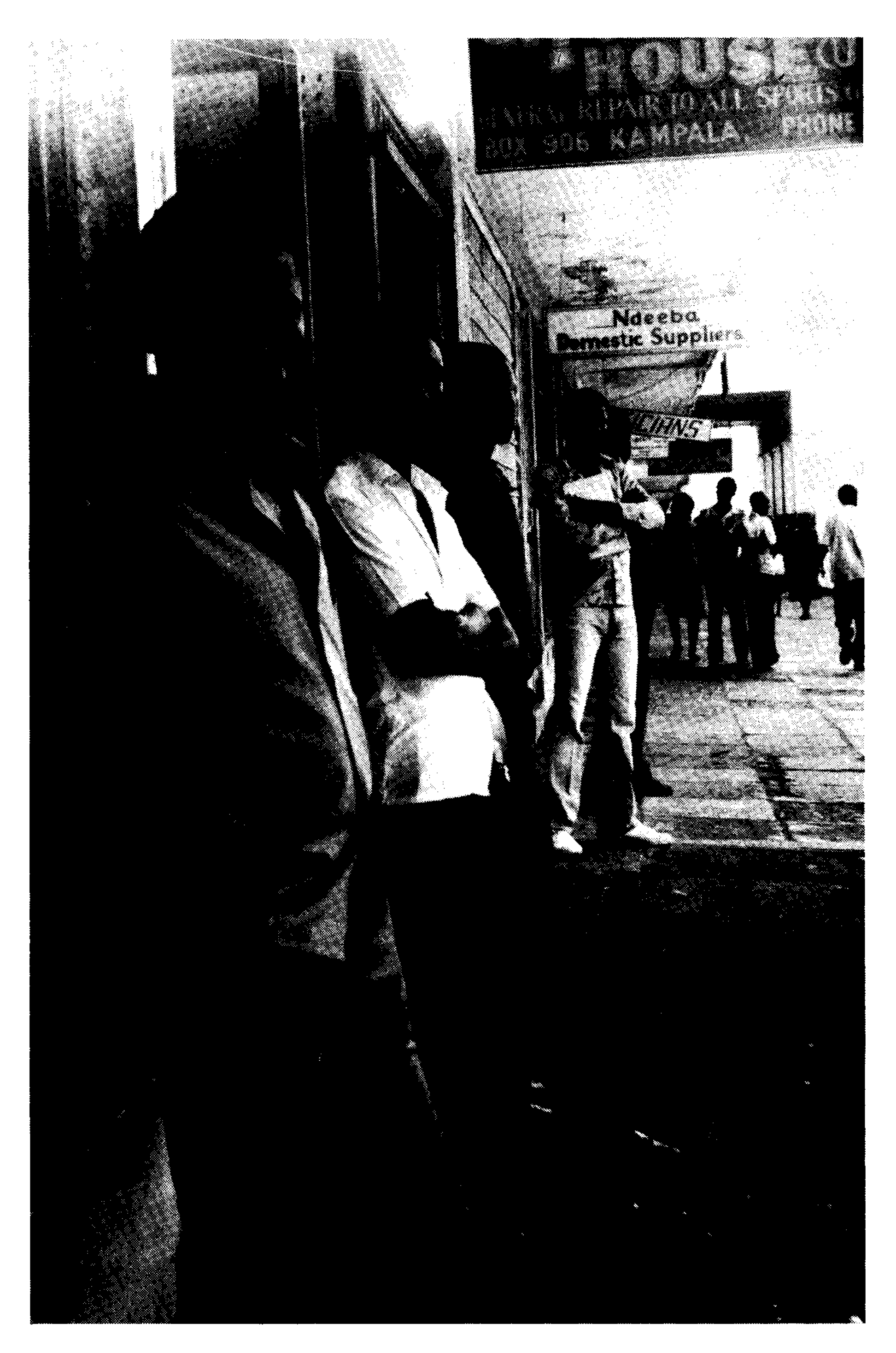
Zugegebenerweise zeichnet sich jedoch seit dem Zurückweichen der NRA eine Verbesserung der Situation ab. Jedenfalls gibt die Regierung seit einiger Zeit das Problem der „displaced persons" immerhin öffentlich zu und gestattet darüber hinaus verschiedenen internationalen Hilfsorganisationen den Zugang zu den Lagern, darunter auch dem vor einem Jahr erst ausgewiesenen Internationalen Komitee vom Roten Kreuz.
Das Verebben der bewaffneten Auseinandersetzungen scheint sich aber auch sonst auf die innere Situation des Landes entspannend auszuwirken. Das macht nicht nur die realtiv schwache Präsenz der Sicherheitskräfte bei Obotes öffentlichen Auftritten am Nationalfeiertag Anfang Oktober deutlich oder die am gleichen Tag erlassene Amnestie für insgesamt 2.100 Häftlinge, sondern auch das äußere Erscheinungsbild der Hauptstadt. Zwar ist das Khaki der Armee dort nach wie vor allgegenwärtig, doch taucht daneben das Blau der teilweise sogar unbewaffneten Polizisten immer häufiger auf. Und auch wenn die Geschäftsleute schon am späten Nachmittag ihre Schaufenster ausräumen und Taxis nach Einbruch der Dunkelheit eine Rarität sind – die Schießereien, die vor ein, zwei Jahren noch fast jeden Abend zu hören waren, haben inzwischen jedenfalls aufgehört. Tagsüber unterscheidet sich Kampala trotz schlaglöcherübersäater Straßen und manchem ausgebrannten oder mit Brettern vernagelter Läden – Überbleibsel des „Liberation War" von 1979 – ohnehin kaum noch von anderen afrikanischen Großstädten: Straßen und Märkte sind belebt und das vor zwei Jahren dem Vernehmen nach noch katastrophale Warenangebot hat sich augenscheinlich erheblich verbessert. Überdies kann man fast überall wiedereröffnete Geschäfte sehen, darunter nicht zuletzt auch ein „Wimpy"-Schnellrestaurant – bei uns Symbol einer öden Industriekultur, hier hoffnungsfroh registrierter Ausdruck einer fortschreitenden Normalisierung...
Und der Miniatur-„rush hour" nach zu urteilen, die Kampala zweimal täglich erlebt, scheint selbst das frühe oft nur flaschenweise verkaufte Benzin wieder reichlich zu fließen.
Dieser äußere Eindruck einer allmählichen wirtschaftlichen Erholung wird durch die offiziellen Statistiken bestätigt. Ihnen zufolge stieg – bei einer gleichzeitig sichergestellten Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln – die Produktion von Ugandas wichtigsten Ausfuhrgütern, Kaffee und Baumwolle, zwischen 1981 und 1982 um das doppelte und die von Tabak sogar um das zwölffache. Ähnliche, allerdings nicht ganz so spektakuläre Produktionssteigerungen waren in der Industrie zu verzeichnen, die hauptsächlich Bier, Zigaretten, Zement, Textilien und Wellblech herstellt. Das Sozialprodukt stieg 1981 um acht und 1982 um fünf Prozent.



Parade zum Unabhängigkeitstag

Erfolge in der Wirtschaftspolitik

Die Ursachen für diese positive Entwicklung sind jedoch nicht nur in der verbesserten Sicherheitssituation zu suchen, sondern auch in einer – von der Weltbank abgesegneten – Wirtschaftspolitik, die, ganz im Gegensatz zu



In der Innenstadt von Kampala

Obotes Ende der sechziger Jahre eingeleitetem „move to the left", vor allem auf Produktionssteigerung und Privatinitiative setzt. So wurden für die durchweg kleinbäuerlichen Agrarproduzenten die staatlich festgesetzten Abnahmepreise drastisch heraufgesetzt (beim Kaffee beispielsweise um mehr als 100 %), die Preiskontrollen für Konsumgüter aufgehoben und die ersten der schwerfälligen und defizitären Staatsbetriebe privatisiert. Vor allem aber wurde, unter Aufrechterhaltung eines Vorzugskurses für die Einfuhr von Investitonsgütern, der hoffnungslos überbewrtete Shilling radikal abgewertet, um so den blühenden Devisenschwarzmarkt austrockenen und gleichzeitig die inflationär aufgeblähte Geldmenge reduzieren zu können. In der Tat sank die Inflationsrate denn auch von 100 % im vorigen auf 25 % in diesem Jahr.

Die beeindruckenden Zuwachsraten in der Wirtschaft dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß der alte Produktivitätsstand noch längst nicht wieder erreicht ist, reflektieren sie doch in erster Linie die Tatsache, daß man in den meisten Bereichen praktisch wieder bei Null beginnen mußte. Tatsächlich arbeiten die meisten Fabriken heute immer noch weit unterhalb ihrer Kapazitätsgrenzen und auch die Landwirtschaft bleibt bei den Exportfrüchten hinter den Ernteergebnissen der frühen siebziger Jahre teilweise bis um die Hälfte zurück. In beiden Bereichen macht sich der auf die Devisenkanppheit zurückzuführende Mangel an Ersatzteilen, Düngemitteln u.ä. ebenso negativ bemerkbar wie die durch den Befreiungskrieg stark in Mitleidenschaft gezogene Infrastruktur.

Schattenseiten der Wirtschaftspolitik

Ein nicht weniger gravierendes Problem für die langfristige Wirtschaftsentwicklung stellt die schwindende Kaufkraft der städtischen Bevölkerung dar. Denn bei Preisen von 350 Shilling für eine Flasche Bier oder 800 Sh. für eine Staude „Matoke" – der vor allem im Süden als Grundnahrungsmittel dienenden Kochbanane – reicht der Monatslohn eines Arbeiters von durchschnittlich 1600 Sh. noch nicht einmal aus, um seine Familie für eine Woche zu ernähren, während eine höhere Beamtenfamilie mit einem Spitzeneinkommen von 6 – 7000 Sh. gerade so über die Runden kommt. Das Überleben in der Stadt wird damit ein täglich neu zu vollbringendes Kunststück, das nur deshalb immer wieder gelingt, weil viele einer Zweitbeschäftigung nachgehen, über die dörfliche Großfamilie mit Lebensmitteln versorgt werden oder sich einfach in den Grünanlagen Kampalas einen privaten Küchengarten angelegt haben.

Weniger Probleme mit den Preisen hat allerdings, wer in irgendeiner Form am „Magendo" beteiligt ist, dem trotz aller Geldabwertungen immer noch florierenden Schwarzmarkt, oder wer ein öffentliches Amt bekleidet, das er zu Geld machen kann – sei es als hoher Beamter, der Staatsaufträge nur gegen „Provision" erteilt, sei es als Krankenhausarzt, der Medikamente lediglich gegen Bezahlung verabreicht oder als Lehrer, der von den Eltern seiner Schüler ein persönliches „Schulgeld" verlangt. Das genaue Ausmaß von Schwarzmarktaktivitäten und Korruption ist natürlich nicht bekannt, doch die Tatsache, daß in Kampala Jeans für 2000, Herrenschuhe für 4000 und Herrenanzüge für 20.000 Shilling offenbar ohne Schwierigkeiten Abnehmer finden, deutet darauf hin, daß es wohl nicht wenige sind, die derartige Einnahmequellen haben.

Die Regierung ist sich der weitgeöffneten Lohn-Preis-Schere zwar bewußt, behauptet aber, nach zwei aufeinanderfolgenden Erhöhungen des gesetzlichen Mindestlohns um 25 bzw. 50 % weitere Zugeständnisse nicht mehr machen zu können, da sonst die Inflation weiter angeheizt werde. Zukünftige Einkommenssteigerungen könnten daher nur die Folge eines weiteren Produktivitätsanstiegs sein. Was natürlich weniger offen zugegeben wird ist die Befürchtung, daß steigende Einkommen in der Stadt einen unerwünschten Zustrom Landflüchtiger auslösen oder gar den Verlust der Unterstützung des Internationalen Währungsfonds nach sich ziehen könnten, der den bisherigen Wirtschftskurs in den letzten drei Jahren mit Krediten von insgesamt immerhin 373 Mio. Dollar honoriert hatte.

Antidemokratische Tendenzen

Die mit einer solchen Einkommenspolitik verbundenen Gefahren scheint man allerdings weniger zu sehen. Gefahren, die nicht nur darin liegen, daß die Produktivität aufgrund fehlender materieller Anreize bald wieder sinkt, sondern vor allem auch darin, daß die Korruption die noch nicht allzu fest verankerte Demokratie allmählich unterminiert. Denn in einer Gesellschaft, in der Korruption – d.h. der Einsatz öffentlicher Ämter für private Zwecke – quasi zu einer Überlebensstrategie geworden ist, bildet sich bei den jeweils Regierenden nahezu automatisch das Bestreben heraus, die einmal gewonnene Macht nich mehr aus den Händen zu geben, wohingegen sich bei der Opposition mangels zu verteilender Pfründen auch ohne besondere Repressionsmaßnahmen von oben ein personeller Auszehrungsprozeß einstellt.
In der Tat lassen sich in Uganda beide Tendenzen beobachten. Denn während die oppositionelle DP seit 1980 bereits acht ihrer Abgeordneten an die regierende UPC verloren hat, machen sich bei dieser Strömungen bemerkbar, die eindeutig gegen das Mehrparteiensystem gerichtet sind. Zumindest entspricht es nicht gerade dem demokratischen Prinzip einer klaren Trennung zwischen Partei und Staat, wenn bei den Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag National- und UPC-Fahne einträchtig nebeneinander wehen, wenn die versammelte Armeeführung bei einer anderen Gelegenheit öffentlich die UPC-Hymne absingt oder über Radio Uganda UPC Slogans gesendet werden. Auch die Feststellung des Parlamentspräsidenten „man" habe der Demokratie den Vorzug gegeben, obwohl „man" sich auch für eine aufgeklärte Diktatur hätte entscheiden können oder die Bemerkung des Informationsministers, er wolle für seine Journalisten die Pressefreiheit schaffen, sprechen weniger für ein wirklich demokratisches als eher ein autoritäres, auf jeden Fall aber zutiefst paternalistisches Denken. Gerade am Beispiel der Presse läßt sich das für Uganda offenbar typische Nebeneinander von relativer demokratischer Freiheit und staatlichen Gängelungsversuchen deutlich erkennen. Einerseits gibt es in der Tat eine Vielzahl von Zeitungen – sowohl in Englisch als auch in afrikanischen Sprachen – spricht der Informationsminister von einer „absoluten Pressefreiheit" und fordert die Journalisten sogar zu größerem Freimut auf, doch andererseits ist die Regierung schnell mit dem Vorwurf der „falschen Berichterstattung" bei der Hand, wenn sich dieser Freimut in einer ihr nicht genehmen Richtung entwickelt. So warnte Vizepräsident Muwanga im letzten Sommer wiederholt vor „übertriebenen Sensationsberichten" und drohte, daß er gegebenenfalls das Erscheinen bestimmter Zeitungen „nicht nur schwierig, sondern unmöglich" machen werde – mit der Folge, daß am nächsten Tag drei Zeitungen ihr Erscheinen einstellten. Ebenso wurde vor einiger Zeit der Herausgeber der regierungseigenen „Uganda Times" wegen eines Berichts über angebliche Übergriffe der Armee entlassen und gegen die DP-Wochenzeitschrift „Munnansi" ein Gerichtsverfahren wegen „Aufruhrs" eröffnet, während andere Journalisten sich sogar im Fernsehen öffentlich für ihre „falsche Berichterstattung" entschuldigen mußten. Der ugandische Journalistenverband räumt zwar ein, daß es in einigen Fällen Inkorrektheiten oder Übertreibungen bei der Berichterstattung gegeben habe, macht neben der oft mangelhaften Ausbildung der Journalisten jedoch hauptsächlich die Regierung wegen ihrer restriktiven Informationspolitik dafür verantwortlich.



Marionettenspieler oder selbst Marionetten? Stabschef Ojok (dritter von links), Staatsminister im „Office of the President" Gris Rwakasiisi und Armeechef Generalleutnant Okello

Obote: Marionette der Armee?

Nicht klar ist allerdings auch bei diesen Fällen – denen man noch die küzrlich unter fadenscheinigen Gründen vorgenommene Verhaftung zweier DP-Abgeordneter hinzufügen könnte – ob sie nur auf das Konto einiger „Falken" im Regierungslager gehen, oder ob Obote selbst dahinter steht.
Das letztere erscheint zumindest auf den ersten Blick als wenig wahrscheinlich, wollen dem stets staatsmännisch-ausgewogen auftretendem Präsidenten doch

selbst manche seiner Kritiker persönliche Integrität und ein demokratisches Selbstverständnis nicht absprechen. Andererseit war es aber auch der gleiche Obote gewesen, der Ende der sechziger Jahre eigenmächtig die Verfassung geändert, die Opposition verboten und den heutigen DP-Führer Ssemogerere ins Gefängnis geworfen hatte und der vor



Obote-Anhängerin

allem den damaligen Major Amin nicht nur in einer Schmuggelaffäre gegenüber dem Parlament gedeckt, sondern sogar zum Oberbefehlshaber der Armee gemacht hatte.

Die Leichtigkeit, mit der Obote heute über seine damalige Mitverantwortung für das Zustandekommen der Amin-Diktatur hinweggeht – in der Regel wird diese Zeit mit der verschwommenen Formel „die dunklen Jahre" umschrieben – lassen zumindest Zweifel an seiner demokratischen Grundhaltung berechtigt erscheinen, ebenso wie die Ungereimtheiten, von denen seine Wiederwahl im Dezember 1980 begleitet war. (1)

Ginge es nach manchen kritischen Beobachtern, dann wäre die Frage nach Obotes heutiger politischer Grundhaltung allerdings ohnehin nicht mehr von großer Bedeutung, halten angeblich doch längst andere die Zügel der Macht in den Händen – Männer wie Vizepräsident und Verteidigungsminister Muwanga, Armeechef Okello, Stabschef Ojok oder Innenminister Luwuliza-Kirunda. In der Tat hat Obote vor allem den drei erstgenannten viel zu verdanken – ohne sie säße er wahrscheinlich noch heute in Daressalam im Exil – und genauso unbestritten ist es, daß die von ihnen kontrollierte Armee im politischen Gefüge des Landes einen zentralen Platz einnimmt. So bildet der Verteidigungshaushalt nicht nur den größten Einzelposten im Gesamtbudget, die Armee nominiert aus ihren Reihen auch zehn der insgesamt 146 Parlamentsabgeordneten und sowohl der Posten des stellvertretenden Innenministers als auch der des Chefs der staatlichen Kaffeevermarktungsgesellschaft sind von einem hohen Offizier besetzt. Dennoch sollte man sich auch hier vor übereilten Urtelen hüten. Denn trotz allem verfügt Obote allein schon dadurch über einen nicht zu überschätzenden Handlungsspielraum, daß er sich zusätzlich zum Präsidentenamt auch die wichtigen Kabinettsressorts des Äußeren und der Finanzen reserviert hat. Vor allem aber kommt ihm eine wichtige Rolle bei der Beschaffung ausländischer Kredite zu, da er derzeit der einzige auf der politischen Bühne Ugandas ist, der außerhalb des Landes eine gewisse Reputation genießt. Überdies dürfte er, was den Umgang mit der Armee betrifft, auch einige Lehren aus seiner ersten Amtszeit gezogen haben. Es wäre daher durchaus denkbar, daß nicht die Armee Obote, sondern umgekehrt Obote die Armee benutzt; etwa indem er sie bei der Niederwerfung der bewaffneten Opposition die „Schmutzarbeit" machen läßt, für sich selbst aber das Image des über den Dingen stehenden Staatsmannes aufbaut.

Insgesamt ist der Eindruck, den Uganda Ende 1983 beim Besucher hinterläßt, also recht zwiespältig. Sicher ist, daß die Verhältnisse dort nicht, wie hierzulande in der Presse manchmal zu lesen war, mit denen unter Amin verglichen werden können. Sicher ist aber auch, daß Uganda trotz verschiedener positiver Ansätze nicht das demokratische Musterland ist, als das es die Regierung gerne dargestellt sehen möchte. Letztlich muß die weitere Entwicklung zeigen, welchen Weg das Land endgültig nehmen wird. Vieles wird von der Bewilligung der für den weiteren Aufbau so dringend benötigten Finanzhilfen abhängen, mehr aber noch davon, wie die Regierung selbst sich verhalten wird. Etwa ob sie, wie versprochen, bald die Internierungslager auflösen und die Mannschaftsstärke der Armee soweit wie möglich reduzieren wird und vor allem, ob sie der Presse und der Opposition weiterhin den relativen Freiraum lassen wird, den diese im Augenblick jedenfalls noch besitzen.

fbt

1) vergl. 'blätter des iz3w', Nr. 91, Februar 1981

Zimbabwe

Kehrt der Alltag zurück?

Nachdem die blutig niedergeschlagenen Unruhen in Matabeleland zu Anfang dieses Jahres für heftige Turbulenzen in der internationalen Presse gesorgt hatten (vgl. blätter des iz3w Nr. 109), ist Zimbabwe seit einigen Monaten wieder nahezu aus den Schlagzeilen verschwunden. Damals verbreitete Untergangsprophezeiungen, die das Land in einem blutigen Stammeskrieg versinken sahen, haben sich bislang nicht erfüllt. Innenpolitisch scheint sich die Lage stabilisiert zu haben. Indessen wurde der Ausnahmezustand, mit dem schon Ian Smith regiert hatte, Ende Juli zum siebten Mal seit der Unabhängigkeit vom Parlament verlängert, und seit Anfang August verbietet ein Gesetz die unautorisierte Verbreitung von Informationen über die „Terrorismusbekämpfung", so daß es schwierig ist, sich ein genaues Bild der Situation insbesondere in der unruhigen Westprovinz Matabeleland zu machen. In den letzten Wochen tauchten hierzulande vereinzelte Meldungen auf, denenzufolge die zimbabwische Armee – besonders die 5. Brigade – nach wie vor sehr hart gegen die Zivilbevölkerung in Matabeleland vorgehe, angeblich auf der Suche nach „Dissidenten". Auch in den letzten Wochen habe es noch Tausende von Verhaftungen und viele Tote gegeben. Demgegenüber behauptet die zimbabwische Regierungspresse, die „Sicherheitsoperationen" der Regierung seien erfolgreich verlaufen und der Alltag in Matabeleland sei wieder eingekehrt. Im September nahm die seit langem geforderte Untersuchungskommission ihre Arbeit auf, die im Auftrag der Regierung die Vorfälle – die Bekämpfung der Unruhen im Matabeleland – vom Frühjahr untersuchen soll. Ob und inwieweit der offizielle Bericht der Kommission von den damals verbreiteten Nachrichten abweichen wird und ob er den jüngst erhobenen Vorwürfen nachgehen kann, bleibt abzuwarten.

Verhältnismäßig knapp kommentiert wurde in der Weltpresse die Verhaftung des ehemaligen Premierministers, Bischof Muzorewa, Ende Oktober. Muzorewa, der von 1979 bis 1980 eine schwarze Marionettenregierung angeführt hatte, die in keiner Hinsicht eine Alternative zum Smith-Regime bildete, gehört zu den schärfsten Gegnern der Regierung Mugabe. Er wurde bereits des öfteren – und sicherlich nicht unbegründet – beschuldigt, er arbeite mit seinen Anhängern an einem Sturz Mugabes. Anlaß seiner Verhaftung war offenbar seine Israelreise, bei der er sich öffentlich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Zimbabwe und Israel eingesetzt hatte. Die Regierung wirft ihm vor, sich bei seinen Umsturzplänen der Hilfe Südafrikas und Israels zu bedienen. Offiziell wurden jedoch keine Gründe für seine Verhaftung genannt.

Stärkere Unruhe, auch im Ausland, wurde in den letzten Wochen durch Berichte ausgelöst, die Massenverhaftungen von Frauen in mehreren Städten schilderten. Den Razzien, die angeblich der Bekämpfung der Prostitution, Landstreicherei und Bettelei dienen sollten, fielen zunächst zahlreiche Frauen zum Opfer, die von Soldaten auf der Straße, in Hotels oder Kinos, mit oder ohne Begleiter, aufgegriffen und in sogenannte „Umerziehungslager" gesteckt wurden. Landesweiter wütender Protest, unter anderem vom Ministerium für Frauenfragen und Community Development, das bei dieser Gelegenheit die Diskriminierung der Frau und Verstöße gegen Menschenrechte anprangerte, bewog die Regierung vorläufig zu einem schnellen Rückzug und zu einer öffentlichen Entschuldigung. Sie kündigte jedoch weitere Razzien gegen „Asoziale" an. Interessant ist, daß in der Öffentlichkeit weniger das Vorhaben einer Anti-Prostitutions-Kampagne an sich, als eher das „ungeschickte" und „voreilige" Vorgehen der Regierung kritisiert wurde.

Trend zum Einparteienstaat deutlicher

Die von der Regierung im Frühjahr unternommenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Unruhen in Matabeleland waren in Teilen Zimbabwes, besonders aber im westlichen Ausland, häufig als erster Schritt zur Liquidierung der ZAPU gewertet worden. Die ZAPU (Zimbabwe African People's Party) ist vor allem in Matabeleland verankert und rekrutiert ihre Anhängerschaft hauptsächlich – nicht nur – bei den Ndebele. Während die von Präsident Mugabe geführte ZANU (Zimbabwe African National Union) im Parlament über 57 von 100 Sitzen, und damit über die absolute Mehrheit verfügt, hat die ZAPU nur 20 Sitze im Parlament inne. Mugabe wird vorgeworfen, diese Schwäche der ZAPU ausnutzen und ein Einparteiensystem aufbauen zu wollen. Neue Nahrung bekamen diese Prognosen in den letzten Monaten durch Meldungen, nach denen Bezirksnachwahlen nicht geheim, sondern in aller Öffentlichkeit und vor allem in Anwesenheit von Regierungsvertretern und Militär stattgefunden hätten. Durch diese Art von Manipulation und Druck sei es zu den von der Regierung bejubelten gewaltigen Stimmengewinnen für die ZANU, die Zimbabwe African National Union von Präsident Mugabe, gekommen, weil sich natürlich von den ZAPU-Sympathisanten kaum jemand getraut habe, die ZAPU zu wählen.

Wie immer man zur Idee des Einparteienstaats steht, von dem die Regierung behauptet, ihn nur durchsetzen zu wollen, wenn die Bevölkerung ihn verlange, so läßt sich doch im Moment eins festhalten: die ZAPU hat die Verhaftung und Flucht wichtiger ZK-Mitglieder und Abgeordneter sowie die fünfmonatige Abwesenheit ihres Vorsitzenden Joshua Nkomo nicht gut überstanden. Unter einem schwachen stellvertretenden Vorsitzenden und in sich zersplittert stellt sie keinerlei ernsthafte Herausforderung für die stärkere Partei, die ZANU unter Vorsitz von Robert Mugabe dar. Der von den Medien immer noch als großer Gegenspieler Mugabes dargestellte Nkomo gab, nachdem er im August des Jahres aus dem Londoner Exil zurückgekehrt war, keine glänzende Vorstellung im Parlament. Um ein Haar wäre ihm sein Mandat entzogen worden, weil er mehr als die erlaubten 21 Sitzungen hintereinander versäumt hatte. Seine angekündigt großartige Initiative zur Beseitigung der Krise der Nation erwies sich schließlich als erneuter Versuch, seine Flucht im Frühjahr zu rechtfertigen sowie als einigermaßen abgedroschen klingende Forderung nach round-table-Gesprächen aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte im Land – ein Vorschlag, über den die Regierungsmitglieder nur ihren Spott ausschütten konnten. Daß die ZAPU in mehrere Fraktionen gespalten ist, begünstigt Nkomos Verhandlungsposition nicht gerade. Einen Teil insbesondere seiner jüngeren Anhängerschaft scheint er an den kürzlich von der Anklage auf Hochverrat freigesprochenen, aber sofort wieder verhafteten ehemaligen Sicherheitschef der ZAPU-Truppe ZIPRA,

Dumiso Dabengwa, verloren zu haben, der ihm die Parteiführung allerdings zur Zeit nicht streitig machen kann. Ein Teil der alten Anhängerschaft hat sich inzwischen eindeutig auf die Seite der Regierung geschlagen, wozu auch die ZAPU-Minister im Kabinett gehören, die allesamt auf ihren Posten verblieben.

Einige ZAPU-Politiker verstehen sich nach wie vor als parlamentarische Opposition, während andere ZAPU-Mitglieder wiederum jegliches Vertrauen in den Parlamentarismus verloren zu haben scheinen und mit einigen hundert Leuten offensichtlich den Rückzug in den Busch angetreten haben. Nachdem die Einheitsgespräche zwischen ZANU und ZAPU vorläufig als gescheitert gelten, sind immer mehr Beobachter der Ansicht, daß die ZAPU wohl eine zweite Wahlniederlage erleben müsse – nämlich bei den für Anfang 1985 festgesetzten Parlamentswahlen –, ehe ein Kompromiß zwischen den beiden Parteien möglich werde. Zur Zeit jedoch zweifelt niemand daran, daß die ZANU auch in eineinhalb Jahren bei weitem stärkste Partei sein wird, selbst wenn die damalige Euphorie bei vielen Wählern einer Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Entwicklung gewichen sein wird. Eine Alternative zur ZANU, das haben die letzten Monate eindeutig gezeigt, ist nicht in Sicht, und deshalb kann die Regierung an diesem Punkt relativ gelassen – teilweise auch überheblich – die Idee des Einparteienstaates weiterverfolgen, während die offeneren Teile der ZAPU zur Zeit allenfalls eine Allianz beider Parteien mit internem Minderheitenschutz für die ZAPU akzeptieren dürften.

(Herald 28. 4., 30. 4., 5. 5., 16. 5., 6. 8., 14. 9., 4. 10. 83; NZZ 12. 5. 83; TAZ 21. 2., 23. 2., 25. 7. 83; SZ 17. 8. 83; Le Monde 9. 8., 16. 8., 19. 8., 15. 9. 83; Financial Times 17. 8., 18. 8., 20. 8. 83; FR 2. 2. 83)

Weiße Offiziere der Sabotage angeklagt

Außenpolitisch hingegen sieht sich die Regierung Mugabe zur Zeit einigen harten Belastungen ausgesetzt. Mit Großbritannien kam es zum Krach, nachdem sechs weiße Offiziere der zimbabwischen Luftwaffe, von denen vier auch die britische Staatsbürgerschaft besitzen, sich vor Gericht wegen des Vorwurfs der Sabotage verantworten mußten. Sie waren angeklagt, zusammen mit südafrikanischen Agenten den Bombenanschlag auf den Flughafen Gweru durchgeführt zu haben, bei dem im Juni letzten Jahres die Hälfte der zimbabwischen Luftwaffe zerstört worden war. Der oberste Richter jedoch sprach die Angeklagten frei: ihr Geständnis sei durch Folter und Schläge erzwungen worden, außerdem hätten sie während ihrer Befragung keine Möglichkeit gehabt, mit ihren Verteidigern zu sprechen.
Die nach den Notstandsgesetzen zulässige Wieder-Inhaftierung der sechs Offiziere unmittelbar nach dem gerichtlichen Freispruch verursachte nicht nur im Gerichtssaal ein mittleres Chaos und Wutausbrüche unter den überwiegend weißen Zuhörern. Die Zeitungen sahen eine drohende Welle von Kündigungen weißer Piloten und Techniker der Luftwaffe und einen generellen Verfall der Moral unter der weißen Bevökerung im Land voraus. Westliche Diplomaten verkündeten in Harare, nun sei es schwierig, in ihren Ländern noch Sympathie für Zimbabwe zu erhalten. Die britische Regierung schließlich, die bereits in den vergangenen Monaten die Prozesse mehrfach kritisch kommentiert und die Freilassung der Angeklagten gefordert hatte, sah sich zu einer scharfen Anfrage nach dem Stand der Menschenrechte in Zimbabwe veranlaßt und drohte mit dem Entzug wirtschaftlicher Unterstützung. Auf Betreiben Margaret Thatchers wurde Mugabe auch auf seiner Reise durch Irland, Kanada und die USA Ende September immer wieder mit Fragen nach der Einhaltung der Menschenrechte konfrontiert. Nicht nur auf seiten der zimbabwischen Regierung fiel die Reaktion ausgesprochen gereizt aus. Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit des Landes kam es in Harare zu Demonstrationen gegen die „britische Einmischung in zimbabwische Angelegenheiten".

Falsche Freunde

Mittlerweile sind drei der Verhafteten freigelassen und nach Großbritannien ausgeflogen worden – in Zimbabwe gelten sie künftig als unerwünschte Personen. Unabhängig davon existiert das Grundproblem weiter: eine beträchtliche Anzahl von weißen Offizieren und Technikern in Armee und Polizei besitzen die zimbabwische und die britische Staatsbürgerschaft. Auf ihre Loyalität kann sich die zimbabwische Regierung nicht hundertprozentig verlassen – angesichts der permanenten Bedrohung und der aktiven Destabilisierungsversuche durch Südafrika ein erhebliches Sicherheitsrisiko. Die öffentlichen Reaktionen in Zimbabwe lassen deshalb an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: das von den Kolonialisten ererbte „Narrengesetz" der doppelten Staatsbürgerschaft gehöre abgeschafft, weil es die Unabhängigkeit des Landes erschwere. Wenn Großbritannien der Meinung sei, es müßte die Hilfe an Zimbabwe streichen, dann bitte sehr. Dann sähe sich allerdings auch Harare nicht mehr in der Pflicht, britischen Siedlern Land abzukaufen, statt es zu enteignen oder weißen Militärs Pensionen zu zahlen – und schon gar nicht weißen Militärs, die sich 1965 von der britischen Krone losgesagt, Ian Smith unterstützt und dann jahrelang gegen die schwarzen Befreiungsbewegungen gekämpft hätten. Die 1980 eingeschlagene Politik der nationalen Versöhnung bedeute nicht, daß man diese Leute die Sicherheit des Landes gefährden lasse – auch nicht gegen britische Wirtschaftshilfe. Eine Streichung dieser Hilfe habe unweigerlich Sanktionen gegen die Weißen in Zimbabwe zur Folge.
Unabhängig davon, ob solche Maßnahmen nicht letztlich doch Zimbabwe mehr schädigen würden als Großbritannien, unabhängig also von den Erfolgsaussichten zimbabwischer Konsequenz machen diese Vorfälle doch deutlich, daß den westlichen Ländern immer noch fast jedes Ereignis recht ist, um Zimbabwe unverblümt auf seine Abhängigkeit hinzuweisen. Das zwischenzeitlich – und gerade von bundesdeutscher Seite – wieder hochgelobte „Modell Zimbabwe" steht international immer noch und immer wieder zur Disposition. Bei aller möglichen Kritik insbesondere an der Wirtschaftspolitik der Regierung in Harare muß der enge politische Spielraum für schwarze majority rule berücksichtigt werden.

Ein weiteres Indiz hierfür: als sich Zimbabwe – stellvertretend für 6 Frontstaaten im Südlichen Afrika – im UNO-Sicherheitsrat weigerte, einer Verurteilung der Sowjetunion wegen des Abschusses des südkoreanischen Zivilflugzeugs zuzustimmen, sondern sich der Stimme enthielt, wurde in Washington laut über Konsequenzen dieser Entscheidung für die amerikanische Wirtschaftshilfe an Zimbabwe nachgedacht. Berichte, nach denen Präsident Reagan den Kongreß aufgefordert hätte, die Hilfe an Zimbabwe zu reduzieren, haben sich allerdings bis jetzt nicht bestätigen lassen. Die USA haben von allen westlichen Ländern bisher die meiste Wirtschaftshilfe an Zimbabwe geleistet: 203 Mio. Z-Dollar seit der Unabhängigkeit (Bundesrepublik 116 Mio.).
An dieser abhängigen Lage ändern auch die guten Noten wenig, die BRD-Entwicklungsminister Warnke Zimbabwe für seine Politik der Versöhnung anläßlich seines Besuchs Anfang August austeilte. Warnke zeigte sich beeindruckt von Robert Mugabes „großem Pragmatismus" und seinen „staatsmännischen Qualitäten" und will die deutsche Ent-

wicklungshilfe an Zimbabwe trotz scharfer Kritik aus der CSU fortsetzen. 55 Mio. DM Finanzhilfe (statt wie ursprünglich geplant 70 Mio. DM) und 10 Mio. DM technische Hilfe sollen an Zimbabwe gehen, außerdem will sich die Bundesregierung mit 5 Mio. DM an der Entwicklungsbank von Zimbabwe beteiligen.
(SZ 12. 8. 83, HB 10. 8., 11. 8. 83, Herald 4. 8. 6. 8. 15. 8., 9. 9., 15. 9. 83, FT 1. 0., 10. 9. 83, FR 27. 6. 83, Le Monde 26. 8., 2. 9., 13. 9. 83)

1983 sanken die Einnahmen aus Agrarexporten aufgrund der Dürre gegenüber dem Vorjahr um 40 Mio. Z-Dollar, obwohl die Verkäufe für Rindfleisch, Kaffee und Tabak kräftig hochschnellten. Außerdem sieht sich Zimbabwe gezwungen, erstmals seit Jahren wieder Weizen und Mais zu importieren. Erbrachte die Maisernte 1981 noch mehr als 2 Mio. Tonnen, so werden dieses Jahr nur noch 500 000 – 600 000 Tonnen erwartet – der Eigenbedarf liegt bei etwa 1,2 Mio. Tonnen. Die



Gesundheitsdienst gab es für die schwarze Bevölkerung fast nur durch Missionsstationen. Heute bildet die Regierung Dorfgesundheitsarbeiter aus.

Ökonomie: 1983 härtestes Jahr?

Die wirtschaftliche Situation des Landes hat sich in den letzten Monaten erwartungsgemäß verschlechtert. Dürre, weltweite Absatzkrise, Verschuldung des Staates, steigende Lebenshaltungskosten durch Abbau von Subventionen sind nur einige Stichworte.
Die seit zwei Jahren anhaltende katastrophale Dürre hat zu schweren Verlusten in der landwirtschaftlichen Produktion und zu ernsthaften Versorgungskrisen in einigen Landesteilen geführt. Viele „Communal Lands", die aufgrund der kolonialen Besiedlung Zimbabwes schon lange mit Überbevölkerung, Überweidung, Erosion und sinkenden Hektarerträgen zu kämpfen hatten, drohen aufgrund des Wassermangels nun völlig zu versteppen, sofern nicht schleunigst Umsiedlungs- und Bodenverbesserungsmaßnahmen durchgeführt werden. Aber auch der kommerzielle Sektor ist betroffen:

Weizenerträge werden mit ca. 100 000 Tonnen veranschlagt – gebraucht wird etwa dreimal so viel. Die Ernten dieses Jahres dürften somit nur bis zum Frühjahr 1984 reichen. Von einem Verkauf von Überschüssen in die von der Dürre ebenfalls hart betroffenen Nachbarländer ist schon lange nicht mehr die Rede.

Für einen öffentlichen Schock sorgte kürzlich die Veröffentlichung des Staatshaushalts 1983/84 und in diesem Zusammenhang die Erklärung des Ministers für Arbeit und Soziale Dienste, Kangai, die Regierung könne nur ein Viertel der dringend benötigten Dürrehilfe für die am härtesten betroffenen Regionen des Landes aufbringen – statt 120 Mio. Z-Dollar sind im Budget nur 30 Mio. Z-Dollar vorgesehen. Die Dürrehilfe – zu der etwa die Europäische Gemeinschaft 1,8 Mio. Z-Dollar beisteuerte – wird dringend für Nahrungsmittel, Saatgut, Viehfutter, Wasser, Brunnenbau und Bodenverbesserungsmaßnahmen benötigt. Mindestens 3 Millionen Menschen (Gesamtbevölkerung ca. 8 Millionen) sind auf die staatliche Dürrehilfe angewiesen. Wie die restlichen 90 Mio. Z-Dollar aufgebracht werden können, ist zur Zeit völlig unklar. Die Regierung bemüht sich dennoch, Optimismus zu verbreiten: von Hunger im Land könne nicht die Rede sein. Dem stehen Berichte entgegen, daß vor allem in den nordwestlichen Gebieten die Versorgungslage schon vor Monaten katastrophal war. Und immer lauter werden Klagen aus verschiedenen Landesteilen, daß die von der Regierung gesandte Lebensmitttelhilfe gestohlen, zu überhöhten Preisen weiterverkauft oder damit die notleidende Bevölkerung zu politischem Wohlverhalten erpreßt werde.
Jetzt kündigte die Regierung ein öffentliches Arbeitsprogramm an, innerhalb dessen Leute in den Dürregebieten gegen Bezahlung Straßen, Dämme, Brücken und Schulen bauen sollen. Hierfür sind im Etat 5 Mio. Z-Dollar vorgesehen. Inwieweit dieses Programm die Einbußen in der Dürrehilfe und die Streichungen im Resettlement-Programm auffangen kann, bleibt aber noch abzuwarten. Skepsis ist sicherlich angebracht.
(Herald 21. 6., 30. 6., 3. 8., 20. 8. 1983; Sundy Mail 25. 9. 83; Handelsblatt 11. 8. 1983)

Zimbabwe lebt auf Pump

Bei einer internationalen Geberkonferenz (ZIMCORD) 1981 waren Zimbabwe von den westlichen Industrieländern internationale Hilfsgelder in Höhe von 1,25 Mrd. Z-Dollar zu günstigen Bedingungen für den Wiederaufbau und Entwicklung des Landes zugesagt worden. Diese Gelder wurden bis heute nur unzureichend ausgezahlt, so daß sich die zimbabwische Regierung in hohem Maß und zu hohen Zinsen auf privaten Kapitalmärkten verschulden mußte, um geplante Vorhaben etwa im Erziehungs- und Gesundheitswesen, aber auch im Aufbau einer neuen Administration durchführen zu können. Auch der private Sektor nahm nach Beendigung der UNO-Sanktionen zahlreiche Auslandskredite auf. Bereits 1982 war Zimbabwe nach Nigeria, Marokko, Algerien und Südafrika fünftgrößter Kreditkunde auf Euro-Dollar-Märkten. Zu den (privat) mit Auslandskrediten finanzierten Projekten gehört u. a. das Hwange-Heizkraftwerk, das von der südafrikanischen Anglo-American-Corporation mit 40%iger Regierungsbeteiligung errichtet wird und insgesamt 1 Mrd. Z-Dollar kosten soll. Abgesehen davon, daß seine Nützlichkeit von manchen

Kritikern bestritten wird – dieselbe Energiemenge sei billiger von Mosambik und Sambia zu beziehen, wodurch außerdem ein regionales Stromversorgungsnetz zwischen den Frontstaaten aufgebaut werden könnte –, wird die Rückzahlung derartiger Kredite natürlich erheblich zu Lasten der Exporteinnahmen des Landes gehen. Die 50%ige Erhöhung der Strompreise für die zimbabwischen Verbraucher jedenfalls wird die Rückzahlung allein nicht ermöglichen. Immer mehr Exporterlöse müssen herhalten, um die ausländischen Kredite zu finanzieren: 1980 waren es ca. 4 % der Exporteinnahmen, für 1984 wird der Schuldendienst auf 30 % geschätzt.

Die Auslandsverschuldung hat sich seit der Unabhängigkeit auf über 1 Mrd. Z-Dollar mehr als verdreifacht.

Wer bezahlt die Auslandskredite?

Sinkende Exporteinnahmen aufgrund der weltweiten Absatzkrise, haushohe Zinsen auf den Geldmärkten, notwendige Importe, die sich nicht weiter drosseln lassen, und fällige Ratenzahlungen haben schon so manches Land erst in Zahlungsschwierigkeiten und dann in die Arme des Internationalen Währungsfonds getrieben. So auch Zimbabwe, das im März eine IWF-Anleihe in Höhe von 375 Mio. Z-Dollar erhielt – und nun, wie es scheint, den dafür üblichen Preis bezahlt bzw. seine Bevölkerung bezahlen läßt:

- bereits im Vorfeld der Kreditgewährung, noch während der Verhandlungen, wurde der Zimbabwe-Dollar um 20 % abgewertet
- Lockerungen der Devisen-Kontrollen erlauben es ausländischen Firmen, die Hälfte ihrer Gewinne nach Besteuerung außer Landes zu bringen
- um ausländische Unternehmen anzulocken, wurden nicht die Gewerbesteuern erhöht, sondern die (indirekten) Verbrauchssteuern um 2 % auf 18 bzw. 23 %, was vor allem die Lebenshaltungskosten der ärmeren Bevölkerungsschichten in die Höhe trieb. Der Versuch, auch Bezieher unterster Einkommen (ab 100 Z-Dollar) zu besteuern, wurde auf öffentlichen Protest hin um einige Monate verschoben.
- Von einem Tag auf den anderen wurden die Subventionen für Nahrungsmittel aufgehoben. Milch kostet seit Anfang September 50 % mehr, Brot, Öl und Margarine 25 % mehr, Maismehl 43 % und Fleisch bis zu 50 % mehr. Für die Mehrzahl der zimbabwischen Familien, die über die Hälfte ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben müssen, bedeutet die Aufhebung der staatlichen Subventionen einen Anstieg der Lebenshaltungskosten um mindestens 10 %.
- Nach einem einjährigen völligen Lohnstop bis Mitte 1983 wird nun eine ausgesprochen vorsichtige Lohnpolitik gefahren – als „Ausgleich" für die Inflation, die inzwischen bei 25 % liegt, und für die Subventionsstreichungen sollen Bezieher unterer Einkommen (bis 300 Z-Dollar monatlich) künftig 5 bis 10 Z-Dollar mehr erhalten. Statt „Ausgleich" wohl eher der Versuch einer Befriedung ...

Obwohl die Aufhebung der Subventionen ein schwerer Brocken für die Mehrheit der Bevölkerung ist, scheint es der Regierung doch gelungen zu sein, diese Maßnahme der Öffentlichkeit als einen wichtigen Schritt zur Beseitigung verzerrter Marktstrukturen nahezubringen. Auch Zeitungen, die der Regierung nicht so nahe stehen wie etwa der „Herald", machen ihre Leser in Artikeln und Kommentaren immer wieder darauf aufmerksam, daß keine Regierung sich auf Dauer derartige Ausgaben leisten könne, und daß es schließlich Sache des Volkes sei, sich höhere Löhne zu erkämpfen.

Angesichts der gegenwärtigen Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung, die zudem in Teilen recht eng mit der Regierung verbunden ist, sind allerdings Zweifel an dieser Perspektive erlaubt – zumal die Wirtschaftskrise auch in Zimbabwe von Unternehmern immer wieder benutzt wird, um den Arbeitern ihre Lohnforderungen, wo sie sie überhaupt stellen, auszutreiben. Im krisengeplagten Bergbau haben die Gewerkschaften ihre Lohnforderungen jüngst zurückgezogen, weil die (noch immer größtenteils in südafrikanischem Besitz befindlichen) Bergbaufirmen mal wieder mit Betriebsschließungen drohten.

Eine Verschlechterung der sozialen Lage der Bevölkerung signalisieren zwei Entwicklungen, über die in den letzten Monaten häufig in der zimbabwischen Presse berichtet wurde: am Rande der großen Städte entstehen immer mehr „wilde" Siedlungen. Dort wohnen Menschen, die vor der Dürre auf dem Land in die Städte fliehen, städtische Arbeitslose, die keine Wohnung finden, oder einfach Leute, die die rasch steigenden Mieten in der Stadt nicht mehr bezahlen können. Mit der Begründung, diese Siedlungen seien Brutstätten des Verbrechens, gehen Polizei und Militär in letzter Zeit häufig sehr rabiat gegen die Siedler vor – notfalls mit Bulldozern. Die Regierung bemüht sich um angemessenen Ersatzwohnraum bzw. versucht die Leute dazu zu bewegen, sich wieder in den ländlichen Gebieten anzusiedlen. Bei aller Kritik an der Härte, mit der die staatlichen Stellen hier vorgehen, muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Ursachen für die Landflucht nicht über Nacht beseitigt werden können, andererseits städtische Slumgebiete sich noch in keinem Land als Hort von Freiheit und Lebensqualität bewährt haben.

Die zweite Entwicklung: das sogenannte „Baby-Dumping". Eine zunehmende Zahl von Müttern setzt ihre Babies kurz nach der Geburt aus. 50 Fälle wurden im August gemeldet, die Dunkelziffer liegt sicherlich höher. Über die Ursachen wird zur Zeit noch spekuliert: entweder ist die Mutter nicht in der Lage, ein weiteres Kind zu ernähren, oder es handelt sich um uneheliche Kinder, deren Mütter befürchten, von ihrer Familie bestraft zu werden. In jedem Fall zeigt diese Entwicklung eine Auflösung der moralischen wie sozialen Sicherungen der Familien im Zuge der Verstädterung der Landbevölkerung an.

HINWEIS:
Im neuesten RUNDBRIEF des ZIMBABWE NETZWERK e. V. (August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld, Tel. 0521 – 60 100) findet sich neben anderem Material auch ein Artikel, der anhand von zimbabwischen Presseveröffentlichungen eine Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftssituation Zimbabwes vornimmt und noch mehr Detailangaben als dieser Beitrag enthält. Für DM 3,– unter obiger Adresse erhältlich.

Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung

Auf erbitterten Protest vor allem der kritischen Ökonomen des Landes stießen vor allem die Steuerpolitik, der neue Haushalt der Regierung für 1983/84 sowie überhaupt die starke Weltmarktorientierung, die vor allem das Ministerium für Finanzen, Wirtschaftsplanung und Entwicklung unter Bernard Chidzero auf seine Fahnen geschrieben zu haben scheint.

Der neue Staatshaushalt verzeichnet eine deutliche Verschiebung der Etatposten zugunsten von Militär- und Polizeiausgaben. Tiefe Einschnitte müssen der Etat für Wohnungsbau (– 65 %) und für Landumverteilung (– 52 %) hinnehmen. Ebenso wie die Kürzung des Etats für öffentliche Investitionen von 945 auf 781 Mio. Z-Dollar werden diese Einschnitte auf das Drängen des Internationalen Währungsfonds zurückgeführt.

In einer Kritik der IWF-Auflagen schreibt die Zeitung MOTO, die seit vielen Jahren das Organ der den Befreiungskampf unterstützenden Intellek-

tuellen ist:
„Unter dem Strich sieht es so aus, daß die größte Last der Weltrezession und der Dürre in der Region auf den Schultern des Volkes liegt. Die meisten Beobachter sind sich einig, daß der Unternehmenssektor dieses Jahr mal wieder gut weggekommen ist. . . . Diese freundliche Annäherung an die Unternehmen ist die Grundlage dieses Budgets. Damit sollen private Unternehmen generell und ausländische Privatinvestitionen im speziellen ermutigt werden. Aber das hat schon in den letzten Jahren nicht funktioniert. In diesem Zusammenhang ist interessant festzuhalten, daß in diesem Jahr für staatliche Beteiligungen am privaten Sektor nur noch 5,5 Mio. Z-Dollar vorgesehen sind anstatt 40 Mio. im letzten Jahr.
Besondere Bedeutung scheint den Exportindustrien zugemessen zu werden, damit Zimbabwe ein export-orientiertes Wachstum erreichen könne. Aber wo sind die Märkte für eine solche Strategie in einer Welt, die von Protektionismus beherrscht ist? Ist es für ein Land ohne Zugang zum Meer, von der Größe Zimbabwes, nicht eine sinnvollere Strategie auf Produktion für inländische Märkte abzuzielen? Heutzutage leiden einheimische Industrien nicht nur unter den Wirkungen der internationalen Rezession, sondern auch unter der Bürde der einheimischen Rezession. Wie wollen die deflationären Maßnahmen dieses Staatsbudgets zur Erholung der eigenen Industrien beitragen?"

Alternative zur Verschuldung?

In ähnlicher Weise hatte Roger Ridell, langjähriger Unterstützer des Befreiungskampfes, Befürworter einer sozialistischen Wirtschaftsorientierung und als solcher zum Berater des Industriellenverbandes CZI gewählt, schon seit Jahren, zuletzt wieder im Juni 1983, vor den Ratschlägen der Weltbank und des IWF gewarnt, die für eine Ökonomie ohne Staatseingriffe plädierten. Er hatte dabei stets auf das enge Zusammenwirken von Staat und Privatsektor in der Geschichte des Landes hingewiesen, das Zimbabwe bereits unter der Vorherrschaft der Weißen – speziell in der Zeit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung von England, als das Land abgeschlossen war – hohe Wachstumsraten bescherte. Ridell wie auch andere Ökonomen haben auch stets auf mögliche Alternativen zur wachsenden Staatsverschuldung hingewiesen. Sie errechneten beispielsweise, daß Zimbabwe durchaus überschüssige Einnahmen erwirtschaftet, die im Sinne einer stärker auf die eigenen Kräfte bauenden Ökonomie durchaus in Entwicklungsprojekte investiert werden könnten – ähnlich wie die nationalen Ersparnisse, die sich 1981 auf ca. 1 Mrd. Z-Dollar beliefen, inzwischen aber bereits zu einem beträchtlichen Teil unkontrolliert außer Landes gingen, statt investiert zu werden. Desgleichen wurden eine Reihe von Vorschlägen für eine differenzierte Besteuerung von Unternehmen und für den Aufbau direkter statt indirekter Steuern entwickelt. Für MOTO ist die wachsende Staatsverschuldung zwar erklärlich, aber keineswegs unumgänglich:
„. . . Verstärkte Ausgaben für soziale Dienste und Verwaltungsbürokratien sind an sich noch nicht sozialistisch. Tatsächlich wird nämlich im Laufe der Zeit die Last der wachsenden öffentlichen Verschuldung die Regierung unausweichlich zwingen, derartige Ausgaben zurückzunehmen, wie sie es in Zimbabwe bereits begonnen hat. Der Übergang zum Sozialismus erfordert vor allem eine effektive Landreform, die bewußte Verschärfung der gesellschaftlichen Kontrolle über die produktiven Sektoren, insbesondere der Grundstoffindustrien und der Finanz- und Handelsinstitutionen sowie die geplante Lenkung lokal produzierter Erträge in Investitionen, die Beschäftigung und Produktion steigern . . .
Stattdesen haben die zimbabwischen Regierungs-Planer die konventionelle westliche Weisheit übernommen . . .
Diese Politk treibt die Regierung immer weiter auf verstärkte Auslandskredite zu. Die Planer, die immer die Tatsache zitieren, daß auch China, Rumänien und Jugoslawien inzwischen dem Internationalen Währungsfonds angehören, beharren darauf, daß es nicht antisozialistisch sei, dessen Hilfe anzunehmen. Was sie aber nicht erwähnen, ist, daß diese Länder ein ganzes Stück weiter gegangen sind als Zimbabwe, gesellschaftliche Kontrolle und Planung in den Ökonomien ihrer Länder einzuführen. . . .
Zimbabwe sollte besser aus den bitteren Erfahrungen Ghanas lernen, das mit fortwährenden Krisen gekämpft hat, seit es – nach dem Sturz Nkrumahs 1966 – IWF-Auflagen akzeptierte. Oder vom Sudan, der nach Nigeria das am höchsten verschuldete Land Afrikas ist und den das African Business Magazine im Mai 1983 als „tatsächlich vom IWF geführten Staat" beschrieb. Oder von Kenia, das sich – mit IWF-Hilfe – dem gegenüber sieht, was dasselbe Magazin als „wachsende Krise, die Wirtschaft überhaupt noch zu organisieren" beschrieb".
Zimbabwe kann es sicherlich besser machen!" (MOTO, Juli 1983)
(MOTO Juli, September 1983; Herald 8. 6., 29. 7., 18. 8., 29. 8., 4. 9., 8. 9. 1983; Business Herald 9. 6., 18. 8. 1983; Sunday Mail 31. 7., 7. 8., 21. 8. 4. 9. 1983)



Der Landhunger der schwarzen Bevölkerung ist eines der drängendsten Probleme der Regierung. Das Lancasterhouse-Abkommen verbietet es, Land, das sich im Besitz Weißer befindet, zu enteignen, selbst wenn es brach liegt. Das Land muß jetzt zurückgekauft werden. Hier wird Land vermessen und zugeteilt.

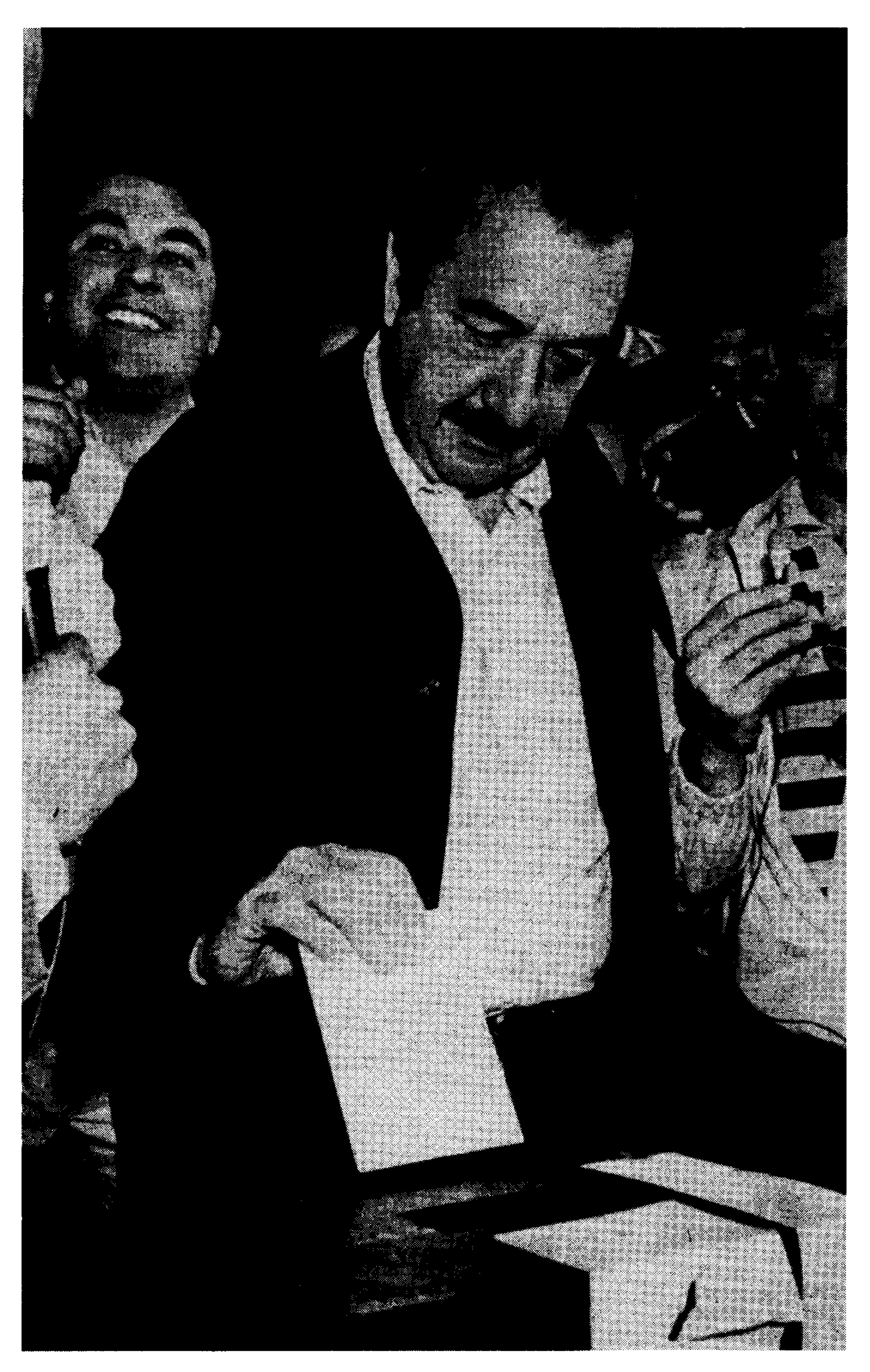
Argentinien

Wahlen in Argentinien – Aufbruch in die Demokratie

Zum ersten Mal seit über zehn Jahren durfte inArgentinien wieder gewählt werden. Am 30. Oktober 1983 wählten die Argentinier mit über 50 % aller Stimmen den Kandidaten der Radikalen Bürger-Union UCR Paul Alfonsin zum neuen, verfassungsmäßigen Präsidenten. Die Wahlen markieren insofern einen Wendepunkt, als zum ersten Mal in der argentinischen Geschichte der Peronismus, die seit Anfang der 40er jahre einflußreichste politische Bewegung, nicht durch einen Militärputsch, sondern in demokratischen Wahlen besiegt wurde; die Partei Perons war bisher aus jeder Wahl siegreich hervorgegangen.
Der seit der Niederlage der Militärs im Malwinen (Falkland)-Krieg unter dem Druck der Parteien eingeleitete Demokratisierungsprozeß fand, trotz unzähliger Gerüchte über einen erneuten Militärputsch, in allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlen seinen Höhepunkt. Mit den Wahlen für Präsident, Senat und Kongreß, Provinzgouverneure und -abgeordnete, Bürgermeister und Stadträte wurde die Militärherrschaft auf nationaler, provinzieller und kommunaler Ebene beseitigt. Die Redemokratisierung in Argentinien ist keine schrittweise, vorsichtige „Öffnung", kein – wie in Brasilien – von den Militärs kontrolliertes „Dampfablassen" (decompressao) sondern ein „destape": das bezeichnet den großen Knall, mit dem eine Sektflasche entkorkt wird.
Allerdings wäre auch in Argentinien diese Entwicklung ohne Zustimmung der herrschenden Militärs nicht möglich gewesen. Für die Militärregierung erschienen Wahlen und die Übergabe der Macht an die zivilen Kräfte der einzig mögliche Ausweg aus von ihnen verschuldeten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krisen – eine paradoxe Situation, wenn man bedenkt, daß die argentinischen Streitkräfte bisher immer mit dem Argument eingriffen, einen Ausweg aus einer Krise aufzeigen zu können.
Abgesehen von einigen wenigen „Hardlinern" in Heer und Luftwaffe, deren Äußerungen bis zuletzt ein Zustandekommen der Wahlen unsicher erscheinen ließen, befürwortete der größte Teil der Streitkräfte den Rückzug aus der Politik und die Rückkehr in die Kasernen. Die Militärs konnten und wollten die Verantwortung für die Folgen ihrer Politik nicht tragen; sie haben politisch, wirtschaftlich und militärisch versagt.
Durch die Organisation und Durchführung von demokratischen Wahlen sollte dieser Rückzug möglichst ehrenvoll für die Militärs verlaufen.
Denn trotz des Aufschwungs, den Parteien und andere zivile Kräfte seit der Gründung der Multipardidaria (siehe iz3w Nr. 100, März 1982) und besonders seit dem Malwinen(Falkland)-Krieg erfuhren, darf eines nicht übersehen werden: die Redemokratisierung in Argentinien ist weniger Folge der Stärke des Widerstands der demokratischen Kräfte des Landes, sondern vielmehr Folge der Schwäche der gescheiterten Militärregierung.
Dies wird auch an der Tatsache deutlich, daß selbst nach der militärischen Niederlage die Militärs noch länger als ein Jahr regieren konnten – sogar mit Unterstützung der Parteien (siehe iz3w Nr. 104, September 1982). Die demokratische Bewegung in Argentinien war zu keinem Zeitpunkt in der Lage, die Militärs aus der Politik zu vertreiben. Seit dem Ende des Krieges – und auch nach den Wahlen – ist die politische Situation Argentiniens gekennzeichnet durch die Schwäche der Militärs u n d der zivilen Kräfte.

Die politische Situation

Im letzten Jahr der Militärregierung traten die schon seit Jahren existenten, bisher aber eher unter der Oberfläche schwelenden Differenzen innerhalb der Militärs offen zutage. Nicht nur der traditionelle Gegensatz zwischen Heer und Marine, sondern auch innerhalb der drei Teilstreitkräfte wurden grundlegende Meinungsunterschiede deutlich. Nach der Ernennung Bignones zum Präsidenten hatten Marine und Luftwaffe demonstrativ ihre Mitarbeit in der Junta aufgekündigt, nachdem ihre Proteste gegen einen Präsidenten aus den Reihen des Heeres, das im Malwinen-Krieg besonders versagt habe, erfolglos waren. Der im August vorgelegte Bericht der sog. „Rattenbach-Kommission" (unter Leitung des bekannten Geopolitikers General Rattenbach) über die Verantwortlichkeiten im Malwinen-Krieg, in der alle früheren Juntamitglieder, der Wirtschafts- und der Außenminister schwerer Fehler und Versäumnisse angeklagt werden, hatte monatelange Diskussionen und gegenseitige Beschuldigungen zur Folge, die sich auch stark gegen die Führungsspitze der Streitkräfte richteten. Zahlreiche Meldungen über Versäumnisse und korruptes Verhalten führender Militärs im Krieg verstärkte die inneren Spannungen ebenso wie die Kritik der Bevölkerung.
Zwischen zerstrittenen Militärs und (noch) schwachen politischen Parteien profilierte sich die Justiz als neue politische Kraft. Noch nie zuvor wurden so viele Prozesse gegen führende Generäle und bekannte Offiziere angestrengt; dies gilt sowohl für Zivil- als auch für Militärgerichtsbarkeit. Das Wiedererstarken der Justiz als unabhängige Gewalt wurde von vielen Argentiniern als Vorbote des Wiedererstarkens der Demokratie begrüßt.
Zum einen begünstige das politische Machtvakuum diese Entwicklung, zum anderen lag eine unabhängige Justiz durchaus im Interesse vieler Militärs: durch die Verurteilung hoher Generäle konnten sich die Militärs als Institution vor weiteren, zermürbenden internen Auseinandersetzungen bewahren. Marineadmiral Massera wurde aufgrund seiner erwiesenen Beteiligung an mehreren politischen Morden verurteilt und inhaftiert, ebenso viele „Verantwortliche" für die Niederlage im Malwinen-Krieg, Ende November 1983 sogar Ex-Präsident Galtieri und die damaligen Chefs von Luftwaffe und Marine, Lami Dozo un Anaya.
Auch in etlichen Fällen von Entführungen, Verschwinden-lassen von Inhaftierten und Morden aus politischen Motiven konnten die Justiz Urteile durchsetzen, die zur Verhaftung der Schuldigen führten. Viele Richter verweigerten die Anwendung von verfassungswidrigen Gesetzen, die die Militärs erlassen hatten.
Der Fall des Richters Pinto Kramer allerdings, der drei Wochen vor der Wahl mit seinem Urteil den Vertrag über die Neuaushandlung der argentinischen Auslandsschulden für verfassungswidrig erklärt hatte, muß unter anderem



Präsident Paul Alfonsin

Blickwinkel betrachtet werden. In dem umstrittenen Vertrag über eine Refinanzierung der Auslandsschulden, die die staatseigene Luftfahrtgesellschaft Aerolineas Argentinas bei über 300 Nordamerikanischen Banken hat, erreichte Wirtschaftsminister Wehbe einen Aufschub der Zahlungsverpflichtungen, in dem er „nationale Güter" (Schiffe, Werften, den Rüstungsbetrieb Fabricaciones Militares) verpfänden ließ. Das von vielen Argentiniern zunächst spontan befürwortete Urteil hätte jedoch beinahe zum Staatsbankrott Argentiniens geführt und einen Putsch rechter Generäle provoziert. Richter Pinto Kramer hatte Wirtschaftsminister Wehbe und Bankpräsident Gonzalez del Solar verhaften lassen und alle Zahlungen an ausländische Banken untersagt; als Reaktion darauf stellten auch die ausländischen Banken ihre Zahlungen an Argentinien ein. Hätte nicht der Oberste Gerichtshof interveniert, hätte Argentinien weltweit seine Zahlungsunfähigkeit erklären müssen. Ein Teil der Streitkräfte, vor allem Generäle der Luftwaffe, hätten diese krisenhafte Lage dann zum Anlaß für einen Staatsstreich genommen. Es gilt als ziemlich sicher, daß rechte Kreise auf eine gezielte Destabilisierung kurz vor den Wahlen hingearbeitet hatten, auch wenn etliche linke Gruppierungen und Parteien das Urteil und die Nicht-Rückzahlung der Auslandsschulden als nationalistischen, antiimperialistischen Akt feierten.

Einerseits sahen die Militärs, daß sie mit ihrem 1976 eingeleiteten „Prozeß nationaler Reorganisation" politisch, wirtschaftlich und zuletzt auch militärisch gescheitert waren, andererseits befürchteten sie die Aufdeckung und Bestrafung der während des „schmutzigen Krieges" begangenen Menschenrechtsverletzungen unter der zukünftigen zivilen Regierung. In dem seit dem Ende des Krieges begonnenen Dialog mit den politischen Parteien über die Rückkehr zur Demokratie wird die Problematik der Beziehung zwischen zivilen und militärischen Kräften deutlich:

Nach dem Krieg waren es die Parteien, die die schwache Regierung Bignone unterstützten. Die Militärregierung versprach den Parteien die baldige Rückkehr zur Demokratie, verlangte dafür aber Zugeständnisse: ehrenhaften Rückzug in die Kasernen, keine Abrechnung wegen der Menschenrechtsverletzungen. Die Kontakte zwischen Peronisten und Militärs brachten konkretere Ergebnisse, da die Peronistische Partei selbst durch ihren linken (Montoneros) und ihren rechten Flügel (Antikommunistische Argentinische Allianz) in die Terroraktionen der 70er Jahre verwickelt war. Auch wenn nach dem Krieg fast täglich neue Meldungen über die Hintergründe der Niederlage, über Korruption innerhalb der Militärs, über die Verbrechen des „schmutzigen Krieges" bekannt wurden und die Bevölkerung „dreifache Abrechnung" mit den Militärs forderte, hielten sich die großen Parteien zurück. Zwar wagte es keine der Parteien, diese Punkte zu ignorieren, aber keine machte sie auch zu ihrer zentralen Frage. Die Parteien waren immer noch schwächer als die schwache Militärregierung, die mit Hilfe der Parteien den allmählichen, geordneten Rückzug organisierte.

Daß die Militärs die Kontrolle über den Redemokratisierungsprozeß behielten, die Bedingungen dafür setzten und eine Abrechnung der unter ihrer Herrschaft begangenen Fehler und Verbrechen verhindern wollten, zeigen folgende Beispiele:

– Im April 1983 ließ die Junta – als „Antwort" auf die Forderungen der Menschenrechtsorganisationen, der Mütter der Plaza de Mayo, der Parteien und der Bevölkerung nach Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen – alle im Zusammenhang mit dem schmutzigen Krieg als „Verschwundenen" bezeichneten Personen für tot erklären. Mit diesem Gesetz wollte die Militärregierung einen Schlußstrich unter die Vergangenheit setzen, sich der Verantwortung entziehen und so den Weg für die Demokratisierung ebnen. Weltweite Proteste gegen diesen unmenschlichen Erlaß waren die Folge, zumal gleichzeitig durch einen ehemaligen Polizeichef Namen von Entführten, Gefolterten und Ermordeten veröffentlicht, bekannte Militärs der Verantwortung in diesen Fällen bezichtigt wurden, und Zeugnisse von in geheimen Gefängnissen festgehaltenen Verschwundenen auftauchten. Am 15. April demonstrierten in Buenos Aires 15 000 Personen vor dem Regierungsgebäude und überbrachten 220 000 Unterschriften.

– Die „Antwort" auf diese massiven Proteste war hart: am hellichten Tag wurden zwei linksperonistische Führer, Osvaldo Cambiaso und Eduardo Pereira Rossi, entführt und wenig später tot aufgefunden. Nach offizieller Version waren sie „auf der Flucht" erschossen worden. Regierung, Geheimdienste und Polizei leugneten ihre Beteiligung an diesen Morden nicht. Präsident Bignone und Heereschef Nicolaides stellten sich hinter den Polizeipräsidenten Fernando Verplaetsen (inzwischen allerdings verhaftet), der die in den Fall verwickelten Polizisten (inzwischen ebenfalls verhaftet) als mutige Männer bezeichnete, „die sich in strikter Ausübung ihrer Pflicht gegen zwei Delinquenten wehrten, welche sich einer Routinekontrolle widersetzten". (zit. nach Arg. Tageblatt, Internat. Ausgabe, 2. Juli 1983). Der Fall Cambiaso-Pereira Rossi zeigt, daß politisch motivierte Entführungen und Morde nicht der Vergangenheit angehören.

– Am 23. September 1983 erließ die Junta das sogenannte „Amnestiegestz" nach welchem all diejenigen straffrei bleiben sollen, die zwischen dem 25. Mai 1973 und dem 17. Juni 1983 an subversiven terroristischen Aktionen beteiligt waren oder bei der Bekämpfung derselben „Exzesse" begingen. Absicht dieses von allen Parteien und Verbänden zurückgewiesenen Gesetzes sei die „endgültige Befriedung des Landes", es solle ein „Gesetz der Versöhnung" sein, indem man dem früheren Gegner verzeiht. Erst mit dem Befriedungsgesetz werde die notwendige juristische Grundlage für die zukünftige Regierung geschaffen.

Auch die Vereinigung der Rechtsanwälte und eine wachsende Anzahl von Richtern bezeichneten das Amnestiegesetz als verfassungswidrig, unmoralisch und verweigerten seine Anwendung. Sogar innerhalb der Streitkräfte wurde Kritik laut, da durch dieses Gesetz z.B. Offiziere, die gegen den Terrorismus „im Dienste der Menschheit" gekämpft hatten, den Terrroristen gleichgestellt würden. Alle Fälle müßten vor Gericht verhandelt werden.
Die Kirche reagierte gespalten auf das Gesetz: während einige Bischöfe das Gesetz als „Selbstamnestie der Militärs" verurteilten, sprachen andere von der christlichen Pflicht des Verzeihens, die beiden Seiten auferlegt sei. Während Bischöfe auf dem Land und in ärmeren Vierteln der Städte die Militärregierung zunehmend kritisieren, unterstützt die Führung der argentinischen Kirche im allgemeinen die Regierung.

– Der Ausnahmezustand (1976 verhängt) wurde erst einen Tag vor den Wahlen aufgehoben. Auch wenn er während des Wahlkampfs faktisch keine Bedeutung mehr hatte (Demonstrationen, Kundgebungen und Wahlveranstaltungen waren an der Tagesordnung), zeigt dies doch, daß die Militärs zumindest formal an ihrer Macht bis zuletzt festhielten.

Die wirtschaftliche Lage

Nach dem Krieg hat sich die wirtschaftliche und soziale Krise in Argentinien weiter verschärft. Die Wirtschaftspolitik des im August 1982 eingesetzten Wirtschaftsministers Jorge Wehbe spiegelt die Endphase der Militärregierung: ein Krisenmanagement ohne Konzept, das auch zunehmend auf den Widerstand derjenigen Sektoren stieß, die zunächst vom neo-liberalen Modell profitiert hatten, d.h. vor allem der Agrarproduzenten. Durch die hohen Kriegskosten war die Staatsverschuldung stark angestiegen; sie betragen derzeit 40 Milliarden US-$(nach Clarin, 6. Okt. 1983). Die Inflation, die 1982 mit über 200 % wieder den höchsten Stand seit fünf Jahren erreicht hatte, stieg bis zu den Wahlen auf ca. 400 % (La Nacion, 1. Okt. 1983). Das Bruttoinlandsprodukt sank weiter. Dieser Rückgang ist vor allem eine Folge des Sinkens der Industrieproduktion. Die Fahrzeugproduktion fiel z. B. unter das Niveau von 1963 zurück, es kam zu Massenentlassungen und Betriebsstillegungen. Ein wachender Teil der Bevölkerung ist arbeitslos oder unterbeschäftigt, die Löhne werden von der gallopierenden Inflation förmlich gefressen. Besonders der einstmals breite Mittelstand in den Städten ist vom sozialen Abstieg betroffen. In den Arbeitervierteln versuchen die Kirchen und andere Hilfsorganisationen mit Volksküchen die schlimmsten Folgen der Arbeitslosigkeit bzw. der unzureichenden Löhne zu mildern. Schockiert waren viele Argentinier über die Meldung, daß – im Agrarüberschuß-Land Argentinien – über 35 % der in Krankenhäuser eingelieferten Kinder unterernährt waren oder Anzeichen von Unterernährung aufwiesen.
Auch die alte argentinische Faustregel „Zwei gute Ernten, und wir sind wieder über'm Berg", hatte an Gültigkeit verloren. Trotz hervorragender Ernten und gestiegener Fleischproduktion sanken die Erlöse aus den Agrarexporten aufgrund sinkender Weltmarktpreise und Absatzschwierigkeiten, und die gigantischen Auslandsschulden konnten mit den Devisen schon gar nicht bezahlt werden.
Infolge der sinkenden Produktion stieg die Inflation immer weiter. Mitte des Jahres wurde der Peso umbewertet, d.h. 10.000 alte Pesos entsprachen einem neuen Peso. Um ihr Geld vor der gallopierenden Inflation zu schützen, legen viele Argentinier ihr Kapital in Dollar an; wer die Möglichkeit hat, direkt und zinsbringend im Ausland, wer sie nicht hat, tauscht Pesos in Dollars und deponiert diese im privaten Banksafe. Dieses Verhalten hat zwei verhängnisvolle Auswirkungen auf die Wirtschaft: zum einen wird der argentinischen Wirtschaft dringend benötigtes Kapital entzogen, zum anderen führt die Flucht in den Dollar zu einer Unterbewertung des Peso bzw. einer Überbewertung des Dollar. Es existiert zwar ein amtlich festgelegter Dollarkurs, tatsächlich wird der Preis des Dollars jedoch vom Schwarzmarkt bestimmt. Fast alle Geschäfte werden nach diesem „Paralelo"-Kurs abgewickelt. Die Bedeutung dieses Kurses läßt sich auch daran erkennen, daß er, obschon verboten, jeden Tag im Wirtschaftsteil der Zeitungen abgedruckt wird.
Aus Furcht vor einem peronistischen Wahlsieg und den damit verbundenen Befürchtungen einer stärker dirigistischen Wirtschaftspolitik steigerte sich besonders in den letzten Woche vor den Wahlen der Run auf den Dollar, was weiteres Ansteigen der Inflationsrate zur Folge hatte. Der Dollar wurde auf dem Schwarzmarkt fast doppelt so hoch bewertet wie auf dem legalen Markt.

Wahlrecht und Wahlmodus

Die argentinische Verfassung wurde nach dem Vorbild der Verfassung der Vereinigten Staaten entworfen und sieht eine präsidentielle Demokratie vor. Präsident und Vizepräsident werden indirekt gewählt; jede der 23 Provinzen (= Bundesländer) entsendet 2 indirekt gewählte Senatoren in den Senat und wählt – je nach Anzahl der Bevölkerung – zwischen zwei (Feuerland) und 70 (Buenos Aires) Abgeordnete direkt in den Kongreß. In Argentinien herrscht Wahlpflicht ab 18 Jahren; Wehrdienstleistende und Mitglieder der Streitkräfte dürfen nicht wählen, Personen über 70 Jahren können sich von der Wahlpflicht befreien lassen.
Bei der Wahl erhält jeder Argentinier einen Stempel in die eigens dafür vorgesehenen Seiten des Personalausweises. Ohne diesen Stempel bzw. die Befreiung von der Wahlpflicht wird der Ausweis ungültig.
Sämtliche Wähler sind im nationalen Wählerverzeichnis registriert. Für jeden Wahlbezirk werden eigene Listen ausgedruckt, die bei den örtlichen Behörden ausliegen. Jeder Wähler muß sich selbst darum kümmern, ob er eingetragen ist und muß eventuelle Abweichungen zwischen Liste und seinem Ausweis korrigieren. Dort erfährt er auch, in welchem Wahllokal er seine Stimme abgeben muß und die Nummer seines „Wahltisches" mit der Urne, in die er seine Stimme abgeben muß. Die Verzeichnisse und auch die Wahltische sind nach Geschlechtern getrennt, da getrennt gewählt und ausgezählt wird.
Als Folge dieser Pflichten bildeten sich schon Wochen vor den Wahlen bei den Paßämtern und Wahlbehöden lange Schlangen von Wartenden.
Im Unterschied zu den meisten Ländern gibt es in Argentinien keine Liste der Kandidaten bzw. Parteien, auf der der Wähler dann seinen Wahlvorschlag ankreuzen kann, sondern jede Partei hat ihre eigenen Stimmzettel mit dem Namen ihrer Kandiaten für National-, Provinz- und Kommunalwahlen. Bei 13 auf nationaler Ebene kandidierenden Parteien, vielen Provinzparteien und ebensovielen Parteien bzw. Gruppierungen für die Kommunalwahlen sieht sich



Aus der Zeitschrift „Gente", 13.10.1983.
„Gut: Mal schauen ... Welche Partei fehlt?! Diese wählen wir!"

der Wähler im Wahlraum vor über 30 Stapeln mit Stimmzetteln der verschiedenen Parteien, von denen er drei in den Umschlag legen muß.

Nach dem neuen Wahlgesetz war zum ersten Mal die Möglichkeit des Stimmensplittings gegeben. So konnte man z.B. den Zettel für die Nationalwahlen, auf dem der linke Abschnitt für den Präsidenten, der rechte für den Abgeordneten war, zerreißen. Man konnte also für den Präsidentschaftskandidaten der einen Partei stimmen, aber für die Abgeordneten einer anderen Partei. Daß sich die Argentinier von diesen Regelungen nicht verwirren ließen, beweist die hohe Anzahl von Stimmensplitting und differenzierte Wahl auf nationaler, provinzieller und lokaler Ebene.

Da die Parteien ihre Stimmzettel selbst drucken und über sie verfügen (am Wahltag muß jede Partei durch ihre Wahlhelfer selbst dafür sorgen, daß ausreichend Stimmzettel im Wahlzimmer liegen), werden diese bereits vor den Wahlen verteilt; zum Teil auf Veranstaltungen, zum Teil als Wurfsendungen wie kommerzielle Werbung, um dem Wähler die Qual der Wahl vor 40 Stapeln im Wahlzimmer zu erleichtern. Auf dem Land ist die Vergabe der Stimmzettel gelegentlich auch mit einer kleinen Bestechungsgabe – etwa einem Kilo Zucker, Mehl oder einem Geldschein – verbunden. Diese Praktiken sind allgemein bekannt und dienen – je nach Standpunkt des Beobachters – dazu, die politischen und sozialen Zustände im Land zu kritisieren oder die Unreife des Volkes für die Demokratie zu belegen. Am Wahltag selbst ist das Tragen von Uniformen oder Parteiabzeichen verboten, im Umkreis von 80 Metern um jedes Wahllokal muß jede Wahlpropaganda entfernt worden sein; vom Vorabend der Wahl bis drei Stunden nach Wahlschluß ist jeglicher Verkauf von Alkohol verboten, alle Restaurants und Geschäfte, Kino, Theater und Sportveranstaltungen bleiben geschlossen. Verstöße können mit bis zu 6 Monaten Freiheitsstrafe geahndet werden.

Die politischen Parteien

Anders als das europäische Parteienwesen lassen sich die argentinischen Parteien nicht in ein rechts-links-Schema einordnen. Weder gibt es eine traditionell linke, sozialdemokratische oder sozialistische „Arbeiterpartei" auf der einen, noch eine bürgerlich-konservative „Unternehmerpartei" auf der anderen Seite.

Die beiden großen Massen- bzw. Volksparteien in Argentinien, Peronisten und Radikale, umfassen jeweils ein breites Spektrum von rechts bis links, sind in konservative und reformorientierte Flügel gespalten. Grundlegende ideologische Unterschiede zwischen den Parteien bestehen nicht, da keine der Parteien ideologisch festgelegt ist. UCR und PJ (Peronisten) sind von ihrer Struktur her eher eine Ansammlung verschiedenster politischer Bewegungen als eine Volkspartei in unserem Sinne.

Nur wenige Parteien – z.B. die UCR, die sich seit ihrer Gründung zu Beginn des 20. Jahrhunderts allerdings mehrfach aufgespalten hat – können auf eine längere, kontinuierliche Parteiengeschichte und -entwicklung zurückblicken. Viele Parteien haben sich nur kurzfristig zu Wahlen gegründet, waren Wählervereinigungen, die sich um einen Führer gruppierten; häufige Abspaltungen und erneute Zusammenschlüsse der Splittergruppen haben zu einer verwirrenden Unübersichtlichkeit in der Parteienlandschaft geführt. Auch die wiederholten Phasen militärischer Herrschaft haben verhindert, daß die Parteien kontinuierliche politische Arbeit leisten und dadurch ein klares politisches Profil entwickeln konnten. Führerpersönlichkeiten (wie Peron für die Peronisten und Balbin für die Radikalen) bestimmten die Parteien stärker als irgendwelche Programme.

Aus den Namen der Parteien sind keinerlei Rückschlüsse zu ziehen. Die Radikalen sind alles andere als „radikal"; hinter den 7 unter sozialistischem oder sozialdemokratischem Parteinamen kandidierenden Parteien verbarg sich ebenso die Linke Splittergruppe „Bewegung für den Sozialismus" (MAS) wie die „Partei für die Sozialdemokratie" (PDS) des Marineadmirals Massera, der wegen zahlreicher Entführungen und Morde angeklagt und verurteilt ist.

Der Peronismus ist sicherlich de interessanteste politische Bewegung in Argentinien. Peron hatte Partei und Gewerkschaften – in Anlehnung an sein Vorbild Mussolini – nach autoritär-korporativistischem Modell organisiert. Bis heute sind Partei- und Gewerkschaftsspitze Anhänger der in ihren Grundzügen faschistoiden Staatsvorstellungen Perons; die vor allem an der Basis von Partei und Gewerkschaften starken linksperonistischen Gruppen konnten sich nicht durchsetzen. Dies wurde bei den parteiinternen Wahlen für die Kandidatenaufstellung deutlich: der rechte Gewerkschaftsführer Lorenzo Miguel wurde zum Parteivorsitzenden gewählt (Frau Peron im spanischen Exil hat dieses Amt mehr oder weniger nur symbolisch).

Als Kandiat für das Amt des Gouverneurs von Buenos Aires wurde Herminio Iglesias, ehemaliger Boss der illegalen Spielbanken und zahlreicher Bordelle in Buenos Aires, aufgestellt. Erst Anfang September konnte sich die in Rechte und Linke „Vertikalisten" (Anhänger der Ideen Perons) und „Antivertikalisten" (Reformorientierte) gespaltene Partei auf die Kandidaten für Präsident und Vizepräsident einigen: Italo Argentino Luder und Deolindo Bittel waren von Anfang an schwache Kompro߬mißkandidaten, ohne Gegner, aber auch ohne „Hausmacht" innerhalb der Partei. Luder vertrat einen gemäßigten, reformorientierten Kurs innerhalb des Peronismus; die eigentliche Macht lag jedoch bei Lorenzo Miguel, der auch von den regierenden Militärs in seiner Funktion als autoritärer Gewerkschaftschef unterstützt wurde. Die Militärregierung stärkte die Gewerkschaften unter Lorenzo Miguel, im Gegenzug nahm dieser eine „gemäßigtere" Haltung gegenüber den Militärs an.

Mit dem Peronismus existiert in Argentinien also eine in ihrem Kern autoritär-antidemokratische und anti-sozialistische Arbeiter- und Massenpartei.

Die Union Civica Radical – seit 1946 immer zweitstärkste '30 %-Partei' nach den Peronisten – ist die eigentlich bürgerliche Partei, Vertreter des klein-

bürgerlichen Mittelstands in Argentinien. Nach dem Tod des konservativen Parteiführers Ricardo Balbin im vergangenen Jahr und mit der Wahl des Führers des linken Flügels „Erneuerung und Wechsel", Raul Alfonsin, zum Präsidentschaftskandidaten, öffnete sich die Partei nach links und profilierte sich als liberale, demokratische Massenpartei.
Die programmatisch-inhaltlichen Gegensätze zwischen Peronisten und Radikalen sind eher gering. Beide Parteien fordern die Wiederherstellung der Demokratie, die Unterordnung der Streitkräfte unter die zivile Gewalt und Maßnahmen zum Wiederaufbau der nationalen Industrie. Die grundsätzliche Übereinstimmung zeigt sich auch daran, daß ein gemeinsamer Arbeitskreis aus peronistischen und radikalen Wirtschaftswissenschaftlern mit der Ausarbeitung eines ökonomischen Programms beschäftigt war.
Der Hauptunterschied zwischen beiden Parteien ist struktureller Art: die PJ ist die autoritärere, die UCR die demokratischere Partei.
Dennoch lassen sich einige unterschiedliche Schwerpunkte feststellen. Die Peronisten setzen sich stärker für eine gerechtere soziale Ordnung, die staatliche Lenkung der Wirtschaft und die Unabhängigkeit der nationalen Industrie von den großen Konzernen ein. Sie gelten als die „antiimperialistischere" Partei. Die Radikalen dagegen grenzen sich stärker gegenüber den Militärs ab, fordern interne Umstrukturierungen innerhalb der Streitkräfte und die Bestrafung aller Verantwortlichen im „schmutzigen Krieg"; auch die Gewerkschaften müßten intern demokratisiert werden.
Neben UCR und PJ kandidierten noch 11 Klein- und Kleinst-Parteien auf nationaler Ebene, die in der Regel ein schärferes politisches Profil aufweisen als die beiden Massenparteien.
PI (Partido Intrasigente) und MID (Movimiento de Integracion y Desarolle) sind beides Abspaltungen des linken Flügels der UCR. Während die PI für eine radikale, linke, nationalistische Wirtschaftspolitik gegen „Dependencia" und US-Hegemonie eintrat, forderte die MID die Wiederherstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse. Das Interessante am Programm der MID ist, daß sie – auf der Grundlage einer (vulgär-) marxistischen Geschichtstheorie – zum jetzigen Zeitpunkt eine forcierte kapitalistische Entwicklung befürworten.
Die moskauorientierte Kommunistische Partei (PC) sowie einige andere kleinere sozialistische oder kommunistische Parteien hatten keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufgestellt, sondern sich für die Unterstützung des peronistischen Kandidaten Luder ausgesprochen. Diese Entscheidung ist mehr als ein „historischer Kompromiß": unter Peron und mit Hilfe der „Antikommunistischen Argentinischen Allianz" waren zahlreiche Linke verfolgt, entführt und ermordet worden. Begründet wurde diese Entscheidung damit, daß der Peronismus die Partei der Arbeiterklasse und von daher eine im Kern fortschrittliche Bewegung sei. Ungeachtet der rechten Führung müßten die Kommunisten die fortschrittlichen Strömungen im Peronismus und in den Gewerkschaften stärken.
Alle linken Parteien fordern die „Argentinisierung" der Wirtschaft und eine stärkere staatliche Lenkung. Da die Auslandsschulden durch die Zusammenarbeit von Militärs und ausländischen Banken verursacht worden seien, soll ihre Rückzahlung verweigert werden.
Die Alianza Democrata Socialista (ADS) und die argentinischen Christdemokraten (PDC) sind etwa in der linken Mitte des Parteienspektrums angesiedelt. Die ADS setzt sich besonders für eine fortschrittliche Sozial- und Familienpolitik (Scheidungsrecht, Gleichberechtigung) ein, während die PDC vor allem durch ihr kompromißloses Eintreten für die Menschenrechte bekannt wurde. Keine andere Partei hat sich so stark für die Mütter der Plaza de Mayo, die vollständige Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen und die Verurteilung der Verantwortlichen eingesetzt.
Auf der rechten Seite stehen die Alianza Federal und die Union del Centro Democratico, die für eine uneingeschränkte liberale Wirtschaftspolitik eintreten.

Wahlergebnisse und weitere Aussichten

Die große Überraschung des Wahlergebnisses, das sich schon wenige Stunden nach der Schließung der Wahllokale abzeichnete, war die Eindeutigkeit, mit der die UCR gegenüber den Peronisten gewann. Presse und Meinungsforschungsinstitute hatten ein Kopf-an Kopf-Rennen, bestenfall einen knappen Wahlsieg Alfonsins vorausgesagt. Die UCR gewann die absolute Mehrheit aller Wahlmänner, die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus; sie erhielt über 10 % der Stimmen (52 %) als die PJ (40 %). Die Peronisten haben die absolute Mehrheit im Senat; auch die Mehrheit der gewählten Provinzgouverneure gehört der PJ an.
Welche Wende dieses Wahlergebnis in der argentinischen Politik bedeutet, wird erst im Vergleich zu den vorausgegangenen Wahlen deutlich: die Peronisten hatten dabei immer doppelt so viele Stimmen wie die Radikalen erhalten.

Bemerkenswert ist auch die Konzentration der Wählerschaft auf die beiden großen Parteien, die gemeinsam über 90 % der Stimmen auf sich vereinen konnten. Die drittstärkste Partei, Partido Intransigente, folgte in großem Abstand mit 2,4 %. PI, UCD, PDC und 4 Provinzparteien konnten allerdings Abgeordnete in den Kongreß bringen. Die kleineren Parteien erhielten z.T. weniger Wählerstimmen, als sie eingetragene Mitglieder besitzen.
Die größte Niederlage erlitten die Peronisten in ihrer traditionellen Hochburg, im Industriegürtel um Buenos

Aires. Dort stimmten die Wähler zwar mehrheitlich für Luder, aber mit noch größerer Mehrheit gegen den peronistischen Gouverneurskandidaten Herminio Iglesias oder sie gaben einen leeren Umschlag ab, um mit dieser Art von Stimmenthaltung zu zeigen, daß sie gegen den skandalumwobenen peronistischen Kandidaten waren, aber auch nicht die Gegenpartei wählen wollten.
Alfonsin bzw. der UCR war es gelungen, viele ehemalige Peronisten und den Großteil der unentschiedenen Wähler (zwei Wochen vor den Wahlen betrug der Anteil der unentschiedenen Wähler noch über 20 %) für sich zu gewinnen, während die Peronisten offensichtlich von einem festen Wählerstamm gewählt wurden. Die UCR gewann die Wahlen sicherlich nicht wegen ihres besseren Programms; ebensowenig wie die PJ konnte sie einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise anbieten: es war ein Votum für transparentere, demokratischere Strukturen, nicht nur gegen die Militärdiktatur, sondern gegen jede Form autoritärer Herrschaft. Viele Wähler hatten auch Angst vor einer Wiederholung des „argentinischen Dramas" eines erneuten Militärputsches nach wenigen Jahren: die Peronisten waren bisher immer gewaltsam von Militärs geputscht worden. Zum ersten Mal wählten die Argentinier nicht die Partei, die breiten Bevölkerungsschichten eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation versprach, sondern die Partei, die mehr Gewähr für die Stärkung der demokratischen Institutionen, für die Achtung der Menschenrechte und für die Verbannung der Gewalt aus der Politik gab.
Der Mythos Peron, der über 30 Jahre die argentinische Politik bestimmt hatte, war gebrochen.
Bei den Peronisten löste die unerwartete Wahlniederlage heftige interne Diskussionen aus; die Gegensätze zwischen rechten und linken, Vertikalisten und Antivertikalisten sowie Gewerkschaftshierarchie und -basis brachen offen aus. Einigkeit bestand lediglich darüber, daß die Niederlage selbstverschuldet sei, niemand sprach von Wahlbetrug. Die Parteibasis kritisierte vor allem die Parteiführung, der sie „übergroßes Selbstvertrauen, inkompetente Führung und Unfähigkeit, dem Land befriedigende Anworten zu geben", vorwarfen (s. Buenos Aires Herald, 3.11.1983). Die Radikalen hätten ein zukunftsweisendes Programm gehabt, während die Peronisten rückwärts auf die Zeiten Perons geblickt hätten. Ein Sprecher des linken Flügels sagte, „nicht die Peronisten, sondern die peronistische Führung ist besiegt worden", und forderte personelle Konsequenzen. Die farblose, intellektuelle Persönlichkeit Luders gegenüber dem mächtigen Gewerkschaftsboß Miguel und gegenüber dem UCR-Kandidaten Alfonsin hätten gerade das peronistische führungsorientierte Wahlvolk nicht begeistern können. Rechte Vertikalisten warfen Luder die Abkehr von den Ideen Perons vor, während die Antivertikalisten gerade das Festhalten am Mythos des toten Führers und das Fehlen neuer Perspektiven für die Niederlage verantwortlich machten.
Die Diskussionen innerhalb des Peronismus sind noch nicht abgeschlossen; sie zeigen, wie notwendig eine Reform der Partei ist. Die Bedingungen für eine offene parteiinterne Auseinandersetzung um die zukünftige Richtung der PJ sind unter einer demokratischen Regierung besser als je zuvor, als der Druck der Militärdiktatur die Einheit der zersplitterten Bewegung aufrechterhielt. Eine Aufspaltung des Peronismus in eine rechte und eine linke Partei liegt durchaus im Bereich des Möglichen.
Einen Tag nach der Wahl besuchte Luder Alfonsin und sicherte der neuen UCR-Regierung die Loyale, demokratische Opposition seiner Partei zu. Dies war mehr als eine Geste, denn die Peronisten sind nach wie vor eine wichtige politische Kraft, gegen die PJ – die ja im Senat die Mehrheit hat – und gegen die Gewerkschaften werden die Radikalen nicht regieren können. Die fast 100 %ige Befolgung des von den Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreikts am 4. Oktober hat nicht nur den Militärs, sondern auch der UCR die Macht der Gewerkschaften verdeutlicht.
Auch die siegreiche UCR wird um parteiinterne Diskussionen nicht herumkommen, denn auch sie ist in viele Bewegungen von rechts bis links aufgespalten.
Gerade die Regierungspartei UCR steht vor der Notwendigkeit, sich von einer heterogenen Massenbewegung und Wählervereinigung zu einer durch politische Inhalte und Zielsetzungen zusammengehaltenen Partei zu entwickeln; ansonsten liefe sie in Gefahr, die disparaten Strömungen nur durch die Persönlichkeit Alfonsins zusammenhalten zu können. „Peronismus" würde durch „Alfonsinismus" ersetzt, und nicht durch ein kohärentes politisches Programm.
Letztendlich bedeutet der Wahlausgang und das Ende der Militärdiktatur für alle Parteien eine Chance, sich unter demokratischen Verhältnissen, weg von führerbezogenen Bewegungen, zu politischen Parteien weiterzuentwickeln.
Ob und wie die neue UCR-Regierung (die am 10. Dezember die Regierung übernehmen wird) in der Lage sein wird, die wirtschaftlichen und politischen Probleme des Landes zu lösen, ist schwer zu beantworten.
Die hohen Auslandsschulden und der wachsende Druck der Gläubigerbanken lassen der Regierung wenig Spielraum.

Aus der Zeitschrift „Gente", 13. 10. 1983.
„Gehen Sie so, Doktor. Vergessen Sie nicht, daß sich ihre Wahlrede an die weiblichen Wähler richtet."

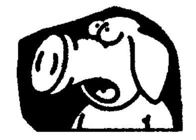
Der sozialistisch klingenden Wahlpropaganda der UCR wird mit Sicherheit ein konservatives Wirtschaftsprogramm folgen, das die argentinische Wirtschaft – mehr oder weniger nach den Vorgaben des Internationalen Währungsfonds – sanieren will. Für die unteren Einkommensgruppen und verarmten Schichten wird daher erst langfristig eine Verbesserung ihrer sozialen Situation eintreten. Die UCR hat allerdings angekündigt, die sozialen Folgen deser zunächst restriktiven Wirtschaftspolitik durch gezielte Hilfsprogramme für die untersten Schichten zu mildern; die Gelder dafür sollen durch Senkung der Militärausgaben frei werden.
Nach dem Zusammenbruch der argentinischen Industrie durch die totale Öffnung des Marktes unter der Militärregierung wird die UCR versuchen, das Vertrauen der (traditionell demokratiefeindlich eingestellten, die autoritären Regime unterstützenden) Unternehmerschaft zu gewinnen. Maßnahmen zum Schutz der einheimischen Industrie sind daher zu erwarten.
In der Außenpolitik wird sich die UCR um gute Beziehungen zu den lateinamerikanischen Nachbarländern bemühen. Eine Beendigung des langjährigen Beagle-Konflikts mit Chile auf der Grundlage der päpstlichen Vermittlung ist schon in naher Zukunft wahrscheinlich. Die Kontakte zu der Europäischen Gemeinschaft, besonders zu den sozialistisch regierten Ländern Spanien und Frankreich, sollen verbessert werden.
Die neue Regierung Alfonsin ist mit vielen Hypotheken der Militärdiktatur belastet. Die größte davon ist nicht die katastrophale wirtschaftliche Lage und der verlorene Malwinen-Krieg, sondern das Schicksal der 30 000 Verschwundenen. Die Klärung dieser Fragen mit rechtsstaatlichen Mitteln wird die schwierigste Aufgabe der jungen Demokratie sein.

Annegret Haffa

ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN AUSSENMINISTER GENSCHER UND BEAMTE DES AUSWÄRTIGEN AMTES UND DER DEUTSCHEN BOTSCHAFT BUENOS AIRES WEGEN „UNTERLASSENER HILFELEISTUNG" FÜR DEUTSCHE VERSCHWUNDENE EINGESTELLT. RECHTSANWALT LEGT BESCHWERDE EIN.

Die Staatsanwaltschaft Bonn hat das Ermittlungsverfahren mit dem Aktenzeichen 50 Js 55/83 gegen Bundesaußenminister Genscher, Beamte des Auswärtigen Amtes und der Deutschen Botschaft Buenos Aires eingestellt.
Im Februar dieses Jahres hatte der Berliner Rechtsanwalt Reymar v. Wedel im Auftrag von Familienangehörigen von in Argentinien „verschwundenen" Deutschen Strafanzeige gegen Hans-Dietrich Genscher erstattet, da dieser sich nach § 323 c StGB strafbar gemacht habe.
Die Staatanwaltschaft Bonn stützt sich nun in ihrer Entscheidung lediglich auf eine schriftliche Stellungnahme des beschuldigten Auswärtigen Amtes.
Sie bezweifelt in der Begründung zur Einstellung, ob es sich beim Verschwindenlassen von Menschen in Argentinien überhaupt um einen „Unglücksfall" handle. Auf jeden Fall aber habe die Bundesregierung bei der argentinischen Regierung mehrfach interveniert. Die Frage, ob wirtschaftliche Sanktionen hätten ergriffen werden sollen, sei „allein eine politische Entscheidung, die einer strafrechtlichen Bewertung nicht unterliegt." Gegen den Einstellungsbescheid hat Rechtsanwalt R. v. Wedel Beschwerde eingelegt. Er verweist dabei auf eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH 21/50/ 34), nach welcher es nicht genügt, daß der zur Hilfe Verpflichtete irgend etwas tut. Vielmehr müsse er die „ihm zumutbare bestmögliche Hilfe leisten."
Der Rechtsanwalt bemängelt, daß die Staatsanwaltschaft es sich beinahe so leicht gemacht hat wie die Bundesregierung gegenüber Argentinien.

Genscher habe niemals ernsthaft und mit Nachdruck interveniert. Gelegentliche verbale Vorhaltungen seien von der argentinischen Regierung nicht als ernsthaft angesehen worden, da die Bundesregierung gleichzeitig erhebliche wirtschaftliche Hilfeleistungen erbrachte, Kriegswaffen lieferte und Argentinien zu Krediten verhalf.
Nicht ein einziger sog. Verschwundener sei aufgrund der Intervention der Bundesregierung bislang freigelassen worden.

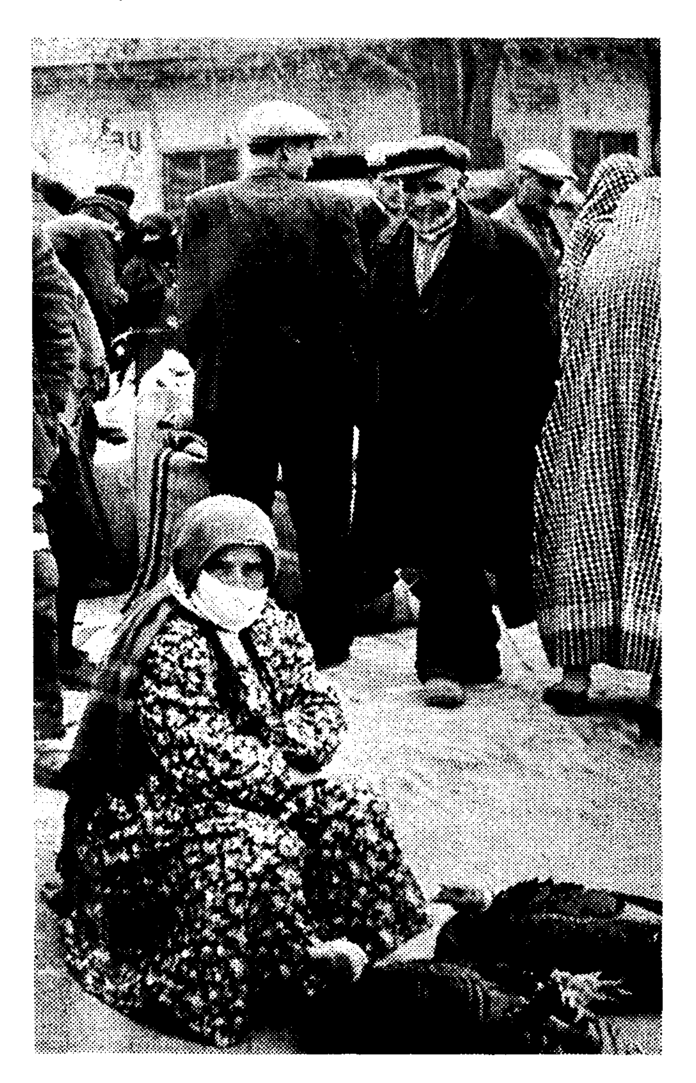


Türkei

Die gelenkte Demokratie

Am 6. November waren 19,6 Mio. türkische Bürger zur Wahl eines Parlamentes aufgerufen. Der Wahlsieg der 'Mutterlandspartei', die mit 45 % der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit der Parlamentsitze erhielt, wurde in der bundesdeutschen Presse, die TAZ eingeschlossen, als eine Schlappe und Ohrfeige für die türkischen Militärs gewertet. Denn die von den Militärs favorisierte 'Nationalistische Demokratische Partei' des Ex-Generals Turgut Sunalp belegte noch hinter der 'Populistischen Partei', die nach dem Willen der Militärs in die „loyale Opposition" geschickt werden sollte, weit abgeschlagen den dritten Platz.
Die türkischen Wähler haben sich zwar den Wahlausgang nicht gänzlich von den Militärs diktieren lassen. Sie haben aber mit der Wahl Turgut Özals zum Ministerpräsidenten einem Mann wieder zur Macht verholfen, dessen monetaristischer Wirtschaftskurs schon in der Regierung Demirel für eine massive Verschlechterung der Lebensbedingungen der Mehrheit der türkischen Bevölkerung verantwortlich gewesen ist. Seine rücksichtslose Wirtschaftspolitik durfte er auch nach dem Militärputsch weiterführen. Er mußte erst zurücktreten, als seine Politik 1982 zum Zusammenbruch vieler Banken führte. Wenn Özal nun dennoch zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, so sicherlich nicht deswegen, weil sich die Wähler von ihm die Durchsetzung ihrer Interessen erhoffen, sondern deshalb, weil er von den drei Kandidaten, die die Militärs zur Wahl stellten, noch das geringste Übel zu sein scheint.

Die bundesdeutsche Presse hat vor den Wahlen umfangreich und ausführlich über die innenpolitischte Situation der Türkei berichtet und die türkischen Parlamentswahlen als Wahlfarce apostrophiert, da sie mit den gängigen demokratischen Spielregeln nichts zu tun habe. Denn im Partei- und Wahlzulassungsverfahren der letzten Monate wurden 16 Parteien ohne jede Begründung von den Wahlen ausgeschlossen oder aufgelöst. Über 700 erfahrenen Politikern der früheren Parteien sowie 1723 früheren Bürgermeistern ist jede politische Tätigkeit in den nächsten fünf bis zehn Jahren untersagt.
Vor allem die zwei größten türkischen Parteien, die SODEP und DYP, waren von diesem Wahlausschlußverfahren betroffen.
Die sozialdemokratische SODEP steht in der Tradition der Republikanischen Volkspartei (CHP). Ihr ehemaliger Vorsitzender Ecevit, der in den letzten drei Jahren mehrere Male inhaftiert war, äußerte sich zur Parteigründung der SODEP eher zurückhaltend. Die Zeit für ernsthafte Demokratisierungsversuche in der Türkei sei noch nicht reif.(2)
Die DYP (Partei des richtigen Weges) ist die Nachfolgepartei der AP (Gerechtigkeitspartei) Demirels. diesen beiden Parteien traute man Schätzungen zufolge bei den Wahlen vom 6. November einen Stimmenanteil von mindestens 80 % zu.
Doch ihr Wahlausschuß ist nicht der einzige Beweis dafür, daß es sich beim jetzigen türkischen Parlament um nichts anderes handelt als um ein scheindemokratisches Aushängeschild, mit dem den formalen Demokratisierungsforderungen der ausländischen Geldgeber genau so formal genüge getan wurde. Staatspräsident Evren hat sich beim Verfassungsreferendum im November letzten Jahres nicht nur auf sieben Jahre zum türkischen Staatsopberhaupt wählen lassen. Mit Hilfe der Verfassung hat er sich mit einer Machtfülle ausstatten lassen, die sogar die des Reichspräsidenten während der Weimarer Republik überbietet. Kein Bereich des öffentlichen Lebens der Türkei ist von den juristischen und institutionellen Veränderungen verschont geblieben, die die Militärjunta in den letzten drei Jahren durchgesetzt haben. Staatspräsident Evren bestimmt beispielsweise die Verfassungsrichter, die Mitglieder des Staatskontrollrates, der seinerseits die Parteien, Verbände und Gewerkschaften überwacht und beobachtet. Evren ernennt die Provinzgouverneure aus den Reihen der Militärs und setzt sogar die Universitätsrektoren ein. Er hat ein Veto-Recht in der Gesetzgebung und kann jederzeit den Ministerpräsidenten entlassen sowie das Parlament auflösen. Bei mehr als tausend noch von der Junta verabschiedeten Gesetzen bleibt die Frage offen, welche grundsätzlichen legislativen Funktionen das türkische Parlament überhaupt noch zu erfüllen hat.



Mit welchem staatlichen Terror die Militärjunta ihre politischen und – was im folgenden aufgezeigt wird – damit eng verbunden ihre wirtschaftlichen Ziele verfolgt hat, darüber haben wir kontinuierlich berichtet. (3)
Der Junta ist es gelungen, die starke türkische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sowie jegliche insbesondere linke Opposition zu zerschlagen. Jede Kritik, jede Unmutsäußerung über die politischen und sozialen Verhältnisse in der Türkei wird im Keim erstickt. Selbst Mitgliedern des türkischen Friedenskomitees wurde in einem Prozess, der ein Jahr dauerte, vorgeworfen, gegen die Interessen des türkischen Staates zu verstoßen. Als Grundlage für Urteile mit Haftstrafen bis zu acht Jahren diente u.a. eine Postsendung aus der Sowjetunion an die Adresse des Friedenskomitees, die eine auch in der Türkei erhältliche Zeitschrift enthielt.
Die Militärs haben so in den letzten Jahren jeden Widerstand erstickt, der ihre Herrschaft in der Türkei hätte gefährden können. In diesem Sinne sind auch die Wahlen einzuschätzen, denn: „Erst nachdem sie ein System errichtet hatten, innerhalb dessen Demokratie nicht mehr möglich ist, begannen sie, formal die Errichtung von Parteien und eines Parlamentes anzusteuern." (4)
Turgut Özals Wahlsieg ist insofern auch keine Schlappe für das Militär. Evren hat das unmittelbar nach der Wahl mit unmißverständlichen Worten klargestellt: „Wir hätten keine Wahlen zugelassen, wenn sie uns geschadet hätten."
Özals Loyalitätsversicherungen gegenüber den Militärs ließen auch nicht lange auf sich warten. Er dankte ihnen für die wiederhergestellte Ruhe und Ordnung. Und er weiß, wovon er spricht. Als Sachwalter und Vollstrecker der Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird Özal auf „Ruhe und Ordnung" angewiesen bleiben.

FRAUEN UND DRITTE WELT

An alle Frauen!
Auf dem Kongreß „Zukunft der Frauenarbeit", Arbeitsgruppe „Frauen und Dritte Welt", haben wir überlegt, daß es notwendig ist, Verbindungen zwischen Frauengruppen zu schaffen, die zu Frauen und Dritte Welt arbeiten.
Wir würden gerne wissen:
a) Wo seid Ihr?
b) Welche Fragestellungen habt ihr?
c) Habt Ihr Veerbindungen zu Frauen in der Dritten Welt/Frauen aus der Dritten Welt hier in der BRD?
d) Habt ihr Interesse daran, Kontakte zu anderen Frauengruppen aufzubauen zwecks Informationsaustausch und Diskussion?
Wir stellen uns vor, daß durch die entstehenden Verbindungen Voraussetzungen geschaffen werden für größere regionale Treffen, Netzwerk und langfristig die Unterstützung eines Frauenprojektes von Frauen für Frauen möglich wird. Wir, denken, es ist gerade durch die zunehmende „Berücksichtigung" der Frauen in der offiziellen Entwicklungshilfe dringend notwendig, feministische Standpunkte zu formulieren und (nicht nur) in die Aktionsgruppen einzubringen. Meldet Euch bitte hier bei uns, wir werden eine Adressenliste bzw. einen Inforundbrief erstellen.
Kontakt: Frauen im AKAFRIK
August-Bebel-Straße 62, 4800 Bielefeld I



Staatspräsident Evren

Auch der IWF bleibt Sieger

Wenn Özal Mitte 1982 als Wirtschaftsminister der Junta zurücktreten mußte, dann weniger deshalb, weil die Militärs sich mit ihm von der monetaristischen Wirtschaftspolitik verabschieden wollte. Özal mußte gehen, weil er zum Hauptverantwortlichen des Zusammenbruchs vieler Banken und Kreditinstitute gestempelt wurde. Nahezu eine Million – insbesondere mittelständische Sparer – hatten dabei ihr Geld verloren. Die Militärs fürchteten um ihre Popularität, die sie vor allem beim Mittelstand genießen. Versprachen sie der Bevölkerung doch nicht nur die Befreiung vom täglichen Straßenterror, sondern auch eine spürbare Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.
Nahezu sämtliche wirtschaftspolitische Maßnahmen der Militärjunta orientierten sich an den 1979 ausgehandelten Forderungen des IWF. Ziele des IWF, von deren Verwirklichung die Kreditvergabe an die mit 23 Mrd. Dollar hochverschuldete Türkei abhängt, waren und sind die Drosselung der Inflation, Abbau des Zahlungsbilanzdefizits und damit der chronischen Devisenkanppheit sowie langfristig eine stärkere Exportorientierung der türkischen Wirtschaft.

Der gewaltsam durchgesetzte Lohn- und Gehaltsstopp sowie die ebenfalls vom IWF geforderte Aufgabe subventionierter Preise u.a. für Nahrungsmittel hat zwar die Inflationsrate von 135 % (1980) auf 25 % (1982) sinken lassen. Die Bevölkerung jedoch büßt dafür mit Lebensbedingungen, die sich ständig verschlechtern. Die Reallohneinkommen sinken unaufhörlich und liegen heute unter dem Niveau des Jahres 1962. (5)
Hinter weiteren sogenannten Erfolgsmeldungen der türkischen Wirtschaft verbirgt sich ebenfalls nichts anderes als ein Strohfeuer. Das Zahlungsbilanzdefizit von 3,1 Mrd. Dollar im Jahr 1980 reduzierte sich zwar auf eine Milliarde Dollar. Dahinter steckt aber keineswegs eine grundsätzliche Neuorientierung der türkischen Wirtschaft. Denn die verbesserte Leistungsbilanz geht unmittelbar auf den – mangels Kaufkraft – verbundenen Rückgang der inländischen Nachfrage zurück. Einerseits mußte – bei nicht ausgelasteten Kapazitäten der türkischen Industrie – die ausgeprägt importabhängige Konsumgüterindustrie der Türkei weniger Rohmaterialien, Maschinen, Ersatzteile etc. importieren. Auf der anderen Seite konnte der ausgeprägte Rückgang der Inlandsnachfrage durch einen Anstieg der Auslandsnachfrage teilweise kompensiert werden. Die türkische Wirtschaft hat dabei vor allem durch den Krieg zwischen Iran und Irak im Nahen Osten neue Absatzmärkte für ihre Industrieprodukte gefunden, die auf den westlichen (tra-

ditionellen) Absatzmärkten der Türkei nicht unbedingt konkurrenzfähig waren. Die Exporte konnten sich auf diese Weise auf fast sechs Mrd. verdoppeln, und die industriellen Exporte überflügelten erstmals diejenigen der Landwirtschaft. Diese Exportsteigerung ergab sich jedoch nicht aus dem (angestrebten) Aufbau einer exportorientierten Industrie, sondern durch den Export von Waren, die traditionell für den türkischen Binnenmarkt produziert wurden. Den geringsten Exportzuwachs erzielten beispielsweise die wichtigsten traditionellen landwirtschaftlichen Exportprodukte wie Obst und Gemüse und Industrieprodukte wie Textilien. Stattdessen wurden plötzlich Gummi- und Plastikwaren sowie Getreide und Fleisch exportiert.
Die gesamten Exporterfolge gehen demnach nicht auf eine Produktionssteigerung der türkischen Wirtschaft zurück. Die Exporte sind allenfalls Notlösung und begrenzte Ausweichmöglichkeit für im Inland nicht mehr absetzbare Waren. Die Grenzen dieser Ausweichmöglichkeit bekamen vor allem jene Klein- und Mittelbetriebe zu spüren, deren Produkte auf den internationalen Märkten nicht konkurrenzfähig sind und schon gar nicht über die notwendigen

Ein türkischer Staatsbeamter, mittlere Laufbahn, 15 Dienstjahre, verdient knapp 50.000 Lira im Monat (600 Mark).
Nach Steuern und Abgaben bleiben ihm rund 30.000. Die Miete für seine Dreizimmerwohnung, mittlere Wohnlage in der Hauptstadt Ankara, kostet ihn, ohne Heizung, 35.000 Lira. Bleibt ein Minus von 5000 Lira.
Daher arbeitet auch seine Frau: Sie hat einen Job in einem Labor gefunden und bringt 24.000 Lira nach Hause. Bleiben der Familie, ein Kind, knapp 20.000 Lira im Monat für die Lebenshaltung - das sind wenig mehr als 200 Mark.
32.000 Lira aber kostet, wie die staatlichen Statistiker errechneten, der kleinste Lebensmittelkorb für eine vierköpfige Familie, nicht zu reden von Kleidung, Toilettenartikeln oder gar Luxus wie Zeitschriften, Bücher, Kino oder Urlaub. Bleibt dem türkischen Staatsdiener und Familienvater nur Korruption oder ein Ausweg, der etwa unter den Polizisten der Hauptstadt Ankara fast epidemische Ausmaße erreicht hat: Selbstmord.
Dabei gehören der Staatsbeamte und seine Frau noch dem Mittelstand des Landes an. Der offizielle Mindestlohn in der von Militärs beherrschten Türkei beträgt 16.000 Lira im Monat, gerade die Hälfte des minimalen Nahrungsbedarfs. Das bedeutet für ein Viertel der Arbeiter und Angestellten eine Diät von Bohnen und Fladenbrot, Nudeln und Reis, kaum aber je einen Bissen Fleisch.
aus: Spiegel, 31.10.83

Handels- und Vertriebssysteme verfügen. Die wenigsten Klein- und Mittelbetriebe können deshalb ihre Einnahmeverluste durch den Nachfragerückgang im Inland mit Exporterlösen kompensieren. Die Firmenpleiten stehen bis heute auf der Tagesordnung, und viele Menschen verlieren die sowieso schon dünn gesäten Arbeitsplätze. Die offene und versteckte Arbeitslosigkeit wird schon heute auf über 40 % geschätzt.
Das Wachstum der mehr oder minder künstlichen Exportwirtschaft der Türkei stößt mittlerweile an ihre Grenzen. Die Erfolgsmeldungen der türkischen Wirtschaft fallen 1983 um einiges vorsichtiger aus. Die Exporte nach Libyen und in den Irak, der Hauptabnehmer für türkische Waren war, sind rückläufig, da beide Länder selbst in großen Zahlungsschwierigkeiten stecken. Außerdem verringern sich die Deviseneinnahmen des türkischen Staates dadurch, daß wieder weniger türkische Arbeitsemigranten ihr Geld in die Türkei transferieren. Denn seit diesem Jahr übersteigt wieder einmal die Inflationsrate das einstmals attraktive Zinsniveau für Spareinlagen der letzten Jahre. Nach diesen ungünstigen Entwicklungen der Exportwirtschaft revidiert das staatliche Institut für Statistik in Ankara bereits die prognostizierte Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes von 4,8 % für 1983 auf nur noch 2,9 %.
Zunehmend wird deutlich, daß es dem türkischen Staat trotz Subventionen und Steuererleichterungen für Exporteure, womit er gleichzeitig auf beträchtliche Steuereinnahmen verzichtet hat, nicht gelungen ist, eine exportorientierte Industrie auch mit Hilfe ausländischen Kapitals aufzubauen. Die tiefe Wirtschaftskrise der Türkei konnte zwar nach außen hin in den letzten zwei Jahren beschönigt werden, für den Großteil der Bevölkerung hat sie nie aufgehört zu existieren.



Der Wahlkämpfer Özal

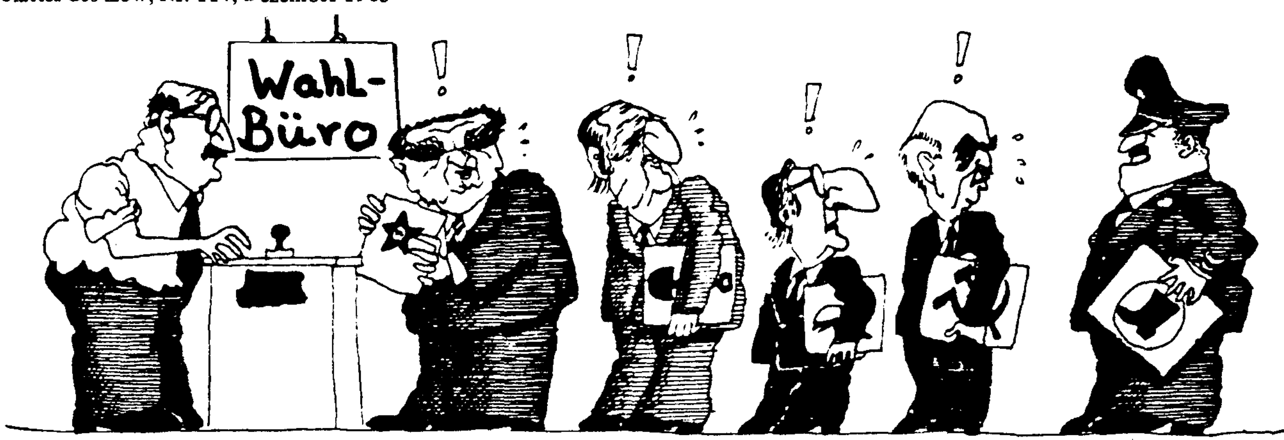
Das Wirtschaftsprogramm Özals

Özal ist mit einem Wirtschaftsprogramm angetreten, das zwei bisher nicht oder nur ansatzweise verwirklichte Ziele des IWF in die Tat umsetzen soll: erstens die Privatisierung der Staatsbetriebe bzw. deren stärkere Orientierung an marktwirtschaftlichen Rentabilitätskriterien; zweitens die Schaffung eines entwickelten Kapitalmarktes, der den in- und ausländischen Unternehmen umfangreiche Neuinvestitionen besonders in der Exportproduktion ermöglichen soll.
In der türkischen Industrie sind immer noch 47 % der Betriebe staatlich. Bisher hat der Staat bis auf wenige Ausnahmen in Sektoren investiert, die für die Privatwirtschaft unrentabel sind. Die wenigsten Staatsbetriebe arbeiten kostendeckend und müssen daher vom Staat subventioniert werden. Ebenso wie der aufgeblähte Dienstleistungssektor verfolgten die Staatsbetriebe eine expansive Einstellungspolitik, um die Arbeitslosenquote nicht noch höher steigen zu lassen. Den Staatsbetrieben war bisher eine strategisch wichtige Rolle in der Entwicklung des Landes zugedacht. So wurden bsw. Produkte wie Düngemittel zu Preisen verkauft, die unter den Herstellungskosten lagen, um so die Landwirtschaft zu unterstützen. Die unvermeidlichen Defizite wurden bislang durch staatliche Subventionen ausgeglichen. Der Staat deckte aber auch die Defizite, die nicht das Resultat dieser Preispolitik waren. 1979 mußte der Staat dafür 180 Mrd. TL ausgeben, davon entfielen 120 Mrd. TL direkt auf die Preissubventionierung.
Bereits unter der Regierung Demirel (1980) wurde deshalb die Preisbindung für die meisten Produkte der Staatsbetriebe aufgehoben. Bei den Düngemitteln schnellten daraufhin die Preise um über 800 % in die Höhe. (8)

Auch hier konnten die exportorientierten Zweige der Landwirtschaft diese Preisexplosion für wichtige Grundstoffe eher auffangen, weil gleichzeitig mit der Aufhebung der Preisbindung die Preiskontrollen für Exporte beseitigt wurden. Betroffen von dieser zwangsläufigen Verteuerung landwirtschaftlicher Produkte sind dagegen diejenigen Bauern, die nicht für den Export produzieren. Da sie sich den teuren Dünger nicht leisten können, sinken ihre Hektarerträge.
Die Verknappung landwirtschaftlicher Produkte durch den Export sowie durch die sinkenden Hektarerträge führen bereits zu Versorgungsengpässen – vor allem bei Fleisch. Die fortschreitende Verarmung der ländlichen Bevölkerng, obwohl ohnehin bereits 70 % der ländlichen Familien unter dem Existenzminimum leben, läßt sich mit dieser Wirtschaftspolitik nicht stoppen. Ebensowenig die unvermindert anhaltende Abwanderung in die türkischen Städte, die ebenfalls keine Arbeitsmöglichkeiten zu bieten haben. Zeigt die Aufhebung der Preisbindung für wichtige Grundstoffe und Nahrungsmittel schon deutliche Spuren, so werden die Konsequenzen, die sich aus der „Sanierung" der Staatsbetriebe ergeben werden, erst in den nächsten Monaten für viele Arbeitnehmer spürbar werden. Die Militärregierung näherte sich nämlich nur sehr vorsichtig dem 'Anliegen' des IWF nach Massenentlassungen aus den Staatsbetrieben, um deren Rentabilität zu steigern.
Der IWF verstärkte daher ab Mitte 1982 seinen Druck auf die türkische Regierung mit altbewährten Drohungen. Er ließ verlauten, daß er die Nichterfüllung dieser Maßnahme als Vertragsbruch betrachte, wodurch die IWF-Kredite insgesamt gefährdet seien.
Massenentlassungen – so fürchteten jedoch die Militärs – hätten nicht nur zu einem Popularitätsverlust für sie geführt, sondern auch für neuen sozialen Zündstoff gesorgt. Beides versuchten sie zu verhindern, zumindest solange bis der von ihnen eingeleitete sogenannte Demokratisierungsprozeß per Verfassungsreferendum und Parlamentswahlen in ihrem Sinne abgeschlossen war. Daß Turgut Özal für Rationalisierungen, Privatisierung und sogar für die Schließung unrentabler Staatsbetriebe eintritt, hat er schon während seiner Wirtschaftsberater- und Ministerzeit kundgetan. Im Wahlkampf hielt er sich jedoch mit lautstarken Äußerungen in diese Richtung zurück.
Dagegen beschwor er überall nachhaltig sein Image als Wirtschafts-Wunderheiler oder Wirtschaftszar, der für alle den baldigen Aufschwung bringt.
Die Militärs ihrerseits können, nachdem sie ihre Herrschaftssicherung perfektioniert haben, unpopuläre Maßnahmen wie Massenentlassungen getrost einem 'demokratisch legitimierten' Ministerpräsidenten überlassen.
Künftig werden sie nicht einmal mehr putschen müssen, wenn es gilt soziale Unruhen gewaltsam zu unterdrücken. Mit den Machtbefugnissen, die sie einem der ihren sicherten, haben sie dafür Sorge getragen, daß sie die staatliche Gewalt legal und demokratisch anwenden können.

Die Exportorientierung führt in eine weitere Sackgasse

Die Wirtschaftskrisen der Türkei Ende der 50er und 60er Jahre und die damaligen Abkommen mit dem IWF brachten der türkischen Wirtschaft nicht so einen drastischen Eingriff wie er mit der Umorientierung auf Exportproduktion in den 80er Jahren vorgesehen ist. Die früheren Zahlunsbilanzdefizite konnten noch durch den Aufbau der Konsumgüterindustrie, durch strengere Importkontrollen sowie durch die Überweisungen im Ausland arbeitender Türken eingedämmt werden.
Dieser Handlungsspielraum ist mittlerweile jedoch ausgeschöpft. Die Abhängigkeit von Rohstoffen – insbesondere Erdöl – und Investitionsgütern führte Ende der 70er Jahre zu einem erneuten Zahlungsbilanzdefizit. Da die fehlenden Devise durch Kredite nicht mehr beschafft werden konnten, mußten die Importe gedrosselt werden.
Daher konnten die Produktionskapazitäten nicht mehr voll ausgelastet werden, so daß zunächst die Nachfrage nach Waren größer war als deren Angebot. Dieser Nachfrageüberhang und damit die inflationäre Preisentwicklung sollten durch den Lohn- und Gehaltsstopp reduziert werden.
Ein weiteres Ziel, an dem auch Turgut Özal festhält ist der Aufbau eines erweiterten Kapitalmarktes. Eine niedrige Inflationsrate und eine hohe Zinsrate sollen deshalb für eine erhöhte Spartätigkeit sorgen, um die erforderlichen Kapitalsummen für den Aufbau einer exportorientierten Industrie – so der Wunschtraum – bereitzustellen.
Gerade die Freigabe der Zinsen hat in der Vergangenheit jedoch zu einem Geldschwarzmarkt beigetragen, d.h. das



Kapital wurde nicht für produktive Zwecke wie etwa für Neuinvestitionen im Exportproduktionsbereich verwendet, sondern wurde für spekulative wie Land- und Immobilienkäufe ausgegeben. Mit welchen Mitteln Özal künftig den türkischen Geldmarkt kontrollieren will, hat er noch nicht konkretisiert. Nach den zahlreichen Bankenzusammenbrüchen sind die Sparer jedenfalls sehr mißtrauisch geworden.

Auch die Steuererleichterungen für Exportprodukte erzielten nicht den gewünschten Effekt. Denn die Unternehmen nutzten diese nicht zu Neuinvestitionen im Exportproduktionsbereich, sondern dazu, die bisher für den Binnenmarkt produzierten Güter ins Ausland zu exportieren.

Wie im vorherigen aufgezeigt wurde, konnten ohnehin nur wenige Unternehmen ihre Einnahmeverluste auf dem Inlandsmarkt durch Exportgeschäfte kompensieren. Firmenpleiten blieben deshalb nicht aus, und viele Firmen, auch Großbetriebe mußten bei Banken Kredite aufnehmen, um den laufenden Betrieb überhaupt aufrechterhalten zu können. Solange also die Kaufkraft der Bevölkerung nicht ansteigt und die meisten Firmen Absatzprobleme haben, wird der Kreditbedarf der türkischen Unternehmen anhalten, ohne daß es zu Investitionen in neuen Produktionsbereichen kommen wird. Das Ziel über die Senkung der Inflationsrate und die Erhöhung der Zinsrate den Kapitalmarkt zu entwickeln, dürfte an diesem Punkt bereits gescheitert sein.

Auch die ausländischen Firmen in der Türkei konnten nicht zu nennenswerten Investitionen im Exportsektor motiviert werden, obwohl in den letzten Jahren optimale Bedingungen für das ausländische Kapital geschaffen wurden. Turgut Özal, der sich gerne als der Ludwig Erhard der Türkei preisen läßt, umschrieb sie folgendermaßen:

„– Keine Importzölle für Rohmaterialien und Teile, die für die Herstellung von Exportwaren benötigt werden;
– Exportanreize: Fast 20 Prozent der Exporterlöse können vor der Versteuerung von den Firmeneinnahmen abgezogen werden, so daß eine im Export aktive Firma möglicherweise keine Körperschaftssteuer zahlen muß;
– Subventionierte Investitions- und Exportkredite sind erhältlich." (1)

Die Gründe, warum das ausländische Kapital dennoch nicht im großen Umfang investiert, haben mehrere Ursachen: Die ausländischen Investitionen in der Türkei waren im internationalen Vergleich schon immer relativ unbedeutend. Hinzu kommt, daß die meisten ausländischen Firmen (Montageindustrie) ebenfalls für den Binnenmarkt produzieren, so daß auch sie vom Nachfragerückgang betroffen sind. Der Absatz von in der Türkei produzierten Waren auf neuen ausländischen Märkten ist außerdem nur bedingt möglich, da sie auf den westlich-kapitalistischen Märkten nicht konkurrenzfähig sind und die Nah-Ost-Staaten zunehmend in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Für mögliche Exportprodukte der Türkei wie Textilien ist der Weltmarkt ohnehin eng geworden. So setzte bereits im April 1982 die EG den Zoll für Baumwollgarne auf 12 % fest, um die eigene Industrie vor den türkischen (subventionierten) Dumpingpreisen zu schützen. (11)

Trotz der genannten Begrenzungen hält Turgut Özal an einem Wirtschaftskurs fest, der den Aufbau der Exportindustrie in der Türkei beschleunigen soll. Auf dem Energiesektor beispielsweise verläßt sich die türkische Regierung nach wie vor nicht auf die eigenen Ressourcen wie die reichlich vorhandene Wasserkraft, obwohl gerade die hohen Erdölimporte wesentlich zu einer negativen Zahlungsbilanz beigetragen haben. Stattdessen erhielt erst kürzlich die Deutsche Kraftwerksunion (KWU) die Genehmigung zum Bau eines Atomkraftwerkes. Inzwischen hat die türkische Rgierung auch damit begonnen, die Voraussetzungen zur Einrichtung von Freihandelszonen zu schaffen. (12)

Ein Stück Südostasien in der Türkei? Das international vergleichsweise hohe Lohnniveau in der Türkei dürfte nach dem Lohn- und Gehaltsstopp und der Zerschlagung der Gewerkschaften bald kein 'Hindernis' mehr sein.

Wenn die riesigen Kapitalsummen, die zur Umorientierung der türkischen Wirtschaft auf Exportproduktion benötigt werden, nicht auf dem Binnenmarkt erbracht werden können, führt dies unweigerlich zu Kreditaufnahmen bei ausländischen Kreditgebern. Die chronische Verschuldungskrise läßt sich auf diese Weise bestimmt nicht lösen. Eher ist zu fürchten, daß diese Wirtschaftspolitik den einigermaßen funktionierenden türkischen Binnenmarkt zerstören wird. Firmenpleiten bei Klein- und Mittelbetrieben, die für die türkischen Großbetriebe willkommene Möglichkeit zur Monopolisierung sind, Massenentlassungen und damit zunehmende Verelendung breiter Bevölkerungsschichten sind jedoch dieser Politik immanent.

In dieser Sackgasse ist auch eine wirkliche Redemokratisierung der Türkei nicht denkbar. Drei Jahre haben die Militärs gebraucht, um ihre Vorstellungen von 'Demokratie' zu verwirklichen.

Die vom IWF geforderte Wirtschaftspolitik kann allenfalls eine gelenkte Demokratie verkraften, in der das Militär nichts an Macht eingebüßt hat.

Die türkische Bevölkerung lebt auch nach den Wahlen in jeder Beziehung im Ausnahmezustand.

bu

Quellen:
1) siehe ausführlich: „blätter des iz3w", Nr. 105, November 1982
2) Der Spiegel, 9.10.1983
3) „blätter des iz3w" Nr. 89; Nr. 95; Nr. 100; Nr. 105; Nr. 112
4) Sehr empfehlenswert: Rainer Werle: „Modell" Türkei. Ein Land wird kaputtsaniert. 1983. Junius Verlag, Hamburg, S. 183
5) Der Spiegel, 31.10.1983
6) NFA, 19.10.1983
7) Rainer Werle, a.a.O., S. 30 f
8) Rainer Werle, a.a.O., S. 103
9) Süddeutsche Zeitung, 2. 11.1983
10) R. Werle, a.a.O., S. 154
11) ders., a.a.O., S. 129
12) NFA, 22.11.1983



In der Wüste verhungerte Armenierin und ihre beiden Kinder (1916).

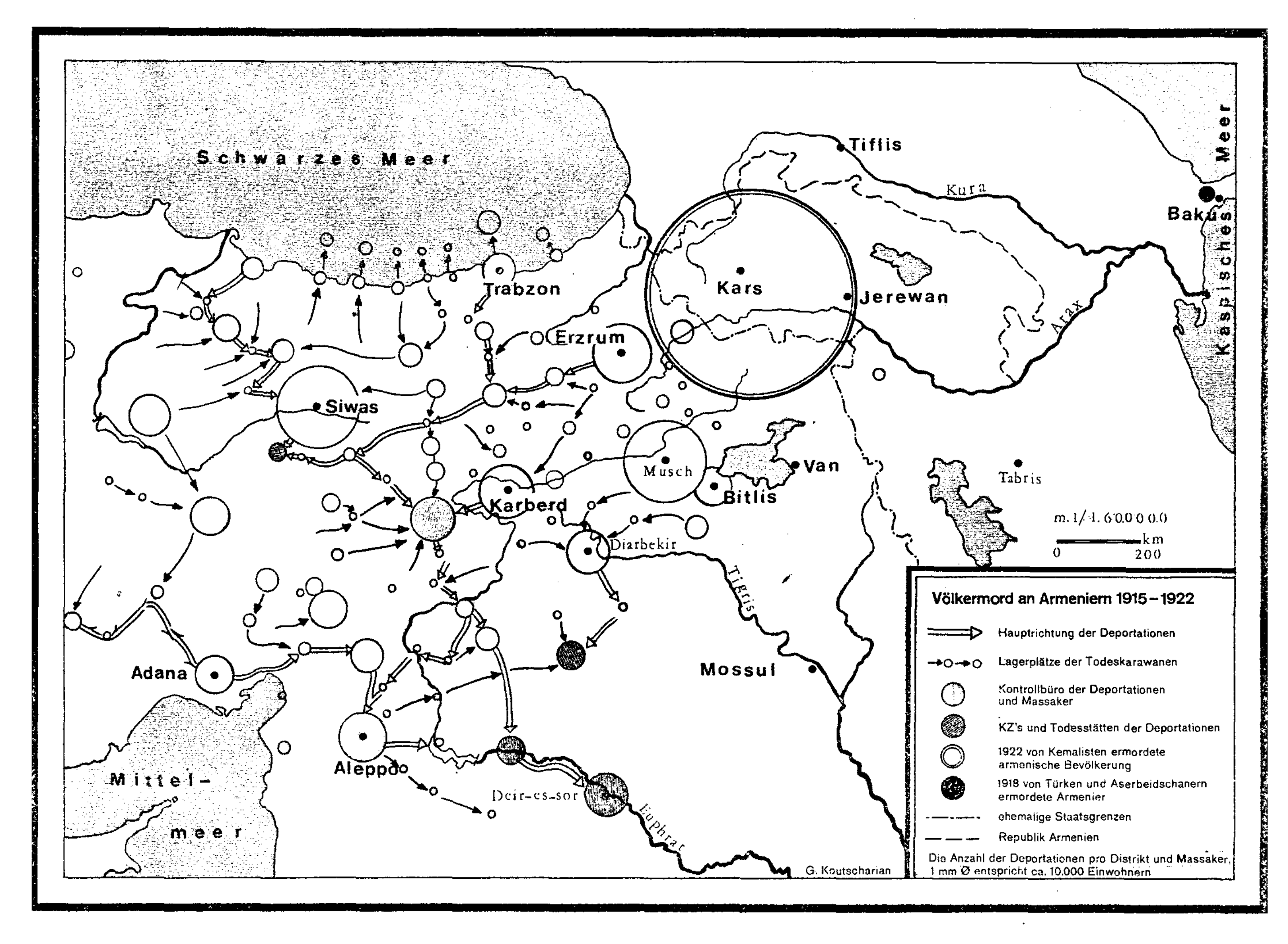
Kampf gegen die „Verschwörung des Schweigens": Der Völkermord an den Armeniern und die armenische Frage heute

Zum besseren Verständnis

Die Heimat der Armenier, das Armenische Hochland, erstreckt sich über 400.000 qkm zwischen dem iranischen und kleinasiatischen (anatolischen) Hochland sowie der mesopotamischen Tiefebene. Im Norden wird es vom Höhenzug des Pontos, im Osten vom Kleinen Kaukasus begrenzt. Es umschließt die Seen Wan, Sewan und Urmia, die Quellen von Euphrat und Tigris und besitzt bei einer mittleren Höhe von 1.700 m seine höchste Erhebung im biblischen Ararat (5.165 m).
Die Ethnogenese des armenischen Volkes vollzog sich vor etwa 2.500 Jahren im Gebiet von Wan, das neben der Ararat-Ebene eines der kulturellen Zentren des Hochlandes bildet. Hier stießen Einwanderer aus dem Westteil des Hochlandes (Kleinarmenien) auf das Reich Urartu, dessen Einwohner der churritischen Sprachfamilie angehörten. Die eingewanderten Protoarmenier waren dagegen entweder Indoeuropäer oder sprachlich indoeuropäisierte Kleinasiaten, die bei ihrer Verschmelzung mit den Urartäern auch Teile der Sprache und Kultur dieses Volkes übernahmen. Das heutige Armenisch gehört somit zwar zur indoeuropäischen Sprachfamilie, ohne jedoch mit den übrigen indoeuropäischen Sprachen eine nennenswerte Verwandtschaft zu besitzen.
Im Jahre 301 erhoben die Armenier als erstes Volk das Christentum zur Staatsreligion und verliehen ihm in den Abwehrkämpfen gegen Assimilationsversuche der benachbarten zoroastrischen Perser und später der byzantinischen Kirche die Form einer Nationalreligion, die zum Hauptbestandteil armenischer Identität wurde. Eng mit dem Kampf um die Bewahrung dieser Identität verbunden ist auch die Entwicklung einer eigenen armenischen Schrift zu Beginn des 5. Jhs., die eintausend Jahre vor Luther die Übersetzung der Bibel ins Armenische erlaubte und zur Grundlage eines sehr reichen Schrifttums wurde.
Heute wird nur noch ein Zehntel des ursprünglichen Siedlungsgebietes mehrheitlich von Armenier bewohnt. 41,6 % der 7 Mio. armenischer Weltbevölkerung lebt in der Sowjetrepublik Armenien, 25,4 % in anderen Sowjetrepubliken und 33 % außerhalb der UdSSR. Somit lebt die Mehrheit der Armenier heute außerhalb ihrer Heimat. Dieses Auslandsarmeniertum wird über alle Grenzen hinweg durch seine Kirche und Kultur zusammengehalten, eine internationale politische Organisation der Armenier gab und gibt es bisher nur in Ansätzen.

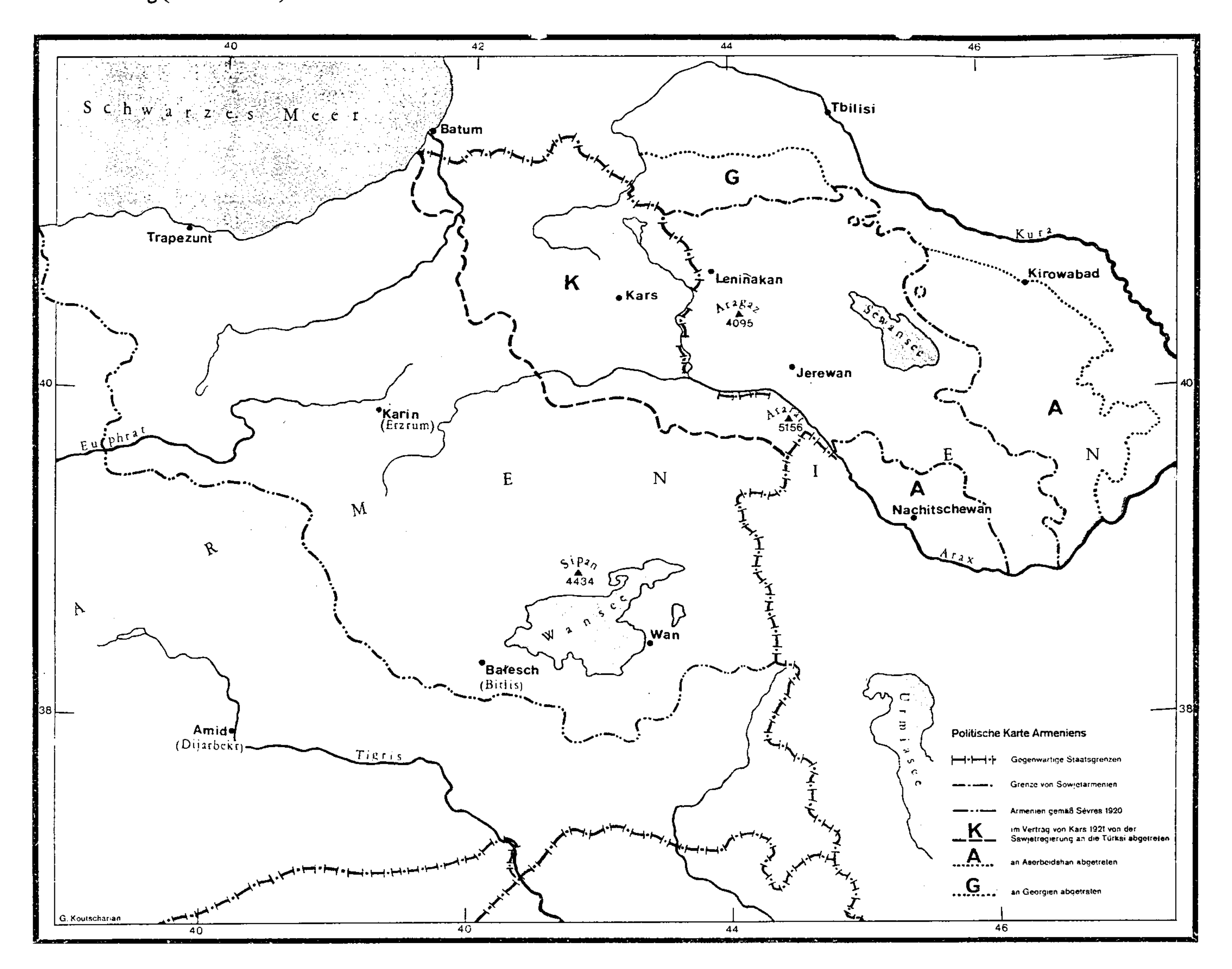
Der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts

Am 16. August 1915 meldeten deutsche Augenzeugen aus Konia (Anatolien) an ihre Botschaft in Konstantinopel: *"Der ganze Weg von hier bis hinter Aleppo gleicht einer Karawane des Jammers und des Elends. (. . .) In den Gebirgsregionen diesseits und in der Ebene jenseits des Taurus sind diese Ärmsten den schändlichen Gelüsten der halbwilden muhammedanischen Bevölkerung ausgesetzt. Die ganze Maßregel läuft also allem Anschein nach auf eine völlige Ausrottung der Armenier hinaus."* (1)
Mit der Maßregel war das "Provisorische Gesetz zur Deportation verdächtiger Personen" vom 27.5.1915 gemeint, dessen Sinn der damalige Innenminister Talaat Pascha türkischen Provinzbehörden in späteren Regierungserlassen wie folgt erläuterte: "Ohne Rücksicht auf Frauen, Kinder und



Kranke, so tragisch auch die Mittel der Ausrottung sein mögen. . ." müsse "dem Dasein der armenischen Bevölkerung des Osmanischen Reiches ein Ende gemacht werden."
Soweit die mit dem eigenen Abschlachten im ersten Weltkrieg beschäftigten Europäer überhaupt von diesem Völkermord "hinten, fern in der Türkei" Kenntnis nahmen, sprachen sie von "Armeniergreueln" und "Massakern"; in Deutschland bestand mit Rücksicht auf türkischen Empfindlichkeiten ein generelles Verbot, über die "Dislozierungen" des türkischen Bündnispartners zu schreiben. Den Begriff Völkermord kannte man noch nicht, denn die systematische physische Ausrottung einer ganzen Nation war, mit Ausnahme vielleicht der britischen Methoden im Burenkrieg, eine völlig neuartige, "moderne" Erscheinung.
Der Holocaust an den Armeniern in den Jahren 1915/16 bildet den Höhepunkt in einer ganzen Kette von Unterdrückung und Pogromen. Mitte des 16. Jahrhunderts geriet der Großteil des Armenischen Hochlandes (Westarmenien) unter osmanische Herrschaft. Ein armenisches Königstum bestand seit 1375 nicht mehr; nur in einigen Rückzugsgebieten Armeniens konnten sich armenische Kleinfürstentümer bis ins 19. Jahrhundert bewahren: Sie waren dem Sultan tributspflichtig, doch durfte kein türkischer Soldat diese Gebiete betreten.
Wie die übrigen christlichen Einwohner Kleinasiens – Griechen, Syrisch-Orthodoxe, Nestorianer, Chaldäer, Arabisch-Orthodoxe und Georgier – galten die Armenier dem islamischen Staatsvolk der Türken als Bürger zweiter Klasse und wurden rechtlich wie wirtschaftlich benachteiligt. Daß einige von ihnen dennoch zu einflußreichen Stellungen im Wirtschafts- und Kulturleben des Osmanischen Reiches aufsteigen konnten, verdankten sie hauptsächlich der Abneigung der Moslems gegen den Handel sowie sämtlichen Berufen, die aus Zinsgeschäften beruhten. Ca. 80 % der Armenier waren jedoch noch im 19. Jahrhundert als Bauern oder kleine Handwerker tätig. Auf ihnen lastete die Doppelherrschaft der türkischen Steuereintreiber sowie der lokalen kurdischen Grundherren und Stammesführer, die sich mit Plünderungen und Brandschatzungen zusätzliche Tribute und Abgaben erzwangen.
Die Kurden, die seit dem 12. Jahrhundert von Süden her in das Armenische Hochland einzusickern begannen, stellten zu Beginn des 19. Jahrhunderts nach den Armeniern ((38,9 %) mit 25,6 % die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe Armeniens dar; die Anzahl der Türken lag allerdings mit 25,4 % fast genauso hoch. Sultan Abdul Hamid II. (1878–1909) machte die Kurden zu einer wirksamen Waffe gegen seine armenischen Untertanen, nachdem die europäischen Großmächte, vor allem England und Rußland, die Rechtlosigkeit der Armenier zum Vorwand für eigene politische und militärische Interventionen genommen hatten. Nach dem Vorbild russischer Kosakeneinheiten ließ er 1891 eine kurdische Kavallerie, die berüchtigte "Hamidiye", ausrüsten; sie zeichnete sich während der Armenierpogrome in den Jahren 1894–1896 durch besonderen Fanatismus bei der landesweiten Abschlachtung von Armeniern aus. Die Gleichförmigkeit, mit der die damaligen Pogrome abliefen, verraten, daß sie von langer Hand vorbereitet waren und keinen spontanen Ausbruch des islamischen Volkszorns darstellten, wie man dem Ausland gegenüber behauptete. Abdul Hamid II., den man in Europa auch den "blutigen Sultan" nannte, sorgte wie schon seine Vorgänger für eine weitere "Verdünnung" der armenischen Bevölkerung in ihrer angestammten Heimat, indem er islamische Flücht-

linge (Tscherkessen, Tschetschenen, Adscharer) aus dem von Rußland erorberten Kaukasus in Armenien und Anatolien ansiedelte, wo sich diese absichtlich in Armut gehaltenen Menschen alsbald an die Ausplünderung und Vertreibung der angestammten christlichen Bevölkerung machten. Landraub, Plünderungen, übermässige Steuern und schließlich die Pogrome von 1894–96, die 300.000 Todesopfer forderten, führten zu einer raschen Verelendung der armenischen Bauernschaft und riefen ein teilweises Saisonarbeitertum bzw. eine endgültige Abwanderung in Großstädte außerhalb Westarmeniens und schließlich die Flucht ins Ausland hervor.
Grundsätzliche Reformen, Kultur- und Verwaltungsautonomie in Westarmenien erhofften sich viele Armenier von der jungtürkischen Opposition gegen die Despotie Abdil Hamids. Doch schon ein Jahr nach der jungtürkischen Revolution von 1908 kam es im April 1909 in Kilikien zu einem erneuten Blutbad mit 30.000 armenischen Opfern. Die extrem nationalistische Ideologie der neuen Machthaber stand im Widerspruch zu der multiethnischen Struktur des Osmanischen Reiches. Dem Programm einer "Türkisierung" des Reiches mußten gerade die Armenier im Wege stehen, die bislang mit großer Zähigkeit allen Islamisierungs- und Assimilierungsversuchen widerstanden hatten. Mit 2,1 Mio. bildeten sie 1913 neben den 2 Mio. Griechen die größte nicht-islamische Volksgruppe. Die Tatsache, daß ein kleinerer Landesteil Armeniens (Ostarmenien) seit 1828 bzw. 1878 unter die Herrschaft des türkischen Erbfeindes Rußland geraten war und zahlreiche Armenier im Krimkrieg (1853–1856) sowie in den russisch-türkischen Kriegen von 1828/29 und 1877/78 auf Rußland als "Befreierin der christlichen Völker" gehofft hatten, schürte, trotz aller Loyalitätsbezeugungen armenischer Politiker, das Mißtrauen der Jungtürken gegen die verhaßte armenische Minderheit.
Der Eintritt der Türkei in den 1. Weltkrieg am 30.10.1914 und ihre verheerende Niederlage gegen Rußland im Dezember 1914 lieferten willkommene Anlässe, sich für immer der Armenier zu entledigen. Ende Februar 1915 liquidierten die Türken die in der osmanischen Armee dienenden armenischen Offiziere und Soldaten. Es folgte die Vernichtung der intellektuellen und politischen Führer, die größtenteils in der Hauptstadt Konstantinopel lebten. In der Nacht zum 24. April 1915 sowie in den folgenden Tagen wurden etwa 600 Armenier in dieser Stadt verhaftet und unter dem Vorwand ihrer Deportation nach Anatolien unterwegs ermordet.
Ab Ende Mai 1915 verfuhr man dann im gesamten Osmanischen Reich auf ähnliche Weise: Zuerst forderte man die führenden Armenier einer Stadt oder Gemeinde auf, sich den Behörden zu stellen. Sie wurden verhaftet, oft gefoltert und nach einigen Tagen vor die Stadt geführt, wo man sie an der ersten abgelegenen Stelle erschlug oder mit Bajonetten niedermachte. Die übrige Bevölkerung wurde oft über gewaltige Strecken hinweg in die Wüste Syriens und Mesopotamiens deportiert. Ziel dieser absichtlich strapaziös gehaltenen Märsche war dem verantwortlichen Innenminister Talaat Pascha zufolge "das Nichts", also der Tod. Das Zehntel, das Hunger, Durst, Seuchen und Hitze überstand, wurde in KZ's gebracht, deren berüchtigste Der-es-Sor



(heute Syrien) und Ras-ul-Ajn waren. Für Armenier besitzen diese Namen dieselbe Bedeutung wie Auschwitz und Maidanek für Juden. Vor, während und am Ende der Deportationen standen Pogrome von unbeschreiblicher Grausamkeit, zu denen die Behörden die örtlich islamische Bevölkerung, meist Türken und Kurden, einlud, wobei sie ihnen Beute und die Befriedigung sexueller Begierden sowie religiösen Eifers in Aussicht stellten.

Eine blutige "Nachlese" unter den in der Türkei verbliebenen bzw. zwischenzeitlich zurückgekehrten Armeniern hielt 1919–1922 der Begründer der "modernen" Türkei, Mustafa Kemal: Bei der Eroberung des französischen Mandatsgebiets Kilikien brachten seine Anhänger 1919/20 über 20.000 Armenier um. Bei der Einnahme Syriens am 8.9.1922 ermordeten sie weitere 90.000 griechische und 10.000 armenische Flüchtlinge. Zwischen dem 26.5.1921 und Januar 1922 wurden 30.000 Griechen und Armenier von Silvas aus über Charberd (türk. Kharput) und Diarbekir nach Bitlis deportiert, wobei etwa 20.000 Menschen in den winterlichen Bergen umkamen. Auch von der Verfolgung der Pontos-Griechen 1922–24 waren erneut Armenier betroffen.
Insgesamt haben somit drei aufeinanderfolgende türkische Regierungen zwischen 1876 bis 1930 über zwei Millionen Armenier ermorden lassen. Als Opfer nationaler und religiöser türkischer Unduldsamkeit sind ferner eine halbe Million Assyrer sowie einige Zehntausende Griechen und christliche Araber anzusehen, die während des Völkermordes von 1915/16 ebenfalls ermordet wurden, weil die an den Ausschreitungen beteiligte islamische Bevölkerung nicht immer zwischen den einzelnen christlichen bevölkerungsgruppen unterschied.

Rache nur für die Vergangenheit?

Im Januar 1973 erschoß Mkrtitsch Janikjan, ein 78-jähriger armenischer Greis, in Santa Barbara (Kalifornien) den türkischen Konsul und Vizekonsul von Los Angeles. Der Täter, ein Überlebender des Völkermordes von 1915, wollte damit nicht nur 1,5 Mio. ermorderter Landsleute rächen, sondern setzte zugleich ein Signal für die dritte armenische Exilgeneration. Seitdem sind Dutzende türkischer Botschaftsangehöriger und zahlreiche türkische Einrichtungen Ziel armenischer Anschläge geworden; als in verschiedenen Ländern Armenier unter dem Verdacht des Terrorismus festgenommen wurden, richteten die armenischen Untergrundorganisationen ihre Anschläge zunehmend auch gegen Einrichtungen dieser Staaten. Heute führen sie einen Vielfrontenkrieg nicht allein gegen die Türkei, sondern gegen die Gleichgültigkeit der Weltöffentlichkeit, die "internationale Verschwörung des Schweigens." Interpol- und Geheimdienstexperten zahlreicher Länder haben längst den Kampf gegen die Armenier aufgenommen.
Ihre militanten Aktionen haben den Armeniern inzwischen zu einer Publizität verholfen, wie sie sie jahrzehntelang mit Bitt- und Denkschriften nie erreicht hatten. Wieder einmal bewies sich, daß individueller Terror die Weltöffentlichkeit mehr bewegt, als staatlich verübte Verbrechen, – wie in diesem Fall die Ermordung von 1,5 Mio. Armeniern sowie die Vertreibung und Zwangsausbürgerung der Überlebenden.
Viel ist seitdem über den armenischen Terrorismus spekuliert worden, über Hintermänner und Urheber, Querverbindungen und Gruppierungen. Meistens wurde dabei völlig verkannt, daß die Geburtshelferin des armenischen Terrors nicht Arafats PLO, sondern die populistische russische Partei "Narodnaja wolja" ("Volkswille", seit 1879) war. Von russischen Revolutionären, die im 19. Jh. in den Transkaukasus verbannt worden waren, übernahm vor allem die armenische Partei "Hntschak" ("Glocke") das agrarrevolutionäre Programm sowie die Idee und Methode des Tyrannenmordes. Diese Partei war 1887 in Genf gegründet worden und nach der Zeitschrift des russischen Revolutionärs Alexander Herzen, "Kolokol" ("Glocke") benannt worden.

Auch die beiden anderen, bis heute bestehenden und maßgeblichen armenischen Parteien, die 1885 in Wan gegründete Armenakan-Partei, und die 1892 in Tiflis (georg.: Tbilissi) gegründete Partei "Daschnakzutjun" ("Vereinigung") anerkannten das Recht auf Terror als Mittel des politischen Kampfes unter den Bedingungen der Despotie.
Nachdem die europäischen Mächte auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919 stillschweigend über den Völkermord der Türken hinweg zur Tagesordnung übergingen, nahm ein Geheimkommando "Wresch" ("Nemesis") der Daschnakenpartei die Rache in eigene Hände und erschoß 1921 und 1922 in Berlin, Rom und Tiflis die für den Völkermord hauptverantwortlichen jungtürkischen Führer. Anschließend wurde es still um die Armenier. Die erste Generation der exilierten Auslandsarmenier war vollauf mit dem Überlebenskampf beschäftigt und hatte für größere politische Aktivitäten wenig Zeit und Kraft. Aber sie gab ihre traumatischen Erfahrungen an die Kinder und Enkel weiter.
Erst 1965, als die Armenier weltweit den 50-jährigen Gedenktag des Völkermordes von 1915 begingen, setzte eine Wiederbelebung des politischen Bewußtseins ein, das sich in den 70-er Jahren zusehends verstärkte: Damals machten der Bürgerkrieg im Libanon sowie die Februarrevolution im Iran (1979) zahlreichen Armeniern klar, wie sehr sie als heimatlose Minderheit von der Duldung und Willkür ihrer jeweiligen "Gastländer" abhängig waren: Wurden sie von den Phalangisten im Libanon als "Landfremde" beschimpft, die man durch Geiselmorde auf die phalangistische Seite zu ziehen versuchte, so galten sie den islamisch-iranischen Nationalisten als verdächtige "prowestliche Minderheit", deren bisherige Kultur- und Schulautonomie mehr und mehr eingeschränkt wurde. Insbesondere der Libanon, wo eine Viertelmillion Armenier lebt und sich das wichtigste kulturelle, religiöse und politische Zentrum der Auslandsarmenier befindet, erschien ihnen einst als "zweites Armenien" und stellte ein Musterbeispiel einer gelungenen Minderheitenintegration dar. In diesem multiethnischen und multireligiösen Land besaßen die Armenier nicht nur

66 eigene Schulen und Hochschulen, 20 Druckereien sowie Kirchen und Klöster, sondern stellten 1972 auch sechs von 99 Abgeordneten bei einem Anteil von 7 % an der Gesamtbevölkerung. Sie waren eine anerkannte, gut in das libanesische Sozialgefüge integrierte Minderheit und besaßen zugleich alle institutionellen Voraussetzungen, um ihre eigene Identität zu bewahren. Der Wunsch der Armenier nach Neutralität im libanesischen Bürgerkrieg, ihre Sympathien für die ihnen schicksalsverwandten Palästinenser sowie die unheilige Allianz Türkei-Israel-Phalange brachten sie allerdings in wachsende Schwierigkeiten, die schließlich zur Auswanderung zahlreicher Familien aus dem Libanon führten. Das Ziel der gegenwärtigen Migration innerhalb der armenischen Diaspora sind meistens die USA, wo schon heute die mit mindestens 600.000 Angehörigen größte auslandsarmenische Gemeinde besteht. Die Gefahr, im "Schmelztiegel" dieses Landes endgültig unterzugehen, ist erheblich größer als in den Ghettos orientalischer Gesellschaften. Dort konnten sich die traditionellen Elemente armenischer Identität, die armenisch-apostolische Nationalkirche sowie die armenische Sprachgemeinschaft, weitaus besser bewahren als in westlichen Industriegesellschaften mit ihrem Sog zur Verweltlichung und Einebung kultureller Besonderheiten.

Diese Entwicklung hat besonders die dritte Generation der Exilarmenier alarmiert. Viele von ihnen haben außerdem persönlich erfahren, daß sie als Ausländer in ihrem jeweiligen Aufenthaltsland sozial und juristisch benachteiligt sind. Trotz großer Bildungsbestrebtheit ist z.B. der Anteil von Arbeitslosen unter jungen Armeniern besonders hoch. Die armenische Identität stellt im Konkurrenzkampf mit der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung eher ein Hindernis als einen Vorteil dar. Die Einsicht, daß langfristig nur ein Leben in Armenien den Fortbestand des armenischen Volkes garantiert, hat die Forderung nach Anerkennung der armenischen Heimatrechte aktualisiert. Darum will die derzeit aktivste armenische Untergrundorganisation, die "Geheimarmee zur Befreiung Armeniens" (ASALA) im Unterschied zu den der Daschnakenpartei nahestehenden "Rachekommandos" nicht nur im Stil der 20-er Jahre Vergeltung an den Türken üben, sondern kämpft für ein sozialistisches armenisches Heimatland.



Gekreuzigte Armenierinnen in der Gegend um Der-es-Sor. Einige Frauen wurden dadurch gerettet, daß — wie hier auf dem Bild — arabische Beduinen die Frauen wieder vom Kreuz abnahmen.

"Vergeßt nicht, Genossen . . ."

Mit diesem Ziel bringen die Armenier allerdings nicht nur die Türken, sondern auch die derzeitigen Großmächte gegen sich auf: die NATO wird sich nicht ohne weiteres ihre Militärbasen in Westarmenien nehmen lassen, und für die UdSSR ist ein status quo in Kleinasien momentan günstiger, als die Unwägbarkeiten einer autonomen Nationalbewegung.

Die Konstellation zwischen zwei rivalisierenden Großmächten ist indessen für Armenier nicht neu. Ihre Heimat befand sich schon immer in einer geopolitischen Schlüsselstellung. Wichtige Handelswege kreuzten sich hier, und obwohl Armenien rohstoffarm ist und von der Natur eher benachteiligt wurde, hat seine günstige Lage immer wieder den Appetit mächtigerer Nachbarn geweckt. So machte es der Iran erst den Römern, dann den Byzantinern und schließlich den

Osmanen streitig und wurde seinerseits 1828 durch die Russen abgelöst. Dazwischen fallen noch Eroberungen durch die Araber (640–885), die Seldschuken (11. Jh.), Mongolen (1223–1245) und diverse Turkmenenhorden (1387–1441), während sich die armenische Halb- und Eigenstaatlichkeit auf die Perioden 95–55 v. Chr., 887–1020 und 1080–1375 beschränkte.
Ein letzter unabhängiger armenischer Teilstaat mit der Hauptstadt Jerewan entstand am 28.5.1918. Er umfaßte zeitweilig bis zu 60.000 qkm. Belastet durch 300.000 – 500.000 verelendete obdachlose Flüchtlinge aus Westarmenien und ausgeblutet durch den Einfall der Jungtürken 1918, hatte diese "Ararat"-Republik kaum Überlebenschancen. Schon am 13.9.1920 wurde sie ein zweites Mal von der – inzwischen kemalistischen – Türkei angegriffen, wobei die Truppen Mustafa Kemals an der Zivilbevölkerung der eroberten Gebiete ähnliche Massaker begingen, wie zuvor die Jungtürken. Von den westlichen Alliierten im Stich gelassen, blieb der Regierung der Republik nur ein Ausweg: A, 3.12.1920 übergab sie die Staatsgewalt offiziell den Sowjets. Die damit verbundene Integration in die Sowjetunion hatte am 5.12.1936 die Etablierung einer Sowjetrepublik Armenien zur Folge, die mit 28.000 qkm die kleinste der 15 Sowjetrepubliken darstellt und nur die Hälfte der einstigen "Ararat"-Republik ausmacht. Über die Köpfe der Armenier hinweg legten Russen und Türken im Vertrag von Moskau am 16.3.1920 die Staatsgrenzen fest, so daß die Sowjetrepublik Armenien zwar den allen Armeniern heiligen Berg Ararat im Staatswappen führt, dieser sich aber heute auf türkischem Territorium befindet. Der Vertrag von Moskau, der 1921 in Kars ratifiziert wurde, stellt den sowjetischen Verzicht auf Westarmenien dar, das in den Jahren 1916/17 von der russischen Armee größtenteils eingenommen worden war. Kurz nach der Oktoberrevolution erkannte der Rat der Volkskommissare der RSFSR im "Dekret über Türkisch-Armenien" das Recht der Westarmenier an, in Freiheit über die von Rußland okkupierten Gebiete ihrer Heimat "bis hin zur vollständigen Loslösung" von Rußland zu bestimmen. Die gleichzeitig einsetzende Rückeroberung Westarmeniens und der Rückzug russischer Verbände aus diesem Gebiet machten diesen Beschluß allerdings zu einem wertlosen Stück Papier.
In der sowjetischen Haltung gegenüber dem Selbstbestimmungs- und Heimatrecht der Armenier triumphierte schon bald die Realpolitik. Einem britischen Geheimdienstbericht zu folge soll das sowjetarmenische Revolutionskomitee, als es Lenin auf die schreckliche Lage des armenischen Volkes aufmerksam zu machen versuchte und ihm die Gefahr einer Kompromittierung der KP in den Augen der armenischen Arbeiterklasse schilderte, die Antwort erhalten haben: "Wir sind genötigt, die Interessen der armenischen werktätigen Klasse denjenigen der Weltrevolution zu opfern. (. . .) doch vergeßt nicht, Genossen, daß wir Armeniens wegen mit niemandem kämpfen werden, besonders nicht mit Kemal." Nach sowjetischer Auffassung verdanken die Armenier den Russen, daß sie nicht vollständig von den Türken ausgerottet wurden und haben sich folglich mit allem zufriedenzugeben, ohne politische Forderungen erheben zu dürfen, während umgekehrt die türkischen Völker mit Begünstigungen verschiedener Art von Sowjetrußland umworben werden.
Ungeachtet ihrer jeweiligen politischen Überzeugung betrachten heute die meisten Armenier Sowjetarmenien als ihr geistiges und religiöses Zentrum. Es genießt ein recht beachtliches Maß an Kulturautonomie und bildet mit 89 % Armeniern von 3.037.000 Einwohnern die ethnisch homogenste der Sowjetrepubliken. Touristen finden Sowjetarmenien oft weit weniger "sowjetisch" als die übrigen Sowjetrepubliken. Der Preis dafür besteht im Verzicht auf eine eigenständige Außenpolitik. Denn nach offizieller sowjetischer Lesart gibt es keine "armenische Frage" mehr und bildet Sowjetarmenien das einzige Heimatland der Armenier, Sowjetarmenier, die das anders sehen, laufen Gefahr, als "Nationalisten" verfolgt zu werden. Ebenso tabu ist das Problem jener armenischen Siedlungsgebiete, die entweder auf türkisches Drängen hin oder aufgrund sowjetrussischer Eigenentscheidungen Armeniens Nachbarn Aserbeidschan und Georgien zugeschlagen wurden: Nachitschewan , Arzach (Karabach), Achalzcha und Achalkarak (georg.: Achalziche und Achalkalaki). Besonders dramatisch gestaltet sich das Schicksal des "Autonomen Gebiets Karabach", das 1973 noch zu 80,5 % von Armeniern bewohnt wird, die bei ihren Landsleuten im Ruf unbeugsamen Freiheitswillens stehen. Ganz offensichtlich versucht die sowjetaserbeidschanische Verwaltung, durch Schikanen und Einschüchterung die armenische Bevölkerung zur Abwanderung nach Sowjetarmenien zu treiben. Auch der unter sowjetgeorgischer Verwaltung stehende Bezirk Achalkarak war 1970 noch zu 90,8 % von Armeniern bewohnt.



Zelumpt und elend: Aermenische Bäuerinnen aus dem Dorf Tomarsaz auf ihrem Todesgang. Fotografiert von einem deutschen Offizier 1915.

Der alltägliche Terror: Die armenische Restgemeinde in der Türkei

Die Armenier führen heute als unbedeutende Minderheit ein Schattendasein in der Türkei, erfüllt von der ständigen Furcht vor einem erneuten Ausbruch des türkischen "Volkszorns", den eine extrem negative Armenierberichterstattung der türkischen Presse ständig am Kochen hält.

Nach offiziellen Angaben des armenisch-apostolischen Pa-

triachats in Istanbul beträgt die Anzahl der Armenier nur noch 70.000. Rechnet man die inzwischen zwangstürkisierten oder -kurdisierten Personen armenischer Abstammung dazu, so mag sich die Zahl um das Dreifache erhöhen. In Sowjetarmenien schätzt man, daß noch 100.000 Armenier in Westarmenien leben.
Ihre Lage hat sich, gemessen an der Situation im 19. Jahrhundert, eher verschlechtert: Gewalttaten, meist von kurdischer Seite, Viehdiebstahl, Frauenraub und Totschlag bestimmen häufig ihren Alltag, ohne daß die trükischen Behörden diesen Zuständen wehren. Eine 1979 veröffentlichte kirchliche Dokumentation berichtet u.a., daß kurdische Grundherren armenische Leibeigene halten. Mit Ausnahme der Stadt Diarbekir genießen die restlichen Westarmenier keine oder keine regelmäßige seelsorgerliche Betreuung und besitzen keinerlei Möglichkeit, schulisch in der Sprache und Schrift ihrer Vorfahren unterrichtet zu werden.
Ende August wurde unter Auslandsarmeniern bekannt, daß in der Türkei unlängst mit großem Jubel über die "freiwillige" Annahme des Islam durch das westarmenische Dorf Harent (türk.: Adjar) im Bezirk Siirt berichtet worden war. Da es sich bei den 600 Konvertiten um Armenier handelt, die bislang durch einen besonderen Nationalstolz aufgefallen waren, regelmäßig nachts die armenischen- und kurdischsprachigen Auslandssendungen von Radio Jerewan abhörten und ihren Kindern reinarmenischen Namen wie "Sewan", "Jerewan" und "Ararat" gegeben haben, ist die Vermutung naheliegend, daß die Kollektiv-"Bekehrung" der Bauern wie im 19. Jahrhundert unter Terror und brutaler Gewalt vollzogen wurde. Der in der türkischen Presse verbreiteten Jubelmeldung gingen Berichte über kurdische und armenische Untergrundaktivitäten voraus, die von der türkischen Regierung offiziell als "Schmugglerunwesen" bezeichnet wurden. Drei türkische Gendarmen des Bezirks Siirt sollen von solchen "Schmugglern" erschossen worden sein. In auslandsarmenischen Kreisen wird dagegen vermutet, daß die Zwangsislamisierung des Dorfes Harent eine Vergeltung an armenischen Untergrundkämpfern darstellt, gegen die sich u.a. der Vorstoß türkischen Militärs nach Irakisch-Kurdistan Ende Mai 1983 richtete.
Die Mehrheit der Armenier in der Türkei lebt allerdings inzwischen in Istanbul. Nach der türkischen Verfassung gibt es in der Türkei keine ethnischen Minderheiten. Wie Juden und Griechen, sind die Armenier lediglich als religiöse Minderheit anerkannt. Ihre Rechte auf eine geringe Selbstverwaltung im kirchlichen, schulischen und karitativen Bereich wurden zwar im Lausanner Friedensvertrag von 1923 festgeschrieben, doch blieben dessen Bestimmungen bisher nicht nur weitgehend unerfüllt, sondern wurden durch die türkische Schul- und Kulturpolitik seit 1970 dermaßen entstellt und ausgehöhlt, daß die Teilnehmer einer armenischen Gedenkveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen des Lausanner Abkommens am 25.7.1983 in Lausanne dieses völlig wirkungslose Vertragswerk aus Protest symbolisch annullierten. Ziel des ganzen Ensembles repressiver Maßnahmen, mit denen der türkische Staat vor allem die Schultätigkeit des armenischen Patriarchats behindert, ist die Türkisierung der restlichen Armenier der Türkei. Mit offenkundigem Erfolg: Nur 20 % der in der Türkei geborenen Armenier beherrschen heute ihre Muttersprache in Wort und Schrift. Betroffene und ausländische Beobachter berichten immer wieder, daß es für Armenier selbst in der Großstadt Istanbul gefährlich ist, öffentlich Armenisch zu sprechen oder auch nur ihre armenische Identität preiszugeben. Aus diesem Grund haben inzwischen viele Armenier türkische Familiennahmen angenommen und wagen es nicht, ihre Kinder in armenische Schulen zu geben, in denen im übrigen inzwischen nur noch an vier Wochenstunden das Fach



Häufigste Methode des türkischen Völkermords: Die Männer wurden abgeschlachtet, die übrige Zivilbevölkerung „deportiert". Das Foto zeigt eine Gruppe armenischer Intellektueller aus Charberd (turk. Kharput) Anfang Mai 1915 auf ihrem Todesgang.

Religion in armenischer Sprache unterrichtet werden darf. Armenische Schulen in einer Anzahl von 22 bestehen nur noch in Istanbul. Allein in den Jahren 1981–83 mußten sechs Schulen aufgrund von Behördenschikanen und Schülermangel geschlossen werden.
Zur Einschüchterung der armenischen Gemeinde trug die vorübergehende Festnahme führender Gemeindemitglieder seit dem Militärputsch vom September 1980 erheblich bei. Hajk Manwel Jerkatjan, ein junger armenisch-apostolischer Geistlicher, wurde am 18.3.1983 unter dem fadenscheinigen Vorwurf "antitürkischer Propaganda" von einem Militärgericht sogar zu 14 Jahren Zuchthaus, dem Verlust seiner bürgerlichen Ehrenrechte und anschließend vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt, nachdem er in der auch für türkische Verhältnisse sehr langen Untersuchungshaft gefoltert worden war. Hrant Kücük-Güzelyan, ein armenisch-evangelischer Laienprediger, war im Februar 1982 aus den gleichen Gründen zu 16 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Beide Geistliche hatten sich aktiv dafür eingesetzt, daß armenische Kinder aus der Türkei in der Sprache und dem Glauben ihrer Vorfahren unterrichtet werden können; Jerkatjan, der an einem Internat des armenischen Patriarchats in Jerusalem tätig war, büßt vermutlich außerdem noch stellvertretend für militante Auslandsarmenier, deren die Türkei bisher kaum habhaft werden konnte. Rache an den armenischen Untergrundkämpfern wird auch geübt, wenn armenische politische Gefangene wie Karapet Demirgi in türkischen Gefängnissen ermordet werden oder prominente Armenier im Ausland Opfer türkischer Anschläge werden.
Der türkische Staat leugnet nicht nur bis heute hartnäckig den Völkermord von 1915/16 und investiert umfangreiche Mittel für eine entsprechende Propaganda, er bemüht sich auch, in jeder erdenklichen Weise alle Spuren und Zeugnisse der einstigen Existenz der Armenier in Westarmenien zu tilgen. Unlängst erließ z.B. der türkische Erziehungsminister eine Anweisung, in sämtlichen türkischen Schullandkarten und -atlanten das Wort "Armenien" zur Bezeichnung des östlichen Landesteils zu streichen, was de facto seit 30 Jahren ohnehin geschieht. Auch im Ausland hat diese terminologische Revision der politischen Landkarte dazu geführt, daß inzwischen meistens nur noch von "Ostanatolien" bzw. "Osttürkei" die Rede ist, wenn Armenien gemeint wird. In Wan und Kars zeigt man zwar Touristen armenische Architekturdenkmäler wie die Heilig-Kreuz-Kirche (10. Jh.) auf der Insel Achtamar im Wan-See oder die Zitadelle und Apostelkorche in Kars, aber mit Ausnahme der Ruinen der ehemaligen armenischen Hauptstadt Ani wird dabei niemals das Volk erwähnt, das diese Bauten errichtet hat. Kirchen und

Klöster fernab der Touristenrouten wurden, trotz ihrer z.T. erheblichen kunstgeschichtlichen Bedeutung, dem Verfall oder der Zerstörung durch die islamische Bevölkerung preisgegeben bzw. in Moscheen umgewandelt. Das armenische Kloster Chtsgonk (seit dem 6. Jh.) bei Ani wurde sogar von türkischem Militär gesprengt. Als der französische Archäologe Thierry 1974 hiergegen protestierte, warf man ihn vier Tage ohne Nahrung und Wasser in das Gefängnis von Musch, "um ein abschreckendes Exempel zu statuieren."
Wie auch die Angehörigen anderer christlicher Minderheiten in der Türkei sind Armenier während ihres Militärdienstes entwürdigender Behandlung und Gewaltakten seitens ihrer türkischen Kameraden und Vorgesetzten ausgesetzt und von Stellungen im höheren Militär- und Staatsdienst ausgeschlossen.
Ein Regierungswechsel mag für die verfolgte türkische Gewerkschaftsbewegung und die türkische Opposition Erleichterungen bringen, aber an der restriktiven Nationalitätenpolitik und insbesondere am Armenierhaß würde sich wenig ändern. Ob Ecevit, Demirel oder Kenan Evren: der türkische Armenierhaß sitzt zu tief, als daß sich hier durch einen Austausch von Personen Grundlegendes ändern würde.
Die Stellung der türkischen Linken zu Armenien hat sich in den letzten Jahren etwas gewandelt: Nachdem armenische Anschläge das Problem der Armenier buchstäblich in die Weltpresse gebombt haben, gaben einige der linksoppositionellen türkischen Gruppen ihr jahrzehntelanges Schweigen auf und bequemten sich zu einer zaghaften Verurteilung des Völkermordes. Ähnlich wie die Kurden, die längst vor den Türken den Völkermord an den Armeniern verurteilten, bestreiten sie jedoch jeglichen armenischen Territorialanspruch auf Westarmenien und haben sich bis heute kein einziges Mal für das Rückkehr- und Heimatrecht der exilierten Westarmenier bzw. ihrer Nachfahren eingesetzt. In dieser realpolitischen Frage gibt es keinerlei Unterschied zwischen dem Standpunkt aller bisherigen türkischen Regierungen und der linken Opposition.

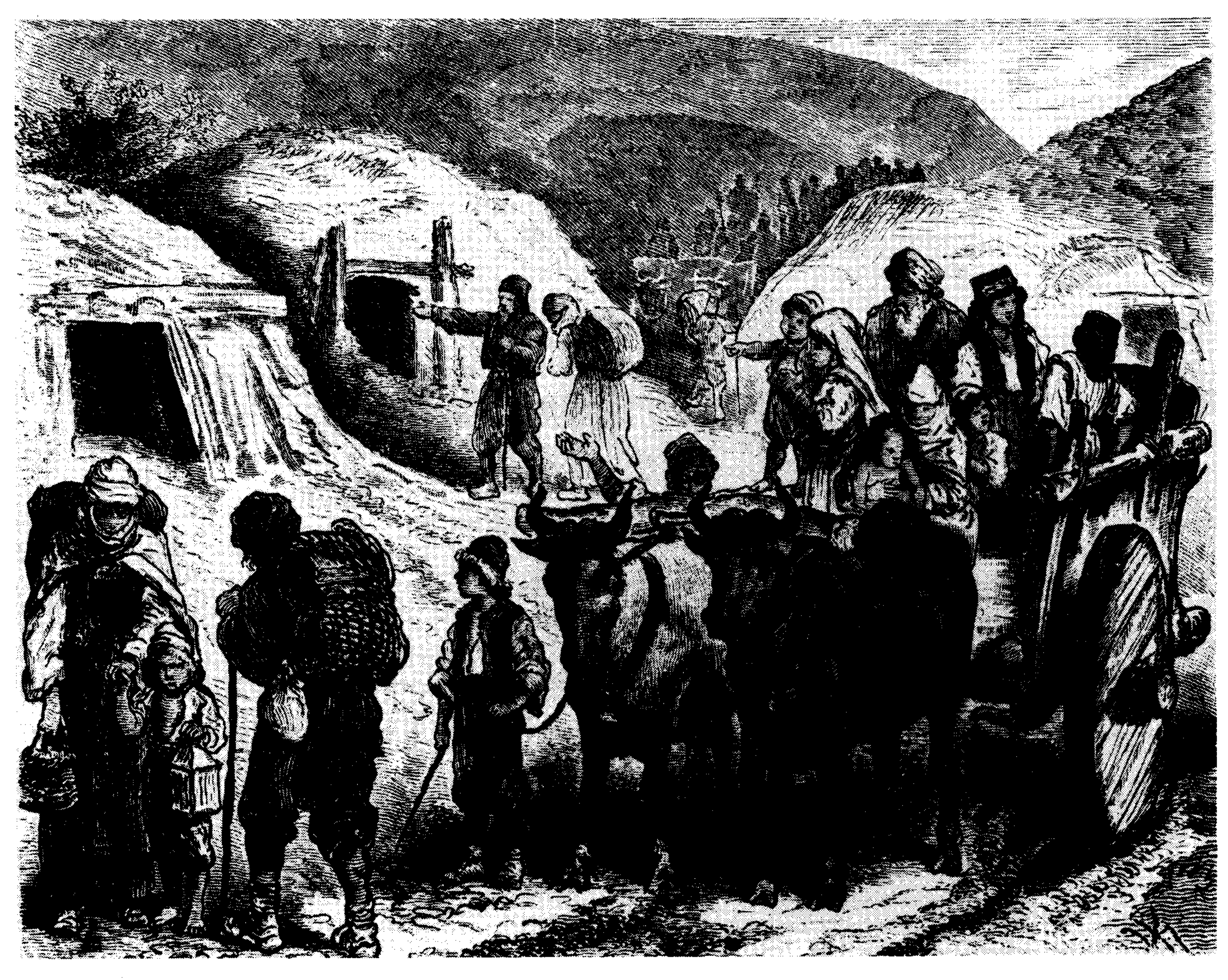
Armenien und Deutschland

Armenien ist eine inzwischen völlig verdrängte und vergessene deutsche Hypothek aus Großvaters Zeiten. Mit Ausnahme von Pazifisten und Sozialisten, darunter Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, sowie einigen engagierten evangelischen Kreisen erhob im 1. Weltkrieg kein Deutscher die Stimme gegen den Völkermord als Mittel der Nationalitätenpolitik unseres damaligen (und heutigen) "Waffenbruders" Türkei. Im Gegenteil: Das offizielle Deutschland war eifrig um eine Rechtfertigung der angeblich "kriegsnotwendigen" Deportationen bemüht. Manche der im osmanischen Heer dienenden deutschen Offiziere beteiligten sich sogar an Einsätzen gegen Armenier, die sich nicht widerstandslos abschlachten lassen wollten. Dabei hätte der enorme wirtschaftliche, politische und militärische Einfluß, den das wilhelminische Kaiserreich auf die Türkei besaß, wahrscheinlich zum Erfolg einer Intervention zugunsten der Armenier geführt. Daß diese Einflußnahme gar nicht erst versucht wurde, belastet bis heute die Einstellung vieler Armenier zu Deutschland.
Und die junge deutsche Republik von 1919? Sie gewährte ausgerechnet dem berüchtigsten jungtürkischen Massenmörder, dem ehemaligen Innenminister Talaat Pascha, Unterschlupf, bis ihn 1921 in Berlin die Kugel des armenischen Rächers Tehlerjan traf. Die sterblichen Überreste Talaats wurden 1943 offiziell an die Türkei überstellt und in Anwesenheit des deutschen Botschafters in Istanbul beigesetzt.
Vier Jahre zuvor hatte Adolf Hitler im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Polenfeldzug und Plänen zur Vernichtung "slawischer Untermenschen" am Beispiel der Armenier auf die Vergeßlichkeit des Weltgewissens angespielt:
"Ich habe den Befehl gegeben (...), daß das Kriegsziel nicht im Erreichen von bestimmten Linien, sondern in der physischen Vernichtung des Gegners besteht. So habe ich (...) meine Totenkopfverbände bereitgestellt mit dem Befehl, unbarmherzig und mitleidlos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken. Nur so gewinnen wir den Lebensraum, den wir brauchen. Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?" (2)

In Wortwahl und Geist erinnert dies deutlich an die Talaat-Depeschen. Hitler muß bestens über den türkischen Völkermord informiert gewesen sein, war doch einer seiner politischen Berater als deutscher Vizekonsul 1915 in Erserum Augenzeuge der Vernichtungsaktionen gewesen.
Über die NATO ist auch die Bundesrepublik wieder mit der Türkei verbündet. Während in Frankreich mit 300.000 Angehörigen die größte Armeniergemeinde Europas besteht, leben bei uns nur etwa 10.000 Armenier, von denen 8.000 aus der Türkei stammen. Sie sind Teil jener Flüchtlingswelle von insgesamt 25.000 Armeniern, die im Verlauf der letzten 20 Jahre die Türkei für immer verlassen haben. Da die Chance, bei uns als politisch Verfolgte anerkannt zu werden, nur sehr gering ist, leben die meisten Armenier türkischer Staatszugehörigkeit bei uns offiziell als "türkische Gastarbeiter".
Soweit sich die Bundesregierung bisher überhaupt zur Lage der christlichen Minderheiten in der Türkei geäußert hat, hat sie deren Verfolgung bestritten. So behauptete Peter Corterier, damals Staatsminister im Auswärtigen Amt, am 24.6.1982 vor dem Bundestag auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Thüsing: "Die Lage der Christen hat sich (...) seit der Machtübernahme der Militärs eher verbessert. Sie fühlen sich sicherer vor Übergriffen, namentlich aus der kurdischen Bevölkerung."
Diese Auffassung schlägt sich auch in den stereotyp formulierten Ablehnungsbegründungen des Zirndorfer "Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" nieder. In der bundesdeutschen Öffentlichkeit sind die Armenier bisher ebenfalls auf Unkenntnis, wenn nicht gar Unverständnis gestoßen. Die Solidarität der bundesdeutschen Linken reichte allenfalls noch für die Kurden, wobei geflissentlich verdrängt wurde, daß die Kurden im komplizierten Dreiecksverhältnis zwischen Armeniern, Türken und Kurden traditionell eine Doppelrolle als Unterdrückte und Unterdrücker spielen. Erst der armenische Verzweiflungsterror gegen die "Verschwörung des Schweigens" ließ endlich auch einige alternative und linke Kreise in der Bundesrepublik aufhorchen und nach den Hintergründen fragen.

Tessa Hofmann





Flucht vor Not und Verfolgung: Ermenische Auswanderer im 19. Jahrhundert.

Anmerkungen

(1) entnommen: Zürrer, Werner: Kaukasien 1918–1921. Der Kampf der Großmächte um die Landbrücke zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer. Düsseldorf 1978, S. 465
(2) Zitiert nach: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1919–45, Serie D, VII, Nr. 193, S. 171 Anm. 1

Literatur zu Armenien

- Brentjes, Burchard: Drei Jahrtausende Armenien. Leipzig: Koehler u. Amelang. 1973. 238 S.
- epd: Christliche Minderheiten aus der Türkei. Ein Bericht eines Ausschusses von Kirchen. Dokumentation Nr. 49/79. Frankfurt/M. 12.11.1979
- Kampen, Wilhelm van: Studien zur deutschen Türkeipolitik in der Zeit Wilhelms II. Kiel 1968 (Dissertation). 551 S.
- Kherdian, David: Der Schatten des Halbmonds. Das Schicksal eines armenischen Mädchens. Wien; Heidelberg. Ueberreuter 1981. 191 S. (Erinnerungen einer Armenierin an den Völkermord)
- Die Kirche Armeniens. Eine Volkskirche zwischen Ost und West. Hrsg. von Friedrich Heyer. Stuttgart: Evangelisches Verlagswerk 1978. (Die Kirchen der Welt, Bd. XVIII). 231 S.
- Lang, David Marshall: Armenia. Cradle of Civilization. London: Allen u. Unwin. 1968.
- "pogrom", Zeitschrift für bedrohte Völker (Göttingen): Nr. 64 (1979), 72/73 (1980), 85 (1981)
- Renz, Alfred: Land um den Ararat. Osttürkei-Armenien. München: Prestel 1983. 399 S.
- The situation of the Christian Minorities in Turkey since the Military Coup d'Etat of September 1980. Hrsg. Churches Committee on Migrant Workers in Europe. Brüssel 1982. 75 S.
- Ternon, Yves: Tabu Armenien. Geschichte eines Völkermords. Frankfurt/M.; Berlin: Ullstein 1981. 281 S.
- Der Völkermord an den Armeniern vor Gericht. Der Prozeß Talaat Pascha. Hrsg. Tessa Hofmann. Neuauflage. Göttingen 1980. 136 S.
- Wegner, Armin T.: Fünf Finger über Dir. Aufzeichnungen einer Reise durch Rußland, den Kaukasus und Persien 1927/28. Wuppertal: Peter Hammer 1979. 372 S. (über Sowjetarmenien)
- ders., Fällst du, umarme auch die Erde oder: Der Mann, der an das Wort glaubt. Prosa, Lyrik, Dokumente. Wuppertal: Peter Hammer 1974. 299 S. (enthält zwei Erzählungen zum Thema des Völkermords)
- Werfel, Franz: Die 40 Tage des Musa Dagh. Roman. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag 1979.

Armenische Literatur und Kunst

- Die Berge beweinen die Nacht meines Leides. Klassische armenische Dichtung. Hrsg. von Lewon Mkrtitschjan. Berlin: Rütten & Loening 1983. 205 S.
- Brentjes, Burchard; Mnazakanjan, Stepan; Stepanjan, Nona: Kunst des Mittelalters in Armenien. Kulturgeschichte. Architektur. Plastik. Wandmalerei. Buchmalerei. Angewandte Kunst. Berlin: Union Verlag 1981. 347 S. (zahlreiche Fotos und Abb.)
- Die Nachtigall Tausendtriller. Armenische Volksmärchen. Ausgewählt und aus dem Armenischen übertragen von Tessa Hofmann und Gerayer Koutcharian. Berlin: Edition Orient 1983. 129 S.

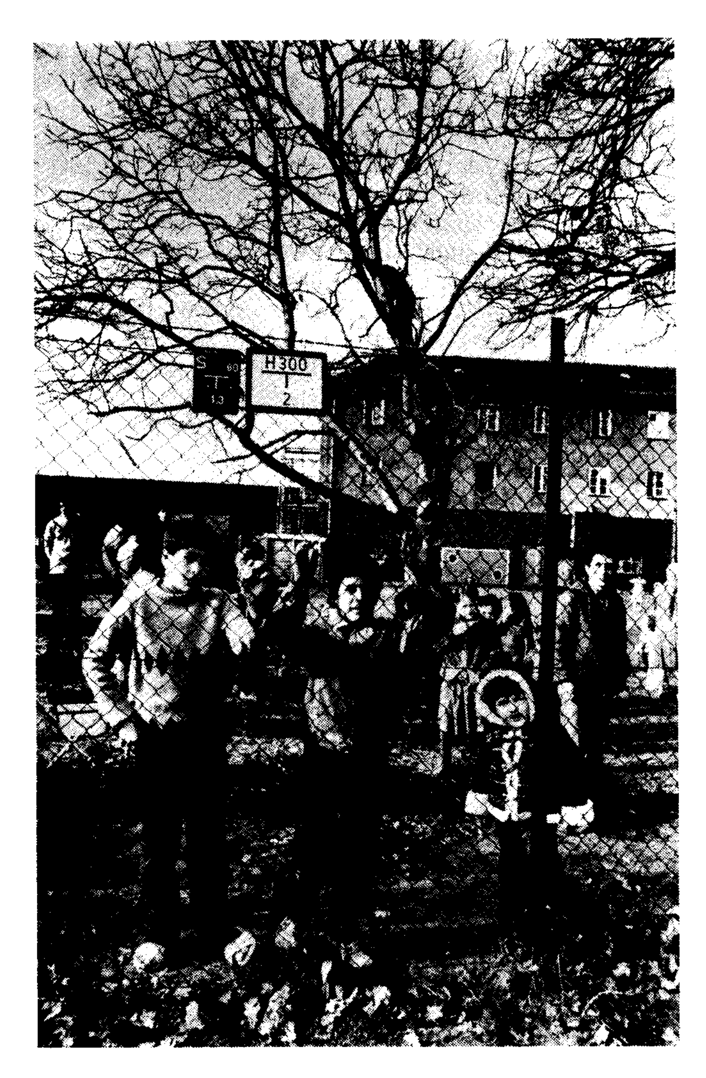


Hearing zur rechtlichen und sozialen Lage von Asylbewerbern in West-Berlin

Flüchtling bei den Deutschen sein, das bedeutet für viele Betroffene erniedrigende Behandlung durch Behördenvertreter und Bevölkerung, eine Senkung des Lebensstandards unter das Existenzminimum und in der Regel schließlich die Ablehnung des Asylbegehrens, was zur Abschiebung in den Verfolgerstaat führen kann. Dabei ist das Recht auf Asyl sogar Bestandteil der bundesdeutschen Verfassung. Artikel 16 des Grundgesetzes lautet: Politisch Verfolgte genießen Asyl. Unsere „Verfassungsväter" wollten damit Konsequenzen aus den Erfahrungen ziehen, die zahlreiche, vor dem Nationalsozialismus ins Ausland geflohene deutsche Staatsbürger – Juden wie Deutsche – machen mußten: nämlich von europäischen Staaten, Kanada u. a. nicht aufgenommen bzw. wieder nach Deutschland abgeschoben zu werden. Die derzeitige Asylpraxis der Bundesrepublik erinnert makaber an dieses Verhalten. Auslöser für die inzwischen extrem flüchtlingsfeindliche Politik und Gesetzgebung war offensichtlich die Furcht vor einer „Asylantenschwemme" aus der „Dritten Welt", nachdem Nationalitätenkonflikte in Südasien und der Türkei, Bürgerkriege oder bürgerkriegsähnliche Zustände (z. B. Libanon, Türkei vor 1980), die Machtergreifung von Militärjuntas (Chile, Türkei) u. ä. in den 70-er Jahren zunehmend Flüchtlinge in die Bundesrepublik führten: kamen bis 1972 ca. 75 % der jährlich etwa 3 000 – 5 000 Asylbewerber aus Ostblockstaaten, so trafen seitdem verstärkt außereuropäische Flüchtlinge ein. Mit den beiden Novellierungen des Asylverfahrensgesetzes von 1980 und 1982 erreichten unsere Gesetzgeber allerdings schon bald eine lückenlose Eindämmung der angeblichen Asylantenflut; der Anteil von Asylbewerbern an der Gesamtzahl von Ausländern bleibt mithin weiterhin gering, nämlich ca. 200 000 Asylbewerber gegenüber mehr als 4,5 Mio. „Gastarbeitern"; etwa die Hälfte der Asylbewerber stammt nach wie vor aus Ostblockstaaten, einschließlich Afghanistans.

Zu den „Eindämmungsmaßnahmen" gehört seit 1980 der Visumszwang für besondere „flüchtlingsproduzierende" Staaten wie die Türkei, Sri Lanka, Pakistan u. a. Das bedeutet u. a., daß Fluggesellschaften nur noch solche Fluggäste aus überseeischen Staaten befördern dürfen, die sich zuvor von einer diplomatischen Vertretung der Bundesrepublik ein Einreisevisum besorgt haben. Flüchtlinge sind dazu aber aus verschiedenen Gründen oft gar nicht in der Lage, so daß die „Asylverhinderung" im Grunde schon außerhalb unserer Staatsgrenzen einsetzt. Vorausgesetzt, daß die Verfolgten überhaupt das nötige Reisegeld zusammenbringen, bleibt ihnen nun nur noch das „Türchen" über den Ostberliner Flughafen Schönefeld und dann der Grenzübertritt nach Westberlin. Diese letzte, von bundesdeutscher Seite fälschlich als „illegal" bezeichnete Einreisemöglichkeit mußte indessen dem notorisch um die Senkung der westberliner Ausländeranteils besorgten Innensenator Heinrich Lummer ein Dorn im Auge sein. Darum lauern inzwischen Polizeiangehörige in Zivil an den einschlägigen westberliner U-Bahnhöfen „farbigen" Ausländern auf; sofern diese keine Aufenthaltsgenehmigung vorweisen können, werden sie sofort in Abschiebehaft genommen. Gelingt es den Ausländern nicht, vom Knast aus einen Anwalt, eine Menschenrechtsorganisation oder Bekannte anzurufen, die den Asylantrag an die zuständige Ausländerbehörde weiterbefördern,

so kann es ihnen passieren, daß sie schon bald wieder in den Verfolgerstaat abgeschoben werden.
Hat der Asylbewerber jedoch die ersten Hürden des Asylslaloms – Razzien bzw. mögliche Festnahme bei der Einreise – passiert und seinen Asylantrag gestellt, erwartet ihn nun eine Vorprüfung durch die Ausländerbehörde; in Berlin interessiert man sich dabei behördlicherseits kaum für die Fluchtgründe, sondern die Art und Weise, wie der Flüchtling zu uns gelangt ist. Dabei wird unterstellt, daß es sich um einen „Wirtschaftsflüchtling" handelt, der sich der Dienste von „Schleppern" bedient, um sich bei uns Asyl zu „erschleichen" (Anmerkung: Bei DDR-Flüchtlingen spricht man nicht von „Schleppern", sondern von „Fluchthelfern!")
Hat der Flüchtling auch diese Hürde passiert, ohne daß sein Antrag als „mißbräuchlich" oder „unbeachtlich" abgelehnt wurde, erhält er nach Einziehung seines Reisepasses eine sogenannte Aufenthaltsgenehmigung. Sein Antrag wird nun vom „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" (Zirndorf) entschieden. Die „Länderreferenten" dieser Bundesbehörde stützen sich dabei weitgehend auf Erkenntnisse des Auswärtigen Amtes über die politische Situation in den jeweiligen Verfolgerstaaten. Zu den vom Auswärtigen Amt vorgefertigten und vom Bundesamt wiedergekäuten Abwimmelungsargumenten gehört u. a. – im Falle ethnischer Konflikte als Fluchtgrund – die im Widerspruch zur UN-Flüchtlingskonvention von 1951 und dem Zusatzprotokoll von 1967 stehende Behauptung, in einer Reihe von Staaten – z. B. Türkei, Sri Lanka, Libanon – bestünde für verfolgte Volksgruppen eine „Binnenfluchtmöglichkeit". Verfolgungskontinuitäten wie etwa die Verfolgung der Tamilen in Sri Lanka seit 1948 werden zu singulären Vorfällen verharmlost, die Verantwortung von Regierungen für Ausschreitungen ihrer „Sicherheitskräfte" oder einzelner Bevölkerungsteile gegen Minderheiten wird geleugnet.
Vom Bundesamt abgelehnte Asylbewerber haben nun die Möglichkeit, vor einem Verwaltungsgericht Klage gegen die Ablehnung zu erheben; die Anerkennungsquote liegt bei dieser Instanz bundesweit etwas höher; allerdings haben Verwaltungsgerichte ebenso wie das Bundesamt auch skandalöse Entscheidungen getroffen. Dazu gehören die berüchtigten „Folterurteile", in deren Begründung die Folter als „nicth asylrelevanter Grund" bezeichnet wird, falls sie als lediglich „kriminalunterdrückende Maßnahme" angewandt wurde, etwa im Kontext der Bekämpfung des kurdischen Separatismus im Irak und in der Türkei.
Zu derartigen inhaltlichen und rechtlichen Schwierigkeiten, als Asylbewerber überhaupt anerkannt zu werden, tritt das soziale Elend. Unser Asylverfahrensgesetz wurde inzwischen ganz eindeutig zu einem „Asylabschreckungsgesetz", das den in der Bundesrepublik lebenden Flüchtlingen das Leben so unangenehm wie möglich machen soll. Seit 1982 besteht für außereuropäische Asylbewerber ein zweijähriges Arbeitsverbot, das sie i.d.R. von Sozialhilfe abhängig macht. In Berlin liegt der gegenwärtige Satz der bar ausgezahlten Sozialhilfe für einen erwachsenen, alleinstehenden Asylbewerber bei monatlich 50,– DM! Falls er nicht in einer Sammelunterkunft verpflegt wird, erhält er weitere DM 190,– monatlich unbar in Form von Wertgutscheinen, die nur in bestimmten Geschäften eingelöst werden können. Dienstleistungen wie Friseur, U-Bahnfahrten oder auch Anwälte sind mit solchen Wertgutscheinen nicht bezahlbar und können von den DM 50,– Taschengeld auch kaum bestritten werden. Die von der Sozialhilfe abhängigen Asylbewerber können nach dem ebenfalls 1982 novellierten Bundessozialhilfegesetz trotz des generellen Arbeitsverbotes zu „gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeiten" herangezogen werden; fast zum Nulltarif und unter dem Zwang, anderenfalls ihrer Sozialhilfe verlustig zu gehen, reinigen sie Berlins Straßen vom winterlichen Granulat, schrubben Flure in Senatseinrichtungen etc.
Für die sozialhilfeabhängigen Asylbewerber Berlins wurde inzwischen eine Zentrale Sozialhilfestelle (ZSA) eingerichtet, wo sich die Antragsteller bereits ab 5 Uhr morgens bei Wind und Wetter einfinden müssen, um eine Einlaßnummer zu erhalten. Nach stundenlangem Warten werden sie dann unfreundlich im wahrsten Sinne des Wortes „abgefertigt". Besonders dramatisch ist diese anstrengende Warterei im Krankheitsfalle: Um einen Krankenschein oder eine Kostenübernahme z. B. für eine Operation zu erhalten, muß zunächst ein Arzt gefunden werden, der die Behandlungsbedürftigkeit des Asylbewerbers bescheinigt, wofür meistens erst einmal 40,– DM für den fehlenden Krankenschein hinterlegt werden müssen (bei durchschnittlich DM 50,– bar ausgezahltem Taschengeld!). Danach muß der Asylbewerber trotz seines kranken Zustandes bei der ZSA Schlange stehen, um den Krankenschein auch wirklich zu erhalten. Im Protokoll des „Flüchtlingsrates Berlin" über die Sitzung vom 9. 11. 83 wurde ein Fall berichtet, wonach einer Asylbewerberin der ZSA die ärztliche Bescheinigung zerrissen wurde; aus dieser Bescheinigung ging hervor, daß die Asylbewerberin ärztliche Behandlung benötigte. In einem anderen Fall wurde ein an akuter Darmblutung erkrankter Asylbewerber, der nach ärztlichem Attest in ein Krankenhaus eingewiesen werden sollte, bei der ZSA mit den Worten „Melden Sie sich doch bitte in vier Wochen wieder!" weggeschickt.
Es fehlt hier an Platz, um auch nur die schwerwiegendsten sozialen Härten angemessen und für Nicht-Asylbewerber allgemeinverständlich zu schildern. Die privaten, öffentlichen oder vom Deutschen Roten Kreuz geführten Heime, in denen die allermeisten in West-Berlin lebenden Asylbewerber inzwischen untergebracht sind, tragen erheblich zu ihrem Elend bei: die 6 qm Wohnfläche, die einem Asylbewerber offiziell zustehen, werden dabei oft noch unterschritten, die Einrichtung der Wohnräume ist unzureichend und lieblos, sanitäre Einrichtungen sind unzureichend, das Essen vitaminarm, eintönig oder nicht auf religiöse Tabus (Rindfleisch bei Hindus, Schweinefleisch bei Moslems) abgestimmt. Willkürliche Kontrollen seitens der Heimleiter oder -besitzer auch zu nächtlicher Stunde, Bestrafung durch Essensentzug, Besuchsverbote und ein rüder, entwürdigender Umgangston des Heimpersonals lassen bei den Insassen Depressionen und Verzweiflung aufkommen. Mancher wartet das ohnehin meist negative Ende seines Verfahrens erst gar nicht ab. Das Protokoll des Flüchtlingsrats vom 26. 10. 83 vermerkt 10 Selbstmordfälle „aus jüngster Zeit" allein in Berlin. Ob Angst vor Abschiebung oder Auslieferung wie bei Kemal Altun, ob Depression: Es ist letztlich immer die Summe aller täglich erfahrenen Diskriminierungen und Repressalien, die Flüchtlinge in den Tod treibt. Ob unsere Politiker an diesen letzten „Fluchtweg" dachten, als sie ein erbarmungsloses System schufen, um die „Spreu vom Weizen", d. h. den „Wirtschaftsflüchtling" vom ausschließlich politisch motivierten Flüchtling zu trennen? „Selbstmorde passieren in unserem Land jeden Tag!" äußerte Heinrich Lummer kaltschnäuzig zum Todessprung des jungen Türken Altun („Guardian", 26. 4. 83). Und der Fall Altun ist leider nicht der erste und einzige in Berlin.
Berlin ist für viele Asylbewerber nicht nur die erste Anlaufstelle, sondern deswegen in der Asylpolitik oft auch Trendsetter. Darum hat der „Flüchtlingsrat Berlin", dem verschiedene Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen, aber auch mit dem Asylproblem beruflich konfrontierte Juristen, Sozialarbeiter u. a. angehören, eine öffentliche Auseinander-



setzung mit diesem Problem initiiert. Die Ergebnisse von Untersuchungen zur sozialen und rechtlichen Lage der Asylbewerber in Berlin, die seit Oktober von verschiedenen Arbeitsgruppen durchgeführt werden, sollen auf einem Hearing am 20. – 22. 1. 1984 vorgetragen und von einer Jury bewertet werden. Bisher unterstützen u. a. das Berliner Missionswerk, die „Gesellschaft für bedrohte Völker", die Internationale Liga für Menschenrechte, die Humanistische Union sowie der Asta der Technischen Universität Berlin das Hearing. Es wäre wünschenswert, wenn sich dieser Unterstützerkreis erweitert und sich z. B. Leser der „blätter des iz3 w" ebenfalls mit dem Asylhearing solidarisch erklären und die Arbeit seines Koordinationsbüros durch Spenden unterstützen würden bzw. zur Teilnahme am Hearing nach Berlin kämen.
Am dringlichsten scheint aber eine kontinuierliche Arbeit mit und für Asylbewerber „vor Ort". Dazu ein offenes Wort in eigener Sache: Entwicklungspolitisches Engagement kann niemals eine Alternative zum inländischen Engagement sein, vor allem dann nicht, wenn die „Dritte Welt" bei uns Hilfe sucht. „In Sri Lanka haben wir die deutschen Touristen immer als freundlich und ausgeglichen geschätzt. Jetzt, wo wir von Deutschen Hilfe brauchen und in ihrem Land leben, machen wir ganz andere Erfahrungen", erzählte mir ein tamilischer Asylbewerber unlängst resigniert. Zu dieser „Doppelmoral" des Durchschnittstouristen tritt die geschichtlich nachweisbare Tatsache, daß es offenbar viel einfacher ist, Solidaritätsbewegungen für geographisch weit entlegene Betroffene aufzubauen, als im eigenen Land oder Kontinent etwas zu erreichen. Als Beispiel nenne ich hier nur das Engagement britischer Menschenrechtler für die weltweite Abschaffung der Sklaverei im vorigen Jahrhundert und ihr Versagen, als es darum ging, Ernteüberschüsse für die Ernährung hungernder Iren einzusetzen. Und obwohl die Asylbewerber in der Bundesrepublik am untersten Ende der sozialen Leiter stehen und darüber hinaus zu der entrechtetsten Gruppe gehören, sind es noch immer viel zu wenig, die sich hier engagieren.

Wie kann man tätig werden?

- Informiert euch, ob es an eurem Wohnort Asylbewerber gibt. Nehmt mit ihnen Kontakt auf, betreut sie bei den Behördenkontakten und dokumentiert schwerwiegende Fälle von Amtswillkür, Wohnsituation etc. Versucht die Lokal- und Regionalpresse auf Mißstände und das Thema Asylbewerber aufmerksam zu machen;
- nehmt bei eurer Arbeit auch Kontakt mit kirchlichen Stellen, Gemeinden, Menschenrechtsorganisationen, autonomen Asylgruppen oder bereits engagiert tätigen Einzelpersonen auf; koordiniert eure Arbeit mit anderen Gruppen in den Nachbarorten oder mit bundesweit vertretenen Mesnchenrechtsorganisationen.

Fragen, Vorschläge oder Anmeldungen zum Hearing richtet bitte an das Koordinationsbüro (s. Kasten).

Tessa Hofmann

Hearing zur rechtlichen und sozialen Lage von Asylbewerbern in West-Berlin.

vom 20. – 22. 1. 1984

Fragen und Anmeldungen bitte an:

Koordinationsbüro
c/o Asta der Technischen Universität Berlin
Marchstraße 6, 1000 Berlin 10
Telefon: 030/3 14 44 37

Spenden:
Gossner Mission, Stichwort: Flüchtlingshilfe, Berliner Bank AG Konto-Nr.: 040 7 480 700

INDONESIEN

Folgen der Grünen Revolution

Die Inseln Java und Bali im Zentrum der indonesischen Inselwelt gehören zu den Regionen mit alten, hochentwickelten Reisanbaukulturen in Monsun-Asien. Berühmt sind die Jahrhunderte alten ausgeklügelten Bewässerungssysteme an den Abhängen der indonesischen Vulkane.
Diese Naturlandschaft wird von den Bewohnern des Landes seit ungefähr 2000 Jahren, seit der Naßreisanbau im indonesischen Archipel eingeführt wurde, kontinuierlich weiterentwickelt. Der erste große Umbruch kam mit der Zwangswirtschaft der niederländischen Kolonialmacht im 19. Jahrhundert (1830 – 1890). Heute findet in dieser Kulturlandschaft der zweite große Umbruch statt.
Java und Bali mit einer Bevölkerungsdichte von über 1.000 Einwohner/qkm gehören zu dem am dichtesten besiedelten Regionen der Erde. Hier lebt der größte Teil (ca. zwei Drittel) der indonesischen Gesamtbevölkerung von heute 150 Mill. Menschen. Die indonesische Regierung und die Entwicklungsplaner der Weltbank sehen die Hauptprobleme dieser Region in Übervölkerung und „rückständigen" Agrartechnologien. Derzeit wird in Indonesien eine doppelte Strategie für ländliche Entwicklung verfolgt:

- „Transmigration", d. h. Umsiedlung von Familien und ganzen Dörfern auf den „übervölkerten" Inseln Java, Madura, Bali auf die „äußeren Inseln" Kalimantan, Sulawesi und Sumatra und
- „Grüne Revolution" zur Intensivierung des bestehenden Reisanbaus auf Java und Bali.

Beide Programme sind noch längst nicht abgeschlossen, sondern erst kürzlich wieder durch zusätzliche internationale Kredite, insbesondere der Weltbank, aufgestockt worden.

Umsiedlungsprogramme sind schon Anfang des Jahrhunderts von der damaligen Kolonialverwaltung eingeführt worden, im großen Stil wird die Umsiedlung jedoch erst seit 1965 betrieben. Das Programm ist in seinen Ausmaßen beeindruckend, aber trotzdem kaum geeignet, das Problem der „Überbevölkerung" zu lösen. Bis 1979 wurden insgesamt 1,2 Mio. Menschen umgesiedelt. Im Zeitraum zwischen 1930 und 1980 wuchs die Bevölkerung Javas um 49,6 Mio. Menschen an. Die Regierung hat ehrgeizige Ziele für die nächsten Jahrzehnte: im vierten Fünfjahresplan (1984–1989) sollen 800.000 – 1.000.000 Familien umgesiedelt werden, bis Ende dieses Jahrhunderts sogar 13 Mio. Familien. Diese Pläne sind aber völlig unrealistisch, weil Indonesien, auch mit Unterstützung der Weltbank und der bilateralen Entwicklungshilfe nie die imensen Kosten dafür aufbringen wird. Außerdem steht auf den äußeren Inseln nur noch marginales Land zur Verfügung, das nur mit sehr hohen Kosten und guter Technologie bewirtschaftet werden kann. (1)
Ökonomisch sind die aufwendigen Transmigrationsprojekte kaum zu rechtfertigen, ihr Sinn liegt wohl eher in der politischen Kontrolle der äußeren Inseln durch die zentralstaatliche Macht. Als Folge der Umsiedlungen sind auf den äußeren Inseln zahlreiche inter-ethnische Konflikte ausgebrochen. Vielfach wurden ohne Rücksicht auf traditionelle Landnutzungsrechte der einheimischen Bevökerungsgruppen Neusiedlerdörfer für Javaner angelegt. Dadurch ist ein erhebliches Konfliktpotential überhaupt erst aufgebaut worden. Bewaffnete Übergriffe der Alteingesessenen auf die Neusiedlerdörfer sind keine Seltenheit.

So problematisch das Umsiedlungsprogramm von seinen Intentionen her und in der Durchführung ist, so ist es doch immer noch eine recht kleine Minderheit, die davon persönlich betroffen ist. Demgegenüber hat die Grüne Revolution auf Java und Bali weitaus größere Breitenwirkung erreicht. Im folgenden Beitrag wollen wir uns deshalb bewußt auf den Aspekt der Grünen Revolution in der Agrarstrategie Indonesiens konzentrieren. Wir wollen Hintergründe und Mechanismen bei der Einführung der Grünen Revolution erklären und die ökologischen und sozialen Folgen der Grünen Revolution, soweit sie heute absehbar sind, darstellen.



Vor der Grünen Revolution

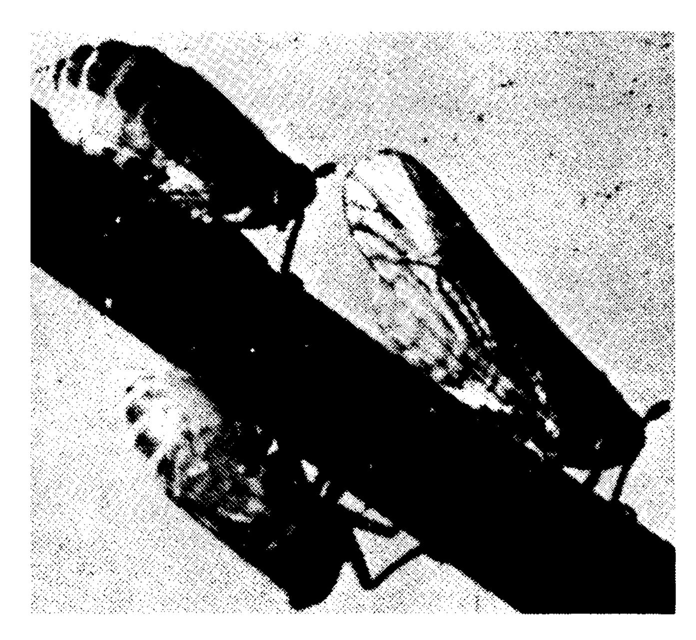
Die Nahrungsmittelversorugng ist in Indonesien schon lange ein Problem. Als am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts auf dem Weltmarkt der Zuckerpreis stieg, nahm die holländische Kolonialverwaltung große Flächen aus der bewässerten Reisproduktion heraus. Durch eine hohe Kopfsteuer zwangen sie die Bauern, auf den Zuckerplantagen zu arbeiten. In der sogenannten Zwangsbewirtschaftung mußten die Bauern in einem Zeitraum von 2 Jahren 18 Monate lang Zucker anbauen. Andere Exportprodukte, wie z. B. Tabak, wurden ebenfalls auf diese Weise produziert. Die verbliebenen Reisfelder mußten dann vielfach von den Frauen allein bewirtschaftet werden. Zusätzliche Hilfskräfte bei der Feldarbeit waren nur die eigenen Kinder. Aus diesem Zusammenhang ergab sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein unerwünschter Zyklus von Armut und Kinderreichtum. (1a)
Auch nach der Unabhängigkeit Indonesiens im Jahre 1945 trat kaum eine Verbesserung ein. Die Plantagen wurden zwar besetzt bzw. nationalisiert, aber sie blieben dem Anbau von Exportprodukten vorbehalten, obwohl die Weltmarktpreise gegenüber dem Vorkriegsstand zum Teil beträchtlich gesunken waren. Der kurzfristige Korea-Boom in den 50er Jahren festigte bei vielen indonesischen Politikern die Überzeugung, daß Exportorientierung in der Landwirtschaft für Indonesien auch langfristig der richtige Weg sei. (2)
Auch die kommunistische Partei Indonesiens (PKI) stellte damals in ihrer praktischen Politik das Problem der Landlosen und der Kleinbauern zurück, weil sie die Widersprüche mit dem damals schon sehr einflußreichen Militär und den Großgrundbesitzern nicht weiter verschärfen wollte. Sie legte in den 50er und 60er Jahren das Schwergewicht ihrer Politik auf Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft. Man kann sagen, daß Ertragssteigerung durch Massenaktionen Priorität vor der Durchsetzung der Landreform eingeräumt wurde. Seit 1953 baute die PKI den indonesischen Bauernverband (BTI) auf. Der wurde besonders von Arbeitern, Schülern und Studenten aus der Stadt unterstützt, die in die Dörfer kamen und mit den Kleinbauern und Landarbeitern zusammen arbeiteten und lebten. Sie studierten die Lebensbedingungen der Bauern und versuchten, ihren technischen Horizont zu erweitern. Für die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion stellt sie fünf Grundsätze auf: Vertiefung der Pflugfurche, engerer Pflanzabstand, Erhöhung des Düngeraufwandes, Verbesserung des Saatgutes und Verbesserung der Bewässerungsmaßnahmen. Diese Basisarbeit des BTI unter den Bauern wurde rasch sehr populär, BTI wuchs zum größten Bauernverband in Asien mit mehreren Millionen Mitgliedern. 1964 schlossen sich der Aktion täglich 2.000 Kleinbauern an. Nach und nach wuchs das Selbstbewußtsein der Bauern, seit Anfang der 60er Jahre gingen sie an einigen Orten dazu über, die von Großgrundbesitzern verlassenen Felder zu besetzen. Diese Aktionen (bekannt als Aksi Sepihak) beunruhigten die indonesische Elite. Sie beauftragte daher das Agrarinstitut in Bogor mit der Entwicklung von Gegenprogrammen. Das Institut entwickelte ein Programm, durch das die landwirtschaftlichen Erträge im Reisanbau durch bessere Feldarbeit um 40 bis 145 % gesteigert werden sollten. Das System beruhte i. w. auf besserer Bewässerung und vermehrtem Düngemitteleinsatz. Dieses Programm wurde zunächst in einigen Dörfern im Krawang-Distrikt, östlich von Jakarta, ausprobiert. Das Landwirtschaftsministerium, das damals angesichts des breiten Zulaufs, den der Bauernverband BTI hatte, unter Erfolgszwang stand, übernahm das Krawang-Modell und dehnte es in der Regenperiode 1964/65 innerhalb weniger Monate auf 15 Provinzen aus. 150.000 ha wurden von dem Programm erfaßt, das den offiziellen Codenamen BIMAS (Bimbingan Massa – massenhafte Anleitung) erhielt. BIMAS sollte in der Folgezeit das Schlagwort werden, unter dem die indonesische Variante der Grünen Revolution bekannt wurde.

Nach dem Militärputsch von 1965: Die BIMAS-Programme als Befriedungsstrategie

Von Oktober 1965 bis Anfang 1967 entfaltete das indonesische Militär eine Vernichtungskampagne gegen die indonesische Linke, gegen Nationalisten und Demokraten, wobei der Bauernverband BTI und seine Mitglieder zu den wichtigsten Kontrahenten des Militärs gehörten. Über 500.000 Mitglieder, Anhänger oder Familienangehörige von Mitgliedern des BTI wurden dabei massakriert. Bis heute ist jede politische Betätigung in den Dörfern Indonesiens verboten. Um die ländlichen Gebiete stärker in den Griff zu bekommen, weitete die Regierung Suharto unmittelbar nach dem Militärputsch die BIMAS-Projekte erheblich aus.

Nach den Planungen sollte BIMAS bis 1967 auf eine Fläche von 1,3 Mioo. ha ausgedehnt werden. Allerdings fehlte es an Feldberatern, deshalb konnten bis 1967 nur 480.000 ha Reisfelder unter dem BIMAS-System organisiert werden. Nach indischem Vorbild erhielt jeder Bauer ein Paket mit 25 kg Saatgut, 150–250 kg Düngemittel, Insektizide und einen Kleinkredit, der innerhalb von sieben Monaten mit 1 % Monatszins zurückgezahlt werden mußte. Mit diesem Paket wurde in Indonesien erstmals das im Internationalen Reisforschungsinstitut (International Rice Research Institute IRRI) in Los Banos (Philippinen) seit 1960 entwickelte und euphorisch gefeierte Hochleistungssaatgut (IR 5,8 und 20) generalstabsmäßig eingeführt.
Die Kampagne war jedoch schlecht vorbereitet. Die Feldberater waren überlastet und schlecht ausgebildet. Sie versuchten, mangelnde landwirtschaftliche Kenntnisse durch militärischen Drill auszugleichen.
Um das Verwaltungsversagen möglichst schnell auszubügeln, holte die indonesische Regierung ausländische Multis ins Land. Diese Firmen wurden an der Reorganisation des BIMAS-Programmes in einzelnen Landesteilen beteiligt. Zum Beispiel war der schweizerische Konzern CIBA in der Regenperiode 1969/70 für 900.000 ha Reisanbaufläche in Süd-Sualwesi zuständig, die deutsche Agrar- und Hydrotechnik für 50.000 ha in West-Sumatra.

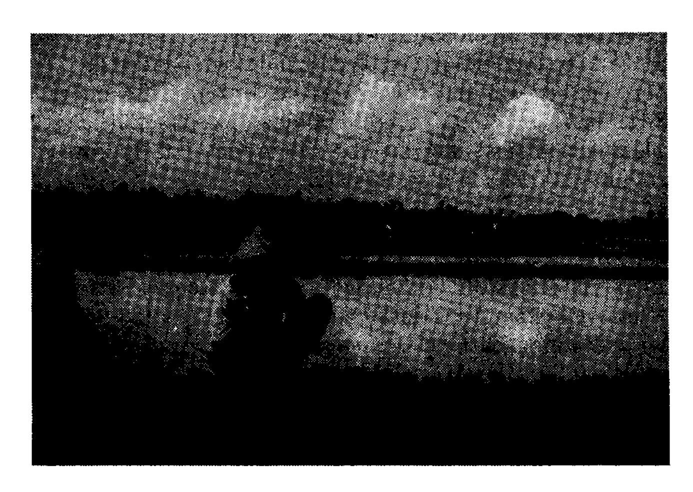
Das als Wunderreis (Padi Ajaib) gepriesene Saatgut verlangt ein gutes Bewässerungssystem, ausreichenden Düngung, vor allem mit Stickstoff, sorgfältiges Unkrautjäten und die effektive Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten und Schädlinge und möglichst viel Sonnenschein. Im Grunde sind die örtlichen Spitzensorten, z. B. Rojolele, die speziell füe die nährstoffarmen Böden, seltenes Jäten und unzureichenden Pflanzenschutz über Jahrhunderte von den Bauern gezüchtet worden waren, dem Wunderrreis in vielfacher Hinsicht überlegen (2a). Nur die reichen Bauern mit günstigen Standortbedingungen waren in der Lage, alle Anforderungen, die der Wunderreis stellt, zu erfüllen. So kamen bereits Ende der 60er Jahre 50–60 % der west- und mitteljavanischen Bauern durch Mißernten in große wirtschaftliche Probleme (3). In den besten Anbaugebieten fielen die Erträge um bis zu 20 %. In einigen Gebieten gab es sogar Totalverluste.
Die Bauern, die nicht in der Lage waren, die BIMAS-Kredite zurückzuzahlen, wurden mit Beschlagnahmung ihrer beweglichen Habe bestraft. Trotzdem gelang es nicht, den „Verfall der Zahlungsmoral“ der bis dahin sehr disziplinierten Bauern zu verhindern. Deshalb mußte das BIMAS Gotong Royong (Kollektiv-BIMAS) genannte Programm bereits 1969 mit einem hohen Defizit (Schätzwert: 30 bis 35 Mill. US Dollar) zurückgezogen werden (4).


Wereng

„Company-BIMAS“ und das Ende der Milchwirtschaft

Das neue Programm seit Anfang der 70er Jahre hieß „Company-BIMAS“. Hier war der direkte Einfluß der multinationalen Konzerne noch größer. Traditionell liegt in Indonesien ein beträchtlicher Teil des Zwischenhandels in den Händen von ethnischen Chinesen. Erklärte Politik des Suharto-Regimes ist es, diesen Zwischenhandel schrittweise auszuschalten.
In abgelegenen Gegenden hatten die Zwischenhändler häufig eine Monopolstellung im ländlichen Verteilungs- und Vermarktungssystem, die sie auch entsprechend ausnutzen. Die Regierung konnte deshalb bei ihrem Vorhaben, die Zwischenhändler auszuschalten, auf eine gewisse Popularität bei der bäuerlichen Bevölkerung rechnen. Die Bauern erhielten jedoch keineswegs selbst die Kontrolle über ländliche

Vermarktung und Verteilung von Gütern. Vielmehr wurde den multinationalen Konzernen, wie CIBA, Hoechst, Mitsubishi, die Möglichkeit eingeräumt, direkt oder über Agenten den Vertrieb zu organisieren. Chemikalien, Spritzausrüstung, Geländefahrzeuge, Fahrräder usw. wurden von nun an in den Company-BIMAS-Gebieten an ein gemeinsames technisches Komitee des Landwirtschaftsministeriums und des logistischen Kommandos und der Regionalverwaltung geliefert. So hatte die Behörde praktisch die Zwischenhändlerfunktion für die Multis übernommen.
Auch sonst wurde im Rahmen des Company-BIMAS-Programmes die indonesische Verwaltung zum Erfüllungsgehilfen der Multis. Besonders kraß war das in den von der CIBA organisierten Gebieten. Von sechs Feldflugplätzen aus spritzte die schweizerische Firma unverdünntes Insektengift Dimecron 100. Dabei wurden schweizerische Milizoffiziere als Piloten eingesetzt (5). Da flächen unter 50 ha nach diesem Verfahren schwer zu bearbeiten sind, teilten die indonesischen Bauern geeignete Landstücke für dieses Programm ein, meistens ohne Wissen der betroffenen Bauern.
Dieses 50 ha-Blocksystem – ursprünglich ein technischer Sachzwang – wurde bald auch von anderen Orten angewandt, um die Bauern kollektiv zur Annahme des BIMAS-Systems zu zwingen. Das BIMAS-Programm wurde von oben über die Dorfelite (Großbauern, Großgrundbesitzer, Lehrer) durchgesetzt. Ursprünglich sollten die Bauern einen Vertreter wählen, der die Verbindung zur Landwirtschaftsbehörde und zum landwirtschaftlichen Feldberater aufrechterhalten sollte. In der Regel ernannte aber der Dorfbürgermeister (lurah) denjenigen Bauern, der seiner Meinung nach am besten geeignet war, ihm bei der Durchsetzung von BIMAS im Dorf zu helfen. Bald wurde es für jeden Lurah (Dorfbürgermeister) wichtig, vorweisen zu können, daß sein Dorf im BIMAS-Programm mitmacht. Denn gegenüber den staatlichen Stellen konnte es sich keiner leisten, gegen „Entwicklung" zu sein. Durch die lückenlose Einbeziehung der Dörfer in das BIMAS-Programm sollte auch der Wiederaufbau der kommunistischen Partei verhindert werden.
Deshalb hatten die einzelnen Bauern nur sehr wenig Möglichkeiten, sich der Beteiligung an BIMAS zu entziehen. Nicht einmal der Dorfbürgermeister hat nennenswerte Entscheidungsfreiheiten. Die wichtigste Entscheidungs- und Planungsebene ist die Distriktstufe. In der Regel werden die landwirtschaftlichen Programme für die einzelnen Dörfer lediglich als Verordnungen oder Befehle des Bupati (Distriktchef) an die Dorfbürgermeister weitergegeben. Damit werden alle Beschwerden und Widersprüche frühzeitig und ohne jedes Argument abgeschmettert.
Infolge der Einführung des Blocksystems kamen die kleinen Bauern, die bisher Gemüse und Reis in arbeitsintensiver Mischwirtschaft betrieben hatten, unter die Räder.
Die Ideologen der Regierungspartei GOLKAR und des Landwirtschaftsministeriums bemühten sich, ein neues Leitbild in der ländlichen Bevölkerung zu verankern. In der Propaganda gilt es als „modern" oder „fortschrittlich", sein Feld das ganze Jahr über mit Reis zu bebauen. Der Bauer, der bei der Fruchtwechselwirtschaft bleibt, gilt als altmodisch. Der Mischwirtschafts-Bauer wird als hinterweltlerisch abgestempelt, weil die Pflanzenvielfalt in seinem Garten keine Ordnung verrät, weil sein Acker wie ein verwilderter Garten aussieht. Diese Diskriminierung der traditionellen Mischwirtschaft im Namen einer fragwürdigen Vorstellung von „Fortschritt" sollte für Indonesien noch ganz fatale Folgen haben. Denn im Grunde ist die Mischwirtschaft das an die regionalen Verhältnisse am besten angepaßte Bewirtschaftungssystem. Düngemittel und Insektizide sind nicht erforderlich. Außer Arbeitskraft, die den Bauern ausreichend zur Verfügung steht, ist kein Kapital erforderlich. Der Bauer kann auch auf Unkrautvertilgungsmittel verzichten, weil das gefürchtete Teki-Gras sich nur bei einheitlicher Bepflanzung ausbreiten kann (6).
Erst das Ende der Mischwirtschaft löste in Indonesien Zikadenplagen bis dahin ungekannten Ausmaßes aus. Zikaden gibt es in Indonesien zwar seit eh und je, zur Plage wurden sie jedoch erst, seitdem Reis das ganze Jahr über gepflanzt wird. („Monokultur-Syndrom")
Ein anderer Aspekt der alten Mischwirtschaft war die Kombination von Reisanbau und Fischzucht. Früher wurden in den Bewässerungskanälen der Reisfelder Fische gezüchtet, die nach drei Monaten zusammen mit dem Reis geerntet werden konnten. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln hat die Fischzucht aus den indonesischen Bewässerungskanälen fast vollständig verdrängt.



Die Zucht des Saatguts war traditionelle Sache der Bäuerin. Die Information über den IR-Reis geht ausschließlich über den Mann.

BIMAS als „Anleitungsprogramm"

Das BIMAS-Programm wurde ursprünglich mit dem Anspruch in die Welt gesetzt, die Bauern im großen Stil zu besserer Bewirtschaftung anzuleiten. Wenn diese Zielsetzung je ernst gemeint war, inzwischen ist sie gründlich pervertiert worden. Übrig geblieben ist die Verteilung von Düngemitteln, Saatgut und Insektiziden. Beratung der Bauern findet fast gar nicht mehr statt.
Die Regierung ernennt „Vertreter", die die Aufgabe haben sollen, die Bauern zu informieren und zu beraten. Diese Vertreter fungieren als Verbindungsglied zwischen der Regierung (bzw. den multinationalen Konzernen) und den Bauern. Die Vertreter erhalten jedoch keinerlei schriftliches Informationsmaterial. Ihre Anweisungen werden ihnen mündlich mitgeteilt, sie haben keine Unterlagen, keine Gebrauchsanweisungen, die sie in den Dörfern verteilen könnten. Angesichts der mittlerweile bekannten Nebenwirkungen der eingesetzten Chemikalien kann man dieses fahrlässige Verfahren nur als Verdummungskampagne der Bevölkerung bezeichnen. Die Bevölkerungsmehrheit bleibt trotz „Modernisierung" weithin in Unsicherheit und in Abhängigkeit. Beratung gibt es eigentlich nur im Distriktsbüro des landwirtschaftlichen Dienstes. Die Feldberater begeben sich kaum noch in die Dörfer. Mit gutem Grund, denn häufig wird der Dorfbesuch für den Feldberater zum Spießrutenlauf. Er ist schließlich der einzige Regierungsvertreter, den die Bauern persönlich zu fassen bekommen, sie laden dann allen Ärger mit dem BIMAS-Programm bei ihm ab.

„BIMAS in neuem Stil" – die Bauern verschulden sich weiter

Da das Company-BIMAS-System in seiner ursprünglichen Form zu starr war, wurde es seit der Pflanzperiode 1970/71 abgewandelt. Diese Änderung lief unter dem Schlagwort „BIMAS in neuem Stil". Die Verträge mit den Firmen wurden zum Teil gekündigt oder neu ausgehandelt, das Paketprogramm wurde erweitert, so daß die größeren Bauern mehr Möglichkeiten hatten, es an ihre eigenen Bedürfnisse anzupassen.
Wichtigste neue Maßnahme war die Gründung von Dorfgenossenschaftsbanken. Nach einem Präsidialerlaß von 1973 erhielten alle Dorfgemeinschaften in Indonesien den Auftrag, Dorfgenossenschaften (KUD) zu gründen, die die Aufgabe haben sollten, die Dorferzeugnisse zu vermarkten. Diese Dorfgenossenschaften sind jedoch keine Organe, die



Spritzkolonne

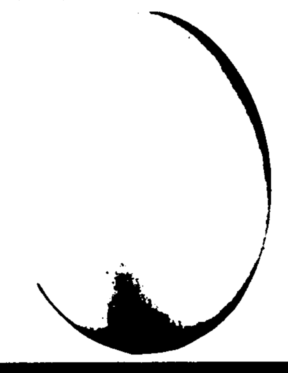
wirklich von der Mehrheit der Bauern kontrolliert werden. Sie wurden von vornherein von der Distriktsebene aus eingerichtet. Häufig bekamen die „Mitglieder" einfach eine Vorladung ins Unter-Distriksbüro (Kecamatan), wo ihnen der Befehl des Bupati (Distriktchef) zur Gründung der Dorfgenossenschaft ausgehändigt wurde, der oft auch schon die vollständige Vorstandsliste enthielt. Seit 1978 sind die Dorfgenossenschaften ohnehin auf der Unter-Distriktsebene organisatorisch zusammengeschlossen. Faktisch sind die Genossenschaften staatlich kontrollierte Verwaltungseinheiten.
Die Dorfgenossenschaften sind auch die Einheiten, die die landwirtschaftlichen Kleinkredite (BIMAS-Kredite) an die Bauern vergeben. Angesichts der Schwierigkeiten der Bauern, ihre Kleinkredite zurückzuzahlen, hat die indonesische Genossenschaftsbank immer neue Kreditformen entwickelt. Inzwischen gibt es 200 verschiedene Kreditformen für die ländlichen Gebiete. Trotzdem hat sich an der Rückzahlungsfähigkeit der Bauern nichts geändert. Nach den Bestimmungen brauchen Kredite nur bei totalem Ernteausfall nicht zurückgezahlt zu werden. Ansonsten haben die Bauern bei Nichtrückzahlung mit drakonischen Strafen zu rechnen. Trotzdem ist die Rückzahlungsfähigkeit nicht besser geworden. Heute werden nur 40 % aller landwirtschaftlichen Kleinkredite zurückgezahlt.

Arme Bauern, die ihre Kredite nicht zurückzahlen können, verlieren ihr Land. Mächtige Dorfpotentaten mogeln sich bisweilen ohne Sanktionen durch die bürokratischen Mühlen hindurch.
In der Regel brauchen die Bauern in Java zwischen 30.000 und 50.000 Rupiah Bargeld, um die Düngemittel für eine Anbauperiode zu bezahlen (das sind etwa 120,– bis 200,– DM). (7) Niedrigere Produktivität und die durch den niedrigen Reispreis bedingte schlechte Einkommenslage der Bauern führen dazu, daß diese relativ geringen Summen nicht zurückgezahlt werden können. Diese Tatsache allein ist schon ein erdrückender Beweis dafür, daß das BIMAS-Programm auch nach 15 Jahren Grüne Revolution keinen Wohlstand in die indonesischen Dörfer gebracht hat.

Zikadenplage, neues Saatgut und Pestizide

Die Dorfgenossenschaften vertreiben auch das von der staatlichen Firma Hiang Seri gelieferte Saatgut. Dieser größte Agrokonzern Südostasiens produzierte im Jahre 1980 ca. 10.000 t Saatgut, das ständig weiterentwickelt werden muß, um mit den Mutationen der Zikade Schritt zu halten. Seitdem sich Mitte der 70er Jahre die Zikadenplage ausgedehnt hatte, mußten die Varianten IR 36 und IR 38 neu eingeführt werden. Doch auch dieses Saatgut mußte schon 1981 wieder aus dem Handel genommen werden. (8) 1982/83 wurde eine neue Variante eingeführt, die speziell gegen den Biotyp I und II der Zikade resistent sein sollte. Doch nach letzten Berichten hat es auch bei dieser Neuzüchtung wiederum Ernteverluste von durchschnittlich 50 % durch den Zikkadenfraß gegeben.
Zikaden saugen den Saft der Reispflanze am unteren Halm heraus und lassen einen Virus zurück, die angegriffene Pflanze wächst kaum noch, trägt keine Früchte, und die bereits reifenden Früchte gehen ein. Ein Reisfeld kann so innerhalb weniger Tage vernichtet werden. Tritt die Plage auf, geraten die Bauern in Panik, diejenigen, die über Kapital verfügen, verspritzen alle zwei Tage Insektengifte, diejenigen, die über keine Mittel verfügen, machen blitzschnell eine Noternte, auch wenn die Frucht noch nicht reif ist. Oder das Feld wird einfach abgebrannt, man baut sofort anschließend einen anderen Reistyp an, der hoffentlich vorübergehend zikadenresistent ist (9).
Die rasche Mutation der Zikaden hat dazu geführt, daß die neu entwickelten Reissorten IR 36, IR 42, IR 50 und IR 52 bereits wieder veraltet sind. Momentan verfügt Indonesien noch über sechs neue Reissorten, die als zikadenresistent gelten (10). Wenn diese Reissorten nicht mehr resistent sind, dann wird es mindestens fünf Jahre dauern, bis eine neue Reissorte, die entsprechend zikadenresistent ist, entwickelt ist. Heute hat die Natur die Wissenschaftler des Internationalen Reisforschungsinstituts fest im Griff.
Durch Fruchtwechsel (s. o.) und Verzicht auf ameisentötende Pestizide (die Ameisen fressen die Zikadeneier) könnte man die Plage überwinden. Die indonesische Regierung wählt jedoch einen anderen Weg. Der Schaden durch die Zikaden ist am größten, wo die Reisfelder nacheinander reifen, da sie dann auch nacheinander von den Zikaden vernichtet werden können. Deshalb wurden seit der Planperiode 1977/78 neue Intensivierungsprogramme eingeführt, die vorsehen, daß die Bauern größere Flächen von mindestens 10 ha jeweils gleichzeitig bepflanzen. Die Bauern, die an dem Programm teilnehmen, erhalten eine staatliche Prämie. Doch auch dieser Maßnahme wird wohl kaum ein langfristiger Erfolg beschieden sein.

Kürzlich schlug ein Landwirtschaftsberater der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) der indonesischen Regierung vor, zu einer ökologischen Produktionsweise und zu Mischkulturen zurückzukehren. Wer sich daran erinnert, wie vor kaum 10 Jahren dieselbe Mischwirtschaft mit großem ideologischem und technischem Aufwand in Indonesien abgeschafft wurde, kann diese Empfehlung eines westlichen Experten nur als historische Ironie empfinden. (10a)
Anfang der 80er Jahre schien es kurzzeitig so, als könne die Zikadenplage in Grenzen gehalten werden. Dadurch gab es



seit 1980 einige Rekordernten hintereinander. Indonesien wurde fast zu einem selbstversorgenden Reisland. Doch das trockene Wetter in der Pflanzperiode 1982/83 zusammen mit der wieder verstärkt aufgetretenen Zikadenplage wird Indonesien in dieser Hinsicht um Jahre zurückwerfen. Für diese Ernteperiode erwartet die indonesische Regierung eine Gesamternte von 24,6 Mill. Tonnen. Amerikanische Schätzungen, die sich auf das Landsat-Programm stützen (Satelliten-Aufklärungsprogramm), gehen allerdings nur von 20,3 Milll. Tonnen aus. Jedenfalls lassen sich Hungersnöte in 12 oder 17 indonesischen Provinzen kaum noch verheimlichen (11).
Eines läßt sich heute feststellen: Die Grüne Revolution hat in Indonesien die Nahrungsmittelversorgung nicht gesichert. Naturkatastrophen, die früher örtlich auftraten, betreffen heute ganze Regionen und Provinzen.
Früher hatte jedes Dorf in Indonesien seine eigene Reissorte. Durch die grüne Revolution sind etwa 10.000 Sorten schon jetzt verschwunden. Heute sind noch etwa 3.000 Reissorten übriggeblieben. Die große Vielfalt an Sorten bot einen gewissen Schutz gegen die Verbreitung von Schädlingen. Der Wechsel der angebauten Sorte an einem Ort war ebenso ein typisches Merkmal der traditionellen Produktionsweise wie der Fruchtwechsel mit Mais, Bohnen und Süßkartoffeln. Auf diese Weise kam der „rückständige“ javanische Bauer tausend Jahre lang ohne Pestizide aus.

Sicher hat die Einführung des Wundersaatgutes hier und da auch zu Produktionssteigerungen geführt. Diese blieben aber im wesentlichen auf die ohnehin besonders fruchtbaren und ertragreichen Regionen Indonesiens beschränkt (12).

Soziale Folgen der Grünen Revolution

Die Grüne Revolution hat ganz einschneidende soziale Veränderungen in den indonesischen Dörfern zur Folge gehabt. Die dörfliche Sozialstruktur, d. h. das Verhältnis von großen, kleinen und landlosen Bauern, hat sich grundlegend gegenüber der Situation vor 20 Jahren verändert. Außerdem ist die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau zusammengebrochen. –
Verschiedene im Auftrag der indonesischen Regierung durchgeführte Untersuchungen haben in mehreren ländlichen Gebieten Indonesiens einen akuten Arbeitskräftemangel festgestellt. Nach Meinung prominenter Regierungsvertreter liegt hierin das wichtigste soziale Problem, das infolge der neuen Bewirtschaftsungssysteme aufgetreten ist. In der Tat hat ja die Grüne Revolution die Bodenbearbeitungssysteme und damit die Arbeitsorganisation grundlegend verändert. Im Gegensatz zu früher wird jetzt in fast ganz Java gleichzeitig Reis angebaut. Dadurch kommt es in der Phase, in der die Setzlinge ausgepflanzt werden müssen, und in der Ernte zu erheblichen Arbeitsspitzen, während in der übrigen Zeit kaum Arbeit anfällt. In der Tat ließ sich infolgedessen in einigen Regionen die Ernte nicht mehr mit den vorhandenen Arbeitskräften bewältigen.
Trotzdem sind auch Zweifel angebracht. Die meisten der Studien, die den Arbeitskräftemangel als so gravierend herausstellen, endenin der Empfehlung, die Landwirtschaft beschleunigt zu mechanisieren. Immer wieder muß der Hinweis auf den angeblichen Arbeitskräftemangel herhalten um Forderungen nach mehr Traktoren und Erntemaschinen zu begründen. Ein Beispiel von vielen: 1981 verlangte der Bupati (Distriktchef) von Krawang zusätzliche Programme für die Vergabe von Krediten für 175 Handtraktoren. Er begründete das damit, daß nur so die Ernte eingebracht werden könne. Es sei unmöglich, 100.000 Arbeitskräfte zu mobilisieren und 40 Tage lang ab März 1982 ca. 40.000 ha Reisfelder abzuernten. Der Bupati erklärte, nach der



Ausbildungszentrum

Trockenheitskatastrophe von 1977 hätten sämtliche Landarbeiter und Landarbeiterinnen den Distrikt verlassen. Die Regierung genehmigte dann sogar die Lieferung von 300 Handtraktoren. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch die Brüchigkeit dieser Argumentation. Nach den Volkszählungsergebnissen von 1980 wurden allein im Krawang-Distrikt 127.000 Landarbeiterfamilien gezählt (13). Offensichtlich hatte der Bupati eher die Interessen der Landmaschinenindustrie im Auge gehabt, als die der Landwirtschaft in seinem Distrikt.
Örtlich begrenzt mag es in der Tat Arbeitskräftemangel geben, aber das eigentliche Problem ist wohl eher mangelnde Organisation und auch die mangelnde Bereitschaft der Großbauern, Landarbeiter und Landarbeiterinnen unter den traditionellen Bedingungen einzustellen.
Anders ausgedrückt: Das Gerede vom Arbeitskräftemangel ist ein Vorwand, um die Landarbeiterinnen und Landarbeiter durch Maschinen aus dem Produktionsprozeß zu verdrängen. Die Wirtschaftswissenschaftler der Grünen Revolution halten das Entgelt, das den Erntearbeitern traditionell zustand, für einen zu hohen Kostenfaktor. Den

ideologischen Hintergrund für diese Argumentationslinie liefert die Theorie der „agrarischen Involution" in Indonesien, die von dem Sozialwissenschaftler Clifford Geertz in den 60er Jahren entwickelt wurde (14). Die Reisproduktion war traditionell in ein Sozialsystem eingebunden, das in West-Java Kedokan und in Mittel- und Ost-Java Bawon genannt wurde. Bei diesem System war es in der Regel so, daß alle diejenigen, die bei der Bodenbearbeitung mitmachten, auch ein Recht auf einen bestimmten Teil der Ernte hatten (ca. 20 %). Auf diese Weise waren Bauern mit geringer Landausstattung, landlose Bauern, alleinstehende Frauen



Traditioneller Reisanbau

und oft auch junge unverheiratete Mädchen sozial abgesichert. Zurecht stellt Geertz heraus, daß aufgrund dieses Systems eine Einkommensumverteilung bei den Bauern stattfand, und daß nur so die dicht bevölkerte Insel Java in der Lage war, so viele Menschen zu ernähren. Geertz stellt jedoch auch besonders heraus, daß das System die reichen Bauern benachteiligte und Kapitalakkumulation verhindere. Er prägte deshalb den Begriff „geteilte Armut" (shared poverty), womit er ausdrücken wollte, daß die größeren Bauern einen unverhältnismäßig großen Teil des Ertrages an die Erntearbeiter abgeben mußten.
In der Tat ist das Kedokan- bzw. Bawon-System Teil einer vorkapitalistischen Sozialauffassung. Die an die Erntearbeiter abgegebenen Naturalien sind kein Lohn im kapitalistischen Sinn. Es steht heute kapialistischer Rationalität im Wege und wird allenthalben abgelöst. Auch da, wo nicht gleich Erntemaschinen zum Einsatz kommen, sieht die Reisernte heute anders aus, als noch vor wenigen Jahren.

Unter dem Bawon-System war die Ernte üblicherweise Frauenarbeit. Die Frauen schnitten die Reisähren mit dem Ani-Ani genannten Reismesser einzeln vom Halm. Diese Arbeit wird nun durchweg von dem Tebasan-System abgelöst. Hierbei ernten Gruppen von Männern den Reis mit der Sichel büschelweise ab. Frauen werden für diese Arbeit nicht mehr eingestellt, es heißt, sie seien nicht kräftig genug, die Arbeit mit der Sichel zu machen. Früher brauchten 100 Frauen etwa einen Tag, um einen Hektar Reis mit dem Reismesser abzumähen. Heute schafft ein Trupp von etwa 10 Männern, die mit Sicheln arbeiten, die gleiche Arbeit innerhalb von vier Stunden. Für den Großbauern, der seine Felder abmähen lassen kann, ist das natürlich eine enorme Kostenersparnis. Die Arbeit mit der Sichel hat aber auch Nachteile. Die Sichel ist weniger differenziert als das Reismesser. Es werden jetzt reife und unreife Ähren auf einmal abgeerntet. Mit dem Reismesser wurden beim Ernten zugleich die unreifen Ähren aussortiert. Nach der Tradition gehörrten die unreifen Ähren den Armen des Dorfes, die sie später abernten konnten.
Von der Ablösung des Bawon-Systems sind besonders die Wanderschnitterinnen betroffen, die früher zu Tausenden den Ernten folgend von Westen nach Osten die Insel Java durchstreiften. Da, wo sie eine vorübergehende Arbeitsmöglichkeit gefunden hatten, errichteten sie Hütten, in denen sie unter denkbar einfachen Lebensbedingungen hausten. Sobald der Reis in der Umgebung geerntet war, wanderten sie in andere Erntegebiete weiter. Erst nach monatelanger Abwesenheit kehrten sie an ihren angestammten Wohnort in West-Java zurück und warteten dort auf die neue Ernte. (15) Diese Frauen, die in der ländlichen Sozialstruktur am untersten Ende standen, haben jetzt praktisch ihren letzten Lebensunterhalt verloren. Sie können jetzt nur noch in die Städte abwandern und versuchen, sich dort als Müllverwerter o. ä. durchzuschlagen.
Von der Ablösung des Bawon-Systems durch das Tebasan-System sind jedoch nicht nur die landlosen Bauern betroffen. Nach Berechnungen von Colier waren 30 bis 35 % der ländlichen Bevölkerung Javas auf das Bawon-System existenziell angewiesen. (16) Denn auch die kleinen Bauern mit einem Landbesitz von weniger als 0,5 ha brauchen die Nebenerwerbstätigkeit in der Ernte der großbäuerlichen Betriebe, um überleben zu können. Der Großbauer seinerseits hat auch keine Alternative zur Einführung des Tebasan Systems. Die Grüne Revolution hat Kosten und Risiko für den Bauern erhöht (der Bauer, der am BIMAS teilnimmt, bürgt für seine Kredite mit seinem Land!). Der Bauer muß also effektivere Methoden wie das Tebasan-system einführen, um wirtschaftlich genug arbeiten zu können. So wird nicht nur das ländliche Proletariat allmählich aus den javanischen Dörfern verdrängt, sondern auch die Kleinbauern, die nur geringe landwirtschaftliche Nutzflächen bearbeiten. Ein geringer Teil der betroffenen Familien nimmt an den Transmigrationsmaßnahmen teil und hofft, auf einer der äußeren Inseln, Tausende von Kilometern von der Heimat entfernt, eine neue Existenz in der Landwirtschaft aufbauen zu können. Für den größeren Teil bleibt am Ende nur die Möglichkeit übrig, in die nächstgelegene Großstadt oder in die Metropole Jakarta abzuwandern.
Urbanisierung hat in Indonesien im letzten Jahrzehnt rapide zugenommen. 1971 machte die Stadtbevölkerung in Indonesien 17,2 % aus, 1980 bereits 22,4 %. Auf der Insel Java, die am stärksten von der Grünen Revolution betroffen ist, stieg die Stadtbevölkerung von 17,9 % im Jahre 1971 auf 25,1 % im Jahre 1980. (17)

Ausblick

Das Programm der Grünen Revolution hat die selbst gesteckten Ziele in Indonesien nicht erreicht. Die Selbstversorgung



Traditionelle Reisfelder werden mit Gründung und Küchenabfällen gedüngt. Deswegen dürfen sie nicht so weit weg vom Dorf sein.

Jenah aus Lombok

Bauer Jenah hatte bereits zweimal IR-Reis angebaut. Beide Ernten waren schlechter als bei den traditionellen Sorten, außerdem sind die Preise niedriger (der IR-Reis kostet ein Drittel weniger als traditionelle Sorten in Indonesien, weil er geschmacklich nicht so gut ist). Jenah hatte für dieses Jahr den Vertrag über die Belieferung mit Saatgut für Wunderreis bereits unterschrieben, das versprochene Saatgut läßt aber immer noch auf sich warten. Inzwischen fällt aber der von den Bauern auf Lombok sehnlichst erwartete Regen. Also baut Jenah zusammen mit den Bauern Amak Saim, Amak Mandam und Mak Nisam traditionellen Reis an. Der Dorfchef, Korporal Mahrip, wird wütend, droht Gewalt an, schließlich stopft er den Wasserzufluß zu den Feldern der Abtrünnigen zu. Diese beraten sich mit Yanis Maladi, dem zuständigen Abgeordneten der islamischen Partei PPP im Bezirksparlament. Der Abgeordnete geht in Begleitung der Lehrer Arifin und Kartanah zum Bezirksparlament und berichtet dort über das Problem. Daraufhin werden die drei Berichterstatter und außerdem der Vater des Abgeordneten in die Bezirksmilitärkommandatur abgeführt und dort verhört. Alle vier Personen werden durch Eintauchen in Wasser gefoltert. Der Vater von Yanis Maldi wird ohnmächtig und erkrankt schwer.
Die indonesischen Behörden veröffentlichen zu dem Vorfall folgende Standpunkte:
Der Militärkommandant, Leutnant Oberst Koswara: „Korporal Mahrip hat nur die Instruktionen der Regierung durchgeführt. Darin ist festgelegt, welche Aufgaben dem Bürger zugewiesen sind. . . . Wenn einer meiner Untergebenen scheitert, dann ist auch meine Mission, dem Volk zu helfen, mißlungen. Dann könnte es passieren, daß ich vom Divisionschef gerügt werde, weil ich nicht in der Lage bin, meine Untergebenen anzuleiten."
Der Gouverneur der Proivnz West Nusa Tenggara, Gatot Suherman: „Die Bauern haben sich nicht an das mit der Regierung geschlossene Abkommen gehalten. Das kann man als Subversion bezeichnen, weil so das Regierungsprogramm, für die Erhöhung der Nahrungsmittel zu sorgen, scheitern kann."

(Nach einer Reportage aus dem indonesischen Nachrichtenmagazin Tempo vom 19. 2. 1983)

der Bevölkerung auf den Hauptinseln Java und Bali ist auf die Dauer nicht sichergestellt.
Die Gesamtreisproduktion Indonesiens lag 1980 bei 20,2 Mio. Tonnen. Pro Kopf der Bevölkerung war das eine Produktion von 137 kg. (18) Sie lag damit – bezogen auf die höhere Bevölkerungszahl – höher als vor Beginn der Grünen Revolution. Andererseits ist ein zahlenmäßiger Vergleich nicht sehr aussagekräftig, da der „Wunderreis" bis zu 15 % mehr Wassergehalt hat als der traditionelle Reis. Darüber hinaus muß man bedenken, welche enormen Nebenwirkungen durch die Grüne Revolution erzeugt worden sind: die ökologischen Folgen des enormen Einsatzes von Pestiziden und Düngemitteln sind bisher kaum absehbar. Der Sortenreichtum und die Widerstandsfähigkeit der Pflanzen sind schlechter geworden. Süßwasserfische als Lieferanten von tierischem Eiweiß fallen heute fast vollständig aus. Unterernährung der ärmeren Bevölkerung ist die Regel. 71 % aller Indonesier müssen mit weniger als 2.100 Kalorien und 45,9 Gramm Protein (das ist der FAO-Standard für Normalernährung) auskommen, (19) „Millionen Menschen warten auf den Tod, weil sie wenig oder nichts zum Essen haben," schrieb 1980 der Chefredakteur der angesehenen indonesischen Zeitschrift PRISMA (20).
Die großen und mittleren Bauern haben sich verschulden müssen, die kleinen Bauern und die landlose Dorfbevölkerung verlieren nach und nach ihre wirtschaftliche Existenz. Genutzt hat die Grüne Revolution vor allem den multinationalen Konzernen und einem Teil der mittleren Bauern, die jetzt produktiver wirtschaften und höhere Einnahmen erzielen.
Trotz der unübersehbaren negativen Folgen werden die Erfolge des BIMAS-SProgrammes und der Grünen Revolution in Indonesien heute nur hinter vorgehaltener Hand in Frage gestellt. Bisweilen boykottieren die Bauern die Durchführung einzelner Programme, (z. B. holen sie die Bimas-Pakete einfach nicht ab), organisierten Widerstand gibt es jedoch nicht. Noch herrscht in den Dörfern politisch die Friedhofsruhe, die die Generale und Suharto 1965 mit brutalen Mitteln hergestellt haben.
Eine langfristig tragfähige Alternative könnte nur heißen: Rückkehr zu einer ökologischen Landwirtschaft, wie sie in Indonesien jahrhundertelang so erfolgreich betrieben worden ist, verbunden mit Bodenreform.
Bedingung dafür wäre allerdings eine grundlegende Veränderung der politischen Verhältnisse, eine Entwicklungsstra-

tegie, die auf binnenorientierte Entwicklung setzt und sich von der Abhängigkeit von den multinationalen Konzernen befreit.
Gerade die natürlichen Verhältnisse in Java (Monsunklima und großer Anteil vulkanischer Böden) bieten gute Voraussetzungen für ökologisch angepaßte Landnutzungssysteme. Ökologisch angepaßter Landbau in den Tropen muß ja nicht technologische und wirtschaftliche Stagnation bedeuten. Vielmehr bieten auch die traditionellen Anbausysteme genug Anknüpfungspunkte für Verbesserung und Intensivierung der Nutzung (z. B. bessere Bewässerung).
Die wichtigsten Parameter beim Reisanbau sind Bodenqualität, Grundwasserhaushalt und Klima. Die Bodenqualität kann durch Mulchen verbessert werden, Grundwasserhaushalt und Kleinklima könnten durch Wiederaufforstung rehabilitiert werden. Die Erosionsprobleme müßten durch Terrassierung am Oberlauf der Flüsse eingedämmt werden.

Wiederaufforstung und Terrassierung sind sehr arbeitsintensive Programme, durch die ein großer Teil der Arbeitslosen Beschäftigung finden könnte. Außerdem könnten die bäuerlichen Klein- und Kleinstbetriebe (mit weniger als 0,5 ha Land) durch eine intensive Gemüse-/Obst-Mischwechselwirtschaft wieder auf eine wirtschaftliche Basis gestellt werden. Da das Wissen über die Wirkungsweise der Mischwechselwirtschaft und der kombinierten Fisch-/Reiskultur schon weitgehend vernichtet ist, käme schulischen Ausbildungsprogrammen eine wichtige Funktion bei der Durchsetzung einer solchen Landwirtschaftsstrategie zu.

H. An, Frankfurt
Einhard Schmidt, Dortmund

Anmerkungen

1) Vgl. Frithjof Voss, East Kalimantan Transmigration Area Development Project, Natural Resources Inventory, TAD-Report 9, Hamburg 1979
1a) Benjamin White, in: Human Ecology Vol. 1, No. 3, S. 217–236
2) Durch den Korea-Krieg wurde in den mit dem Westen verbundenen Ländern Süd-Ost-Asiens ein Nachfrageboom für landwirtschaftliche Produkte, insbesondere Naturkautschuk und Reis für den Export, ausgelöst. Dadurch stiegen die Rohstoffpreise und die Exporterlöse der süd-ost-asiatischen Länder in der ersten Hälfte der 50er Jahre relativ stark an.
2a) Andi Hakim Nasution, in: Kompas 27. 3. 1968
3) Vgl. Werner Röll. Indonesien, Entwicklungsprobleme einer tropischen Inselwelt, Stuttgart 1981, S. 143
4) Vgl. G. Gerster, Mehr Reis für Indonesien, in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 301 vom 2. 11. 1969
5) Gerster a. a. O.
6) Andi Hakim Nasution, in: Kompas 20. 5. 1974 (A. H. Nasution ist Rektor des Landwirtschaftlichen Instituts in Bogor)
7) Kompas 11. 11. 1982 und 23. 11. 1982
8) Kompas 5. 2. 1981
9) Tempo 15. 1. 1983
10) Merdeka 3. 1. 1983
10a) Außerdem ist diese Position innerhalb der GTZ sicher noch ein Einzelfall, sie signalisiert noch keinen Sinneswandel auf breiter Front.
11) Kompas 18. 12. 1982
12) Vgl. Howard Dick, in: Bulletin of Indonesien Studies, BIES, Vol. XVII, No. 1, März 1982
13) Kompas 21. 11. 1981
14) Clifford Geertz, Agricultural Involution, The Process of Ecological Change in Indonesia, University of California Press, 1963
15) Albert Leeman, Veränderte Methoden der Reisernte, Aachen 1979
16) W. L. Colier, Tebasan System, High Yielding Varieties and Rural Change, in: Prisma, Jg. 1975, No. 1, S. 17
17) Merdeka 6. 7. 1983
18) Howard Dick, BIES, Tabelle 14
19) Prisma 9. 9. 1980, Tabelle 7
20) Daniel Dhakidae, Editorial, Prisma, Sept. 1980

SOLIDARITÄTSPROJEKT

Biologischer Pflanzenschutz in Nicaragua

Eines der vorrangigsten Ziele der nicaraguanischen Revolution ist die Beseitigung des Hungers im Land und eine ausreichende Grundversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Voraussetzung, um dieses Ziel erreichen zu können, war vor allem die Beseitigung einer extrem ungerechten Besitzverteilung durch die Enteignung des Somoza-Clans, der allein ca. 30 % des Bodens besaß und die Durchführung einer Agrarreform, mit deren Hilfe mittlerweile 8000 Bauernfamilien Land zugesprochen wurde. Diese Maßnahmen ermöglichten auch, daß nun erstmals Ländereien intensiv bebaut werden konnten, die früher von den Großgrundbesitzern entweder überhaupt nicht oder nur unzureichend genutzt worden waren. Gleichzeitig wurde eine staatliche Handelsorganisation und Volksläden aufgebaut, die Grundnahrungsmittel zu festgesetzten niedrigen Preisen verkaufen.

Eine Möglichkeit die Pestizide zu ersetzen, besteht in der Anwendung von biologischen Methoden, ohne daß dadurch der Bekämpfungserfolg gefährdet wird. Einige dieser Verfahren sind mittlerweile so ausgearbeitet und verfeinert worden, daß ihre Herstellung und Anwendung in 3. Welt Ländern ohne großen technischen Aufwand durchführbar ist. Das vorliegende Projekt soll mit dazu beitragen, die Herstellung von biologischen Pflanzenschutzmitteln in Nicaragua zu ermöglichen.



Das schwere Erbe Somozas hinterläßt aber auch heute noch seine Spuren. So ist die Inlandsproduktion in der Landwirtschaft jahrelang vernachlässigt worden zugunsten der Exportprodukte, die auf den besten Böden angebaut werden. Der gesamte Agrarinput (Düngemittel, Pestizide etc.) muß bei ständig steigenden Preisen von Nicaragua mangels Alternative importiert werden und stellt eines der Haupthindernisse für die Steigerung der Produktion dar. So gab das Land im vergangenen Jahr mehr als 50 Mio. Dollar für den Kauf von Pflanzenschutzmitteln aus, trotz großen Devisenmangels (ges. Exportvolumen 500 Mio. Dollar). Durch den Einsatz von Pestiziden entstehen zusätzliche Folgekosten, deren Höhe nur schwer schätzbar sind. Denn viele Pflanzenschutzmittel verschmutzen die Umwelt und gefährden die Gesundheit des Menschen. In den Baumwollregionen gehören Insektizidvergiftungen zur Alltäglichkeit. 1977 wurden in nur einem Krankenhaus von Chinandega allein 150 Fälle derartiger Vergiftungen festgestellt. Das Blut der Nicaraguaner enthält 31 mal soviel DDT wie das der Nordamerikaner. Auch wird angenommen, daß die Pestizide für die Verminderung der Vogel-, Fisch- und anderer Meeresbestände verantwortlich sind.

Verein zur Förderung von Landwirtschaft und Umweltschutz in der Dritten Welt e.V.

Der Verein hat sich mit dem Ziel gegründet, über Landwirtschaft und Umweltschutz in den Dritten Weltländern zu informieren. Er geht davon aus, daß diese beiden Bereiche für die Menschen in den Dritte Weltländern eine existenzielle Bedeutung haben. Durch erstellen von Info-Materialien und konkrete Unterstützung wird der Verein auf die bedrohliche Situation der Menschen in den Ländern der Dritten Welt, in der BRD aufmerksam. Er wird sich vorerst auf das mittelamerikanische Land Nicaragua begrenzen.
Mit dem vorliegenden Projekt nimmt der Verein seine konkrete Unterstützung auf. Das Projekt soll 1984 beginnen. Der Verein wird Zwischenberichte über das Projekt erstellen. Der Verein wird im Februar /März 1984 mit einer Arbeitsbrigarde nach Nicaragua fahren und im Pflanzenschutzprojekt arbeiten. Die Arbeit des Vereins können Sie durch eine regelmäßige Spende unterstützen.
Fordern Sie weiteres Info-Material bei uns an.

Allgemeine Ziele

Das Projekt ist eingebettet in eine integrierte Pflanzenschutzkonzeption, die folgende Ziele anstrebt:

– Einsparung von Devisen durch die Anwendung von selber hergestellten Pflanzenschutzmitteln
– Verminderung der ökologischen Probleme, die durch Insektizideinsatz verursacht sind (Resistenz, Ausschaltung natürlicher Gegenspieler, Umweltverschmutzung etc.)
– Verminderung von Gesundheitsproblemen, die durch Insektizideinsatz verursacht sind
– Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge

In Nicaragua werden z.Zt. mehrere biologische Verfahren in Baumwolle, Bananen, Mais und Zuckerrohr getestet, dabei handelt es sich um den Einsatz von Fangpflanzen, Schädlingsvertilgern oder insektentoxische Pflanzeninhaltsstoffe. Das Projekt soll diese Bemühungen unterstützen, sowie biologische Mittel einem größeren Kreis an Bauern zugänglich machen.

Spezifische Ziele des Projekts

Bei der Durchführung des Projekts sind im einzelnen folgende Ziele vorausgesehen:

– Aufbau eines Laboratoriums zur Entwicklung von Produktionssystemen biologischer Pflanzenschutzmittel
– Untersuchungen über die Verwendbarkeit verschiedener nicaraguanischer Produkte als Primärstoffe in der Produktion
– Einarbeitung nicaraguanischer Techniker in die verschiedenen Herstellungsverfahren
– Erarbeitung eines Gutachtens über eine mögliche Massenproduktion unter Berücksichtigung der Produktionskosten und der Wirksamkeit der biologischen Produkte bei der Schädlingsbekämpfung.
– Bei positiver Bewertung Planung und Aufbau eines kleinen Produktionsunternehmens.

Ablauf des Projekts

Die Dauer des Projekts ist zunächst auf ein Jahr festgesetzt. Während dieser Zeit sollen biologische Mittel im Labor mit Hilfe nicaraguanischerRohstoffe in größerer Menge hergestellt und auf ihre Wirksamkeit hin untersucht werden. Speziell ist die Nutzung von zwei biologischen Produkten vorgesehen: Bacillus thuringiensis, eine Bakterienkrankheit vor allem von Schmetterlingsraupen und Neoplectana carpocapsae, ein parasitischer Nematodenwurm verschiedener Insekten. Beide werden bereits seit mehreren Jahren im Rahmen von Schädlingsbekämpfungsprogrammen in zahlreichen Ländern eingesetzt. Sie sind ungefährlich für Warmblüter, so daß ihre Handhabung und Anwendung ohne besondere Schutzvorkehrung erfolgen kann. Die Herstellungsverfahren für die Produkte sind relativ ausgereift und ohne großen technischen Aufwand möglich. Am Ende des Jahres soll das erreichte Produktionsniveau des Labors auf seine Rentabilität hin begutachtet daraus Empfehlungen für die Massenproduktion abgeleitet werden. Bei positivem Ergebnis schließt sich eine zweite Projektphase an, in der die Schaffung eines kleinen Unternehmens durchgeführt werden soll.

Gesamtkosten des Projekts unter Einschluß von Personal- und Sachmitteln: 40.000 Dollar

Projektträger: Abteilung Pflanzenschutz im Ministerium für Agrarentwicklung und Agrarreform Departamento Sanidad Vegetal DGTA-MIDINRA
Fachliche Beratung:
Dipl. Biologe Carsten Hellpap, Managua
Dipl. Biologe Peter Rosset, Managua

Kontaktadresse in der BRD: Verein zur Förderung von Landwirtschaft und Umweltschutz in der Dritten Welt, c/o Volker Stabel, Mainzer Straße 14, 6501 Stadecken-Elsheim 2, Telefon 06130/460

Spende unter dem Stichwort:

Biologischer Pflanzenschutz in Nicaragua auf das Konto 230023012 Mainzer Volksbank BLZ 551 900 00.

Bitte unterstützen Sie dieses Projekt durch Ihre Spende



Bücher als Aufschrei der Ohnmächtigen

Bücher als Aufschrei der Ohnmächtigen

Literatur aus Asien, Lateinamerika und Afrika hat es schwer im deutschen Sprachraum

> Bei ihrem Treffen in Königstein stellten Autoren aus der Dritten Welt, zusammen mit deutschen Verlegern, Übersetzern, Lektoren und Lesern konkrete Forderungen auf, um die Aufnahme der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika beim deutschen Lesepublikum zu verbessern. Hier eine Zusammenfassung:
> - Neben den politischen Nachrichten soll mehr Hintergrundinformation über die Menschen in diesen Erdteilen gegeben werden (verstärkte Berichterstattung in den Medien, größere Verbreitung dieser Informationen im Bildungssystem...)
> - Es wird vorgeschlagen, ein Informationsnetz über die Literaturen aus diesen Kulturen aufzubauen.
> - Die Zusammenarbeit zwischen Autoren, Übersetztern und Verlegern muß besser werden (oft hat der Autor keinen Einfluß auf die Übersetzung oder er erfährt kaum etwas darüber, wie sein Buch beim Publikum ankommt).



„Ich gebe nichts auf den verbalen Protest aller Linken der Welt, solange diese nicht mit Lesen von Büchern aus Afrika und Lateinamerika eine Stimme für mich – und uns – als Literaten abgeben", sagte zornig der seit langem in Frankreich im Exil lebende Kameruner Schriftstellr Mongo Beti bei einem *Treffen von Autoren aus der Dritten Welt mit deutschen Verlegern, Übersetzern, Lektoren und Lesern im Oktober in Königstein/Taunus.*

Die Schriftsteller aus den uns noch fremden Kulturen betonten bei dieser Veranstaltung der Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika immer wieder die Bedeutung ihrer Literatur für Europa. Sie sehen Literatur als das wichtigste Mittel „interkulturellen Lernens." Zu unserem Überleben und für unsere Zukunft hätten wir diese Zeugnisse „absolut notwendig", erklärten selbstbewußt sowohl der Kinderbuchautor und -illustrator Meshack Asare aus Ghana als auch der Brasilianer Marcio Souza, ein Bestsellerautor, dessen neuesters Buch binnen zwei Monaten 30.000 mal in seinem Heimatland verkauft wurde.

Übersetzte Literatur aus Asien, Lateinamerika und Afrika hat es jedoch – von Ausnahmen abgesehen – schwer im deutschen Sprachraum. Von einem der brillantesten Autoren Westafrikas, dem Kongolesen Sony Labou Tansi, hat der Zürcher Eco-Verlag auch nach zwei Jahren noch nicht 500 Bücher verkauft. Die bei Hammer (Wuppertal) und Walter (Olten, Schweiz) erschienenen 16 Bände der Reihe „Dialog Afrika" liegen immer noch zum großen Teil im Lagerraum. Die vor kurzem den Initiatoren dieser Reihe präsentierte Abrechnung ist eine Katastrophe. Das Treuhandbüro, das den von Gönnern einbezahlten Kredit verwaltete, meinte gar, eine solche Aktion hätte niemals gestartet werden dürfen.

Zu der Reihe gehört „Verbrannte Blüten", ein politischer Roman aus Kenia vom weltweit bekannten Schriftsteller Ngugi wa Thiong'o. Dieser wurde unter Präsident Kenyatta inhaftiert, machte später auf dem Land mit Bauern Theater, bis diese Aufführungen von der Regierung verboten wurden und Ngugi ins Exil nach England ging. Der Roman gilt bei Kritikern nicht nur als monumentales Werk in der Tradition Dostojewskis, sondern auch als ein Buch mit dem besten Einblick in politisch-wirtschaftliche Vorgänge in Afrika.

Nicht viel besser ging es dem seit Jahren immer wieder für den Nobelpreis für Literatur vorgeschlagenen Nigerianer Wole Soyinka. Seine zwei Romane „Die Plage der tollwütigen Hunde" und „Die Ausleger" (Walter-Verlag) zählen in der gesamten angelsächsischen Literatur zum Besten. Das bezeugen sowohl das „Times Literary Supplement" als auch das Pendant bei der „New York Times."

Warum verkauft sich übersetzte Literatur aus USA, Großbritannien und Frankreich, nicht aber aus Afrika? Geht sie in der Flut der vielen Bücher oder in der Interessenlosigkeit unter? Oder ist man sich hierzulande noch nicht der jungen Buchnationen und ihrer Literaturen bewußt? Ist auch eine allein im Kopf ausgearbeitete Entwicklungspolitik schuld, die gegen den Analphabetismus zwar kämpft, dann aber auf den geschriebenen Brief verzichtet, wie Sony Labou Tansi bemerkte?

Die Teilnehmer des Königsteiner Treffens wehrten sich vehement gegen das Wort Dritte Welt und Dritte-Welt-Literatur. Sie glaubten, hier einen Grund zu finden, warum diese Literatur sich nicht verkaufe. Nicht nur für sie, so meinten sie, sondern unterschwellig für alle stecke hinter diesem Begriff eine Abwertung und ein Gefühl von Drittklassigkeit.

Die vier Schriftsteller aus Afrika und die sieben Repräsentanten aus Lateinamerika – leider war kein asiatischer Autor dabei – betonten, daß alle in der gleichen Welt und niemand in der ersten oder dritten Welt lebe. Der Frieden aller sei bedroht. Es gehe nicht nur um die Identität Kubas, Kolumbiens oder irgendeines Landes, sondern um die Identität *aller* Menschen in einer veränderten Welt. Am eindringlichsten und beschwörendsten konnte das der Kongolese Sony Labou Tansi vorbringen:

„Hier und jetzt, da wir zum ersten Mal auf dieser Welt in der gleichen Welt leben;
hier und jetzt, da wir alle von der Kernkraft eingebettet, von verschiedenen Diktatoren mit dem Rücken zur Wand gestellt sind und gegeneinander als Fremde und Ausländer aufgehetzt werden;
und wir als Dichter und Schriftsteller wissen;
daß es in der Literatur und Kunst keine unterentwickelten Gebiete gibt,
daß Schreiben überall als Auf-Schrei der Menschlichkeit, der Kleinen und Ohnmächtigen wahrgenommen werden muß;
daß Bücher sowohl das Gedächtnis als auch die Speerspitze der Völker sind;
müssen wir alle lernen, weltweit neu mit dem geschriebenen Wort umzugehen;
Schreiben, Übersetzen und Lesen wichtiger nehmen;
all das als ein Sprengen der Isolation sehen;
als gemeinsame Basis,
um die reichen menschlichen Ressourcen zu teilen."

Al Imfeld

MISEREOR – MATERIALIEN

Wie offen darf die Informationspolitik eines kirchlichen Hilfswerks sein?

Die Fastenaktion des katholischen Hilfswerkes MISEREOR stand in diesem Frühjahr unter dem Thema Südafrika. Die dazu von MISEREOR veröffentlichten Materialien gerieten unter heftigen Beschuß. Franz-Josef Strauß schrieb an den Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, die Kirche gehe in ihrer kritischen Haltung gegenüber der Rassenpolitik der südafrikanischen Regierung von einer „einseitigen Darstellung" aus. Die Forderung nach gleichem Wahlrecht für alle würde „weder Freiheit noch Gerechtigkeit, sondern Chaos bringen und die zivilisatorischen Errungenschaften ... wieder zerstören" (taz, 2.3.1983). Der südafrikanische Botschafter von Heerden schrieb noch vor Eröffnung der MISEREOR-Aktion an den für MISEREOR zuständigen Bischof Stimpfle und an Franz-Josef Strauß (BZ 3.3.1983)
Höffner und MISEREOR wiesen den Vorwurf der „nachweislich falsch(en) und hetzerisch(en)" Darstellung zurück und beriefen sich auf eine sorgfältige Erörterung und Absprache der Aktion mit den südafrikanischen Bischöfen (BZ, 3.3.1983). In einer abschließenden Stellungnahme schreibt MISEREOR-Hauptgeschäftsführer Herkenrath: „Kirchliche Entwicklungshilfe beschränkt sich nicht darauf, vorhandener Not durch Nahrungsmittel- und Medikamentenhilfen zu begegnen, sondern wendet sich den Ursachen der Unterentwicklung zu, versucht sie zu beseitigen und Prozesse einzuleiten, die auf strukturelle Absicherung menschenwürdiger Existenz und Entfaltung zielen..." Er weist die Darstellung zurück, in Südafrika werde ernsthaft ein Abbau der Apartheid betrieben und setzt gegen das Argument, den Schwarzen in Südafrika gehe es doch ganz gut, die Darstellung der Homeland-Politik der südafrikanischen Regierung und ihre Folgen für die schwarze Bevölkerung (MISEREOR aktuell, Juli/August 1983).
Dieser Konflikt war so bedeutsam, weil MISEREOR damit offensichtlich Punkte in seiner Öffentlichkeitsarbeit angesprochen hat, die auf offenen Widerspruch konservativer Kreise in der Bundesrepublik stoßen. Diese Klarheit und Offenheit politischer Parteinahme in der Aufklärungsarbeit hier signalisiert zwar noch keine durchgängige Veränderung, aber doch eine Enwicklung bei den kirchlichen Hilfswerken, die in den letzten Jahren schon öfters zu beobachten war: so z. B. bei der Fastenaktion zu Brasilien 1979 bei MISEREOR oder beim Thema „Hunger durch Überfluß" bei BROT FÜR DIE WELT 1981/82.
Die fehlende Klarheit der Einschätzung der politischen Verhältnisse in den Entwicklungsländern und ihrer Zusammenhänge mit der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik ist einer der Hauptkritikpunkte der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen an der Arbeit der kirchlichen Hilfswerke. Daß die Mitarbeiter der Hilfswerke (und die Christen in den Gemeinden) hier in den letzten Jahren einige Schritte weitergegangen sind, liegt nicht zuletzt an der Radikalisierung vieler Kirchen in den Dritte Welt-Ländern. Es ist kein Zufall, daß z.B. die MISEREOR-Projekte in und -Informationen über Brasilien sehr deutlich die Ursachen des Elends dort offenlegen: Die brasilianische Bischofskonferenz ist eine der fortschrittlichsten überhaupt, Basisgemeinden und christliche Bewegungen haben einen sehr hohen Bewußtseinsstand.

Die entwicklungspolitischen Aktionsgruppen sind über diese Entwicklung nicht traurig. Die folgenden Besprechungen – sie kommen leider etwas spät – sollen auch eine Rückenstärkung für weitere innerkirchlich und -gesellschaftlich mutige Schritte der kirchlichen Hilfswerke sein.

Bezug aller genannten Materialien: MISEREOR, Mozartstraße 9, 5100 Aachen

Werkmappe MISEREOR – 83: Ich will ein Mensch sein
(kostenlos)

„Südafrika ist und war nie ein Paradies. Schon immer war diese „Oase der westlichen Zivilisation" auf dem brüchigen Fundament einer gesellschaftlichen Ordnung aufgebaut, die ihren Bestand der Tatsache verdankt, daß dem größten Teil der Bevölkerung die Früchte der Arbeit vorenthalten werden und daß dieser Teil von der Gestaltung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung – und damit auch vom Wohlstand – ausgeschlossen wird." (aus den Einleitungsworten von Prälat Herkenrath)
Dieser Tatbestand wird in der Arbeitshilfe vielfältig an Zahlen und Beispielen ausgeführt.
Die ersten Kapitel der Arbeitshilfe behandeln die *Apartheid* als Widerspruch zum Mensch-Sein, die *politischen Rechte* in Südafrika (Wahlsystem, Situation in den Homelands, schwarzer Widerstand), die Rassengesetzgebung und ihre Folgen.
Auf gewisse *Parallelen in unserer eigenen Gesellschaft* wird mit der Darstellung der *Situation der ausländischen Arbeiter* in der Bundesrepublik verwiesen. Dies scheint mir ein guter Weg, das „exotische" Thema Wanderarbeiter in Südafrika etwas an die eigene Wirklichkeit heranzuholen. Dabei ist allerdings die Darstellung dieser Situation etwas oberflächlich geraten.

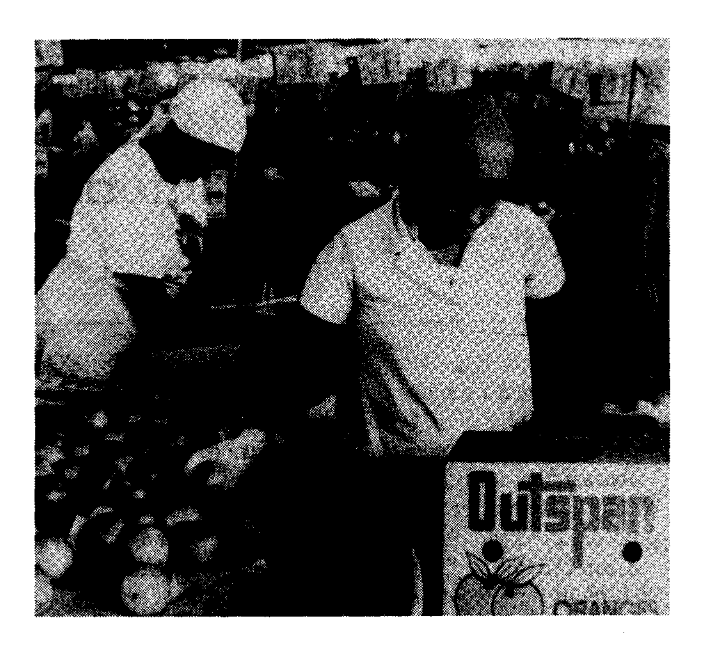
Unter dem Titel *„Soziale Ungerechtigkeit in Südafrika"* gehen die Autoren auf die Arbeitsbedingungen der schwarzen Minenarbeiter, auf Löhne und soziale Sicherung ein. Dann folgt ein längerer Unterabschnitt über die *Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Südafrikanischen Republik:* Die Vielzahl bundesdeutscher Unternehmen (6.000), die Rolle der Bundesrepublik als Handelspartner, die Lieferungen von wichtigen Mineralien durch Südafrika und die vielen deutschen Investitionen in Schlüsselbereichen der südafrikanischen Wirtschaft belegen die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen. Außerdem „haben beispielsweise in den Jahren 1972-1978 die Deutsche Bank

AG, die Dresdner Bank und die Commerzbank und die Westdeutsche Landesbank insgesamt 101 Anleihen von knapp 4 Mrd. US-Dollar aufgelegt. Sie waren damit die wichtigsten ausländischen Kreditgeber der Republik Südafrika." (S. 40)
Als Hauptmotiv für ausländische Investitionen werden die günstigen Rohstofflager, das niedrige Lohnniveau und die Kaufkraft der weißen Oberschicht genannt. Das Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und Südafrika wird abgelehnt, weil es nur der weißen Bevölkerung dort zugute kommt. Zum Schluß erfolgen Aktionshinweise, z.B. auf die Kampagne „Kauft keine Früchte aus Südafrika" der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland. Dieser Teil ist wichtig, da er – allerdings sehr vorsichtig – die in der Bundesrepublik ansässigen Nutznießer der rassistischen Politik benennt und damit auch die Diskussion über Handlungs- und Veränderungsmöglichkeiten hier ermöglicht.
Die folgenden Kapitel behandeln *Menschenrechtsverletzungen* (Verhaftungen ohne Grund, Folter, Todesfälle im Gefängnis und die Sicherheitsgesetze), *Erziehung* (Burensprache im Unterricht, Bildungssystem) und *pastorale Impulse* (Arbeit der Kirchen). Der letzte Teil enthält *Hinweise auf Methoden, Medien und Literatur.*
An den entsprechenden Stellen in den Texten werden kurze Projektbeispiele gegeben.
In die Texte sind zur Veranschaulichung immer wieder Grafiken, Zitate und Beispiele eingefügt. Die vielen zumeist kurzen Texte sind sehr konkret, vielfach handelt es sich um Erlebnisberichte. Ihre Vielfalt ermöglicht verschiedenste Herangehensweisen an das Thema und ein gutes Gesamtbild von der Situation. Mir scheint die Werkmappe für Seminare, Schulen, Diskussionen in Gemeinden und Jugendgruppen gut geeignet.

Arbeitsmappe MISEREOR/BDKJ, Jugendaktion – 83: „Ich will ein Mensch sein"

(Preis: 2,– DM)

Das Heft richtet sich speziell an junge Leute und Jugendgruppen und beginnt mit vier Beispielen über das *„Leben in der Apartheid".* Nach jedem Unterabschnitt stehen Methoden- und Medienhinweise.
„Bilder aus Soweto" schildert den Ausbruch und Verlauf der Unruhen 1976, beschreibt die soziale Lage in Township Soweto als Ergebnis der Rassentrennungspolitik.
„Bilder aus den Homelands" beginnt mit einer fiktiven Erzählung, die die Situation der Homeland-Politik auf die Bundesrepublik überträgt, und behandelt die Lage der Schwarzen in den Homelands, die Umsiedlung eines Dorfes und das Leben im Umsiedlungslager.
„Bilder aus der Arbeitswelt": Ein Flugblatt der südafrikanischen Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) beschreibt die Lebensbedingungen schwarzer Arbeiter(kinder): Als Schüler, bei Sport und Freizeit, zu Hause, bei der Arbeit ... Es folgt ein Gespräch mit einem Minenarbeiter. „George M's Leben bestand in der Hauptsache aus 50 Jahren Schwerstarbeit, Unsicherheit, Bevormundung durch weiße Vorarbeiter". (S. 32) Löhne und Einkommensverteilung, Frauen als Hausangestellte bzw. im Apartheid-System und Berichte über die schwarze Arbeiterbewegung runden das Bild von einer schwarzen Arbeiterschaft ab, die durch den Rassismus einer doppelten Ausbeutung und Unterdrückung ausgeliefert ist.
Über den Mineralienreichtum, die Vorteile für Investitionen und die Aufzählung deutscher Firmen in Südafrika



bzw. der Darstellung der wirtschaftlichen Verflechtung zwischen der Bundesrepublik und Südafrika werden die ausländischen und speziell die deutschen Interessen in Südafrika beleuchtet.
„Bilder der Unterdrückung" sind Berichte von willkürlicher Verhaftung, Folter, Bannung mißliebiger Personen...
„Wege aus der Apartheid" zeigt zunächst den *Widerstand in Südafrika* und weist dann auf *Schritte der Solidarität* hin: Hier werden verschiedene Möglichkeiten solidarischer Aktionen für das südafrikanische Volk aufgezählt: Fasten- und Solidaritätswoche, die Aktion „Kauft keine Früchte der Apartheid" der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland, Mahnwachen in Köln und Frankfurt, Unterschriftenaktionen gegen Menschenrechtsverletzungen und der Verkauf von Kerzen aus Soweto.
Nach *Literatur- und Medienhinweisen* enthält die Arbeitsmappe noch ein Würfelspiel.
Für die vorgesehene Zielgruppe scheint mir diese Mappe gut geeignet, da sie mit keinen theoretischen, sondern mit anschaulichen Texten arbeitet. Neben den Texten, die die Situation konkret beschreiben, sind auch Artikel über die Hintergründe des Apartheid-Staates enthalten.
Auch hier beeindruckt die Vielfalt der ausgewählten Beispiele und Erzählungen.

Gemeinsam anders leben: Baustein Südafrika

(Kostenlos)

Arbeitshilfe zu Fragen von Entwicklung bei uns, in Afrika, Asien und Lateinamerika (herausgegeben von MISEREOR und verschiedenen katholischen Verbänden).
Diese ebenfalls für die Bildungsarbeit gedachte Arbeitshilfe bereitet das Thema Südafrika nach einer Einführung in die Thematik an den drei Lebensorten Industrie, Land und Familie auf.
Lebensort: Industrie. Die gespaltene Arbeiterschaft
Ziel dieser Einheit ist, die Bedeutung des Apartheid-Systems für alle Bereiche der Arbeit klar zu machen.
An verschiedenen Beispielen (Löhne, Qualifikation, Bildung und Ausbildung, Job-Reservation, Gewerkschaften) wird die umfassende Unterdrückung der schwarzen Arbeiter und die Spaltung von ihren weißen Kollegen gezeigt. Interessant ist dabei der ausdrückliche Hinweis, daß auch bei der deutschen Firma Siemens Stipendiaten und in Ausbildung befindliche Techniker meist weiß sind.

Lebensort: Land. Schwarze Landarbeiter – ein vergessener Haufen
In dieser Einheit soll über die Arbeitsbedingungen der schwarzen Landarbeiter auf den Betrieben weißer Farmer informiert werden. Sie „gehören neben den Hausangestellten zu den Menschen mit den niedrigste Löhnen in der südafrikanischen Wirtschaft. Sie haben keine elementaren politischen Rechte; der Zusammenschluß in Gewerkschaften ist nicht erlaubt... Zudem werden sie auch noch durch eine Gesetzgebung, die ihre Bewegungsfreiheit einschränkt, auf den Farmen festgehalten". (Seite 27) Dies wird durch ein Interview mit schwarzen Landarbeitern, durch die Geschichte der Gesetze, die zu Landvertreibungen führten und durch Schilderungen der Situation der Landarbeiter belegt.
1913 enteigente ein Gesetz die afrikanischen Bauern. Sie wurden zu Landarbeitern gemacht, die bis heute völlig rechtlos sind. "Bestimmungen über Mindestlöhne, soziale Versorgung und Arbeitsbedingungen gibt es nicht. Sie sind der Willkür der weißen Farmer überlassen. Diese sind auf die schwarzen Arbgeitskräfte angewiesen und kalkulieren mit Billigstlöhnen ohne Sozialkosten." (S. 32)
Der Zusammenhang zur Bundesrepublik taucht beim Stichwort „CAPE-Früchte bei uns" auf. Es folgt eine Liste aller Gemüse und Früchte, die in Südafrika auf weißen Farmen von schwarzen Arbeitern geerntet werden und in die Bundesrepublik exportiert werden.
Lebensort: Familie. Schwarze Südafrikanerinnen tragen die Hauptlast
Diese Einheit zeigt die Konsequenzen der Apartheidspolitik für die schwarzen Familien.
Der Artikel über „Frauen im Widerstand" schildert die Lage der Frauen und Familien in den Homelands, und ihre Versuche, sich gegen ihre Situation zur Wehr zu setzen.
Den Abschluß des Arbeitsheftes bilden Literaturhinweise zu Südafrika, Medienhinweise befinden sich bereits in den einzelnen Kapiteln.
Auch dieses Heft ist sehr materialreich und mit vielen Beispielen gestaltet. Es enthält Hinweise auf den möglichen Ablauf einer Bildungsveranstaltung mit den abgedruckten Materialien und scheint mir für den Einsatz in der Bildungsarbeit gut geeignet (Preis: 3,50)
Zu allen Arbeitshilfen muß allerdings übereinstimmend gesagt werden, daß die Rolle der westlichen Staaten und Firmen bei der Unterstützung Südafrikas nicht ausreichend deutlich angesprochen wird.

„Argumentationshilfen zu Südafrika" (ist auch Bestandteil der Werkmappe)
In einer kurzen Broschüre geht MISEREOR auf die wichtigsten Argumente ein, die von den Befürwortern der Entwicklung in Südafrika ins Feld geführt werden. So wird etwa die Behauptung, den Schwarzen in Südafrika gehe es besser als Schwarzen in anderen Teilen Afrikas, entgegengehalten, das gelte allenfalls materiell für einen Teil der in den Städten lebenden Schwarzen, außerdem seien Freiheit und das Recht auf Selbstverwirklichung ebenfalls Bestandteile der menschlichen Existenz. (S. 4)
Das Argument, die deutschen Unternehmen würden in Südafrika Arbeitsplätze und Einkommen schaffen, wird eingeschränkt: „Das stimmt, gilt aber nur kurzfristig und für wenige Schwarze" (S. 5)
Weitere Punkte sind: Bildungssystem, Befreiungsbewegungen, Wirtschaftsboykott...
Einige Antworten geraten allerdings in etwas falsches Fahrwasser: So wird etwa für eine Veränderung in Südafrika im Sicherheitsinteresse der westlichen Staaten plädiert, da bei Fortbestehen der Unrechtssituation die Sowjetunion ihren Einfluß im südlichen Afrika vergrößern könnte (S. 4). An anderer Stelle wid ausgeführt, Südafrika wolle den Westen für ein (militärisches) Aktionsbündnis gewinnen: Das gibt es aber längst, ohne Unterstützung der westlichen Staaten könnte Südafrika nicht überleben.

bm

Schülerzeitung über Südafrika;
(10 Stück, DM 2,–)

Das „Ungeheuer Apartheid" besteht aus vielen Gesetzen. Sein Herz sind die Paßgesetze, seine Schultern sind die Gesetze, die festlegen, daß schwarze Familien in den 'Homelands' leben müssen und die Männer oder die Frauen getrennt von den Familien in Kapstadt oder in anderen Industriegebieten arbeiten müsen. Die Polizei und das Militär sind die Arme des Ungeheuers. So versucht diese von Misereor herausgegebene Schülerzeitung das Problem der Apartheid Schülern nahezubringen. Auf vier DIN-A-4-Seiten erzählen Domani, ein schwarzer südafrikanischer Junge und Linda, ein weißes südafrikanisches Mädchen in einem Comic die Geschichte ihres Landes. Das „Ungeheuer Apartheit" wird sehr plastisch ins Bild gesetzt. Sehr anschaulich wird beschrieben, welche Auswirkungen die Apartheid auf das Leben von Domani und seiner Familie hat. Wie Sachen, die man leicht von einem Ort zum anderen transportieren kann, werden die Menschen behandelt. Die Familie Domanis muß weg vom Meer nach Kapstadt, dann von dort in die Homelands. Der Vater muß für einen sehr geringen Lohn immer dort arbeiten, wo es den Weißen gerade gefällt. Dadurch lebt er dauernd von seiner Familie getrennt. Die Mutter muß als Dienstmädchen bei weißen Familien arbeiten. Sobald die Schwarzen sich gegen diese Zustände wehren, werden sie erschossen, verletzt, geschlagen oder ins Gefängnis gesperrt. Domani und Linda können allein wenig g egen diese Ungerechtigkeit unternehmen, deshalb rufen sie die Kinder aus aller Welt auf, ihnen zu helfen. Der einzige Vorschlag, den sie machen, ist, überall die Wahrheit über Südafrika zu erzählen. Die Leser werden aufgefordert,

selbst weiter zu überlegen und Ideen zu sammeln.
Diese Schülerzeitung schildert das Problem der Apartheid kurz und prägnant und macht es, mit Hilfe von Domani und Linda als Identifikationsfiguren, für deutsche Schüler nachvollziehbar. Die Schilderung, wie es Domanis Familie ergeht, ist zudem spannend ausgefallen. Es wird erklärt, woraus das „Ungeheuer Apartheid" besteht, nämlich aus Gesetzen, die die Weißen gemacht haben, damit die Schwarzen für sie arbeiten müssen; dennoch bleibt das Ungeheuer rätselhaft: es machtneugierig zu fragen, woher solch ein Ungeheuer kommt und wie sich die Menschen dort dagegen wehren können. Fragen und Lösungsmöglichkeiten werden angeregt, aber offengelassen.
Auch von den Bildern her ist der Comic ansprechend. Es werden sehr viele Details dargestellt. Die Trennung von schwarz und weiß, die Trennung der schwarzen Familien wird auch über das Bild vermittelt. Insgesamt ist diese Schülerzeitung ein sehr geeignetes Mittel, um Schüler (ab etwa 12 Jahren) über die Situation in Südafrika zu informieren und Anstöße zu eigenem Handeln zu geben. Da sie außerdem sehr preisgünstig ist, (10 Stück DM 2,–) dürfte einer breiten Verwendung im Unterricht nichts im Wege stehen,

hiwe

Länder-Materialheft »Südafrika«
(kostenlos zu beziehen)

Neben einigen grundlegenden Daten und Literaturhinweisen enthält das 44-seitige Materialheft verschiedene Aufsätze mehrerer Autoren (u. a. von Weltbankpräsident und Ex-US-Verteidigungsminister McNamara) und Interviews, nicht nur unumstrittene Meinungen zum Themenbereich Südafrika vertreten.
So wird im einführenden Aufsatz »Mit jedem Tag verhärten sich die Fronten« die These vertreten, eine Änderung der Apartheidspolitik scheiterte bislang an der Sturheit der Buren, obwohl »sich ringsum die Welt veränderte.«
Mit diesem Ansatz, der sich auch in manchem der folgenden Artikel wiederfindet, ist die »internationale Gemeinschaft« - zu der auch die BRD gehört - vom Vorwurf der Unterstützung des Apartheid-Regimes freigesprochen.
»Zwar ist unter internationalem Druck (welchem?) innerhalb des Apartheid-Systems einiges in Bewegung geraten, aber was da an partnerschaftlicher Zusammenarbeit herausgestellt wird, ist vorgetäuscht, wird von der Masse der weißen Bevölkerung nicht innerlich bejaht, ist politische Kosmetik.«
Erklärt sich das derzeitige Apartheid-System psychologisch? Wäre es beseitigt, wenn »die Buren« weniger stur wären? Dieser Ansatz enthebt die Verantwortlichen von Misereor der Verantwortung, sich mit den **hiesigen Verhältnissen** und deren Auswirkungen auf den Apartheidsstaat auseinanderzusetzen.
So ist im ganzen Heft **an keiner Stelle** erwähnt, daß ca. 300 bundesdeutsche Firmen in Südafrika investiert bzw. Tochterfirmen haben. Daß teilweise in diesen Firmen Löhne an Schwarze bezahlt werden, die unter dem Existenzminimum liegen, und daß schwarze Gewerkschaften größtenteils keine Anerkennung gefunden haben, wird ebenfalls nirgendwo beschrieben.
Weiterhin fehlt jeglicher Hinweis auf die militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika, obwohl gerade die militärische Stärke ein wesentlicher Herrschaftsfaktor des rassistischen Regimes ist, der zudem gegenüber Nachbarländern (z. B. Angola, Mozambique und Zimbabwe) eingesetzt wird.
Bemerkenswert ist auch, daß in dem Materialheft kein Vertreter einer Befreiungsbewegung oder schwarzen Gewerkschaft zu Wort kommt. Lediglich ein Artikel über Frau Mandela vom ANC (African National Congress), die gebannt ist und eren Ehemann seit Jahren in Haft gehalten wird, ist abgedruckt.
Gerade die Stimme der Unterdrückten hätte das Recht, gehört zu werden, z. B. zur Frage eines Wirtschaftsboykotts gegenüber Südafrika. Ob es Zufall ist, daß niemand von

denen zu Wort kam, die bisher am wirkungsvollsten für die Befreiung Südafrikas gekämpft haben?

Nur keinem zu nahe treten...
Obwohl es auch bei uns in der BRD einige Solidaritätsgruppen gibt, die seit langem Informationsmaterial über Südafrika erstellen und veröffentlichen oder praktische Solidaritätsarbeit leisten, erscheint hierüber in der Broschüre nichts.
Ist es ein Versehen der katholischen Amtskirche, daß auf diejenigen, die bislang den engsten Kontakt mit den Unterdrückten in Südafrika hatten, nicht hingewiesen wird?
Wohl eher wollte man niemand auf die Füße treten: nicht BMW, Daimler-Benz, Siemens, der Deutschen Bank und wie die Profiteure des Rassismus alle heißen mögen.

Praktische Solidarität - Hilfe für ein Homeland
Was bleibt dem Leser der Materialien nach deren Lektüre an praktizierbarer Solidarität?
Misereor ruft zur Unterstützung einer »einfachen Wohnanlage für ältere Menschen« in der Diözese Volksrust auf, die teilweise im KwaZulu-Homeland liegt.
Ich halte das Projekt für bedenklich. Zum einen erfährt die Homeland-Politik zumindest indirekt Unterstützung. »Immer mehr alte Menschen sind ohne Unterkunft und in dem weißen Gebiet darf für Schwarze nicht gebaut werden.« So lautet die offizielle Projektbegründung. Anstatt Projekte zu unterstützen, die die Homeland-Politik überwinden helfen könnten, werden Gelder zur Stabilisierung des Status Quo verwandt. Am Sympton - Auflösung der traditionellen Sozial- und Familienstruktur durch Zwangsumsiedlungen der Rassisten - soll herumgedoktert werden, an die Wurzel des Übels - das Apartheid-Regime - traut sich Misereor (noch) nicht heran.
Obwohl Misereor in der vorliegenden Broschüre alles, was mit unserer Gesellschaft und mit ihrem System zu tun hat, aus den Materialien ferngehalten hat - nicht einmal die kirchliche Aktion »Früchteboykott« der evangelischen Frauen ist erwähnt - verhalfen die bundesdeutschen Unterstützer des südafrikanischen Regimes durch ihr Gezeter der Misereor-Aktion 83 zu großer Publizität. Möglicherweise ist dies ein Zeichen des Wandels: waren zu früheren Zeiten die Rassistenfreunde eher um Diskretion bemüht, werden heute die Beziehungen und Kontakte zu Südafrika eher offensiv »verteidigt«.

Gewaltfreiheit erwünscht - aber wie?
Es führt zu weit, auf alle Artikel der Broschüre im einzelnen einzugehen. 2 Aufsätze seien besonders hervorgehoben.
Zum einen »Südafrika droht zum Mittleren Osten der 90er Jahre zu werden« von Robert McNamara. Der Autor sieht bei den Schwarzen eine »wachsende Bereitschaft zur Gewaltanwendung« und das »Interesse an radikalen Ideologien, vor allem dem Marxismus«. McNamara plädiert deshalb deutlich für die **Linie des »fortschrittlichen Kapitals«**: ein von »liberalen Führern« der südafrikanischen Wirtschaft unterstütztes wirtschaftliches Reformprogramm und die uneingeschränkte Teilnahme der Schwarzen an der politischen Macht unter gleichzeitiger Schutzgarantie (welche in welchem Umfang?) der Weißen.
Da er die Gefahr sieht, daß die Sowjetunion »direkt oder indirekt« in einen Befreiungskrieg eingreifen könnte, empfiehlt er den USA, ihre Politik »auf die Einsicht zu gründen, daß die Bewegung des schwarzen Nationalismus in Südafrika ein Kampf ist, der höchstens noch etwas aufgeschoben werden kann - um einen immens hohen Preis - aber er ist mit Sicherheit nicht auf Dauer zu verleugnen.«

Der zweite Beitrag, den ich besonders erwähnen möchte, stammt von Reinhard Hermle: »Rassismus zum Gesetz erhoben.« Hier wird das Apartheid-System und die Homeland-Politik gut dargestellt. In aufgedrängter Kürze und vorsichtig formuliert versucht der Autor zu erklären, daß der ANC zunächst »gewaltfrei, aber wirkungslos« agierte.
Als einziger Beitrag schätzt dieser Aufsatz die »Reformpolitik« Südafrikas überzeugend ein: »Insoweit die Buren mit zunehmend erfolgreicher Beteiligung am wirtschaftlichen System und an der wachsenden Kapitalkonzentration sich von einem Volk der Bauern in eine industriebürgerliche Klasse wandeln, haben sie im Einklang mit der südafrikanisch-englischen Unternehmerschaft, insbesondere der exportorientierten Großindustrie, klare wirtschaftliche Interessen herausgebildet. Die Überzeugung hat an Boden gewonnen, daß diese Interessen von bestimmten Ausprägungen des Apartheidsystems bedroht sind.«... »Die Regierung - gestützt vor allem von Kapital, weißer Mittelschicht und burischen Akademikern - gibt sich entschlossen, ihren Kurs des langsamen Wandels fortzusetzen. Sie will Apartheid so weit abbauen, wie sie die wirtschaftliche Entwicklung Südafrikas behindert. Veränderungen werden zugelassen, solange sie die weiße Vorherrschaft nicht bedrohen.«
Resumée: Misereor wollte mit seiner Informations- und Bildungsarbeit zu Südafrika nicht nur ein »Zeichen der Solidarität in der deutschen Öffentlichkeit« setzen. Es ging um mehr, denn »bei Misereor weiß man, daß sich an der Haltung zu Südafrika auch die Glaubwürdigkeit kirchlicher Entwicklungshilfe auf dem schwarzen Kontinent entscheidet.«
Das Länderheft »Südafrika« hat wenig zur Glaubwürdigkeit der deutschen katholischen Kirche beigetragen.
Ohne die Befreiungsorganisationen und die Gewerkschaften die Unterdrückten als Ansprechpartner zu nennen, bleibt die Solidarität in der vorliegenden Form unzureichend.
Wenn Solidarität, dann muß sie mit den Schwarzen geübt werden.
Ein Zeichen sollte gesetzt werden. Welches war das Zeichen? Gegen Rassismus zu sein, ist (sollte) für Christen-/menschen selbstverständlich sein. Deshalb kann nicht allein die Tatsache, daß man sich mit Südafrika beschäftigt hat, obwohl dort seit Jahrzehnten ein Apartheidsregime an der Macht ist, ein Zeichen gewesen sein. Oder gehört in unserem »freiheitlich demokratischen Grundordnungssystem« Mut dazu, Unterdrückung als solche zu benennen und gegen sie anzugehen?
Misereor hat eine Chance verpaßt: ein Zeichen zu setzen und auf die internationalen Unterstützer des Apartheidsystems, zu denen auch insbesondere bundesdeutsche Firmen, Waffenschmieden und Banken gehören, hinzuweisen, sie beim Namen zu nennen und sie dort hinzustellen, wo sie hingehören: ins moralische und politische Abseits.

rb

„Zorn und Hoffnung"

Zu einer Plakatserie des kirchlichen Hilfswerkes Misereor

Will man mit Hilfe herkömmlicher Massenmedien über die Probleme der Dritten Welt informieren, so stehen Texte und bildliche Medien zur Verfügung. Im Unterschied zu den Texten drängen sich die bildlichen Informationen dem Betrachter „mit einem Schlag" auf. Während sich der Sinnzusammenhang eines Textes erst nach und nach ergibt, zeigt sich die (vordergründige) Bedeutung eines Fotos dem Betrachter „mit einem Blick". Auf der Suggestivkraft der „Bildsprache" beruht mitunter der Erfolg der Produktwerbung.
Soll mit Plakaten über politische Zustände informiert werden, muß die Auswahl des Bildmaterials wohl überlegt sein. Denn sehr leicht können durch eine manipulative Auswahl von Fotos unterschwellig Ideologien verbreitet werden. Diesen Vorwurf mußte sich eine Plakatserie des Hilfswerkes MISEREOR aus dem Jahre 1979 gefallen lassen. Die Beschränkun auf Porträtaufnahmen (vergleiche dazu Abbildung 1), die bruchstückhafte, nur auf

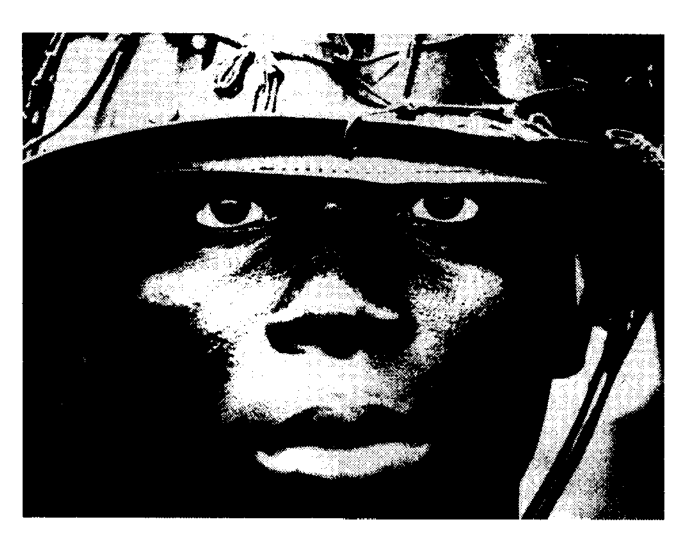


Abbildung 1: Beispiel eines Misereorplakates aus dem Jahr 1979

Emotionen ausgerichtete Darstellung der Dritten Welt, die weder historische Voraussetzungen, noch heutige Formen der Abhängigkeit aufzeigte zielte lediglich auf kurzfristig ausgerichtete Spendenbereitschaft. Wir haben in den „Blättern des iz3w" (Nr. 75) diese Plakate ausführlich besprochen und kritisch untersucht. Auch ein Buch der AGG (1) befaßt sich mit den Misereorveröffentlichungen.
In der Plakatserie, die Misereor in diesem Jahr zusammengestellt hat, geht es ausschließlich um das Thema Südafrika. Titel der Posterreihe: „Zorn und Hoffnung". Auf sechs großformatigen Plakaten, die fast ganz von den Schwarzweiß-Fotos eingenommen werden, sowie einem Plakat mit Texten und graphischen Elementen versucht Misereor, die Folgen der Apartheidspolitik Südafrikas darzustellen. Jedes Plakat ist einem der vielen Opfer der südafrikanischen Rassenpolitik gewidmet: Den Rechtlosen, Vertriebenen, Ausgeschlossenen, Unterdrückten, Benachteiligten, Getrennten. Die inhaltlichen und formalen Qualitäten der einzelnen Plakate sind recht unterschiedlich. Die anspruchsvollsten Plakate (Nr. 2 – 4) sollen im folgenden vorgestellt werden.
Das großformatige Foto des Plakates Nr. 2 zeigt eine weinende Afrikanerin, die mit zwei Kindern aus einer Barackensiedlung flieht. Im Hintergrund sieht man weitere fliehende Menschen, außerdem dürftige Behausungen aus Wellblech. Die dokumentarische Aufnahme könnte jeden Tag irgendwo in Südafrika entstanden sein; afrikanische Siedlungen werden oft von einem Tag zum anderen von Bulldozern abgerissen, damit Weiße dort wohnen können (2).
Die Bildunterschrift zu diesem Foto stellt eine lakonische Forderung: „Den Vertriebenen – eine Heimat."
Plakat Nr. 3 ist den Ausgeschlossenen gewidmet. Die Rassentrennung wird von den Plakatmachern sinnfällig verbildlicht. Ein Schwarzer sitzt am Rand einer Hochhaussiedlung. Seine Haltung ist von Müdigkeit und Resignation gekennzeichnet, er ist offensichtlich einer der Wanderarbeiter, die in zweifacher Weise isoliert leben. Getrennt von den Familien, die in den Reservaten zurückbleiben müssen, getrennt von den Wohnbezirken der Weißen.

Was der Wanderarbeiter aus der weißen Konsum- und



Abbildung 2: Misereorplakat (Serie 1983)

Arbeitswelt mitnehmen darf, liegt nehmen ihm: eine Plastiktüte mit spärlichem Inhalt.

Südafrika – das ist vor allen Dingen ein Polizeistaat. dies macht das Plakat Nr. 4 auf verblüffend einfache Weise deutlich. Ein schwarzer Gefangener, mit dem Rücken zum Betrachter gewandt, steht in einer Zelle. Der Gesichts- und Namenlose ist für die weißen Herrscher nur eine Nummer, einer von vielen. „W. H. M. 14881" steht mit schwarzer Kreide auf seiner Jacke geschrieben. Nach dem sogenannten Paßgesetz kann jeder Afrikaner, der ohne Paßbuch angetroffen wird, mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat belegt werden. Jährlich stehen twa 500.000 Afrikaner wegen „Paßvergehens" vor Gericht. Der Umgang mit den weißen Behörden regelt sich vollständig über das Paßbuch.

Die Person des Afrikaners verschwindet gewissermaßen, ist anonym, gesichtslos, eine Nummer unter Millionen. Weitere Plakate widmen sich dem Thema der Bildung und des Wahlrechts. Das letzte Plakat der Serie soll wohl den zweiten Teil des Serienmottos („Zorn und Hoffnung") verdeutlichen.





Südafrika-Plakat Nr. 3 des Hilfswerkes Misereor

Schwarze und weiße Christen nehmen gemeinsam an einem Gottesdienst teil – eine bei der derzeitigen Lage Südafrikas allzu versöhnliche Darstellung. Im Vergleich zur Aussagekraft der Plakate Nr. 2 – 4 widersprüchlich und eher halbherzig ist auch der Kommentar zu den Plakaten.
Dem Leser des Begleitprospektes wird als Leitwort das Zitat „Ich will ein Mensch sein" angeboten. Hier taucht erneut ein Stück jener Ideologie der allgemeinen Menschlichkeit und Partnerschaftlichkeit auf, die wir bei den Misereormaterialien des Jahres 1979 kritisiert haben (vergleiche 'Blätter' Nr. 75). Die Geschichtlichkeit, die Einbindung in konkret-gesellschaftliche Verhältnisse dieser „Partner aus der Dritten Welt" bleibt dabei völlig unerwähnt. Die Begleitmaterialien sprechen weiter unten allerdings von „politischen und wirtschaftlichen Benachteiligungen", denen die Farbigen dank der Rassengesetze ausgesetzt sind. Die Verbindung BRD – Südafrika, die gerade nach der Bonner „Wende" enger geknüpft wird, sowie die aggressive Rolle, die das Apartheidsregime im südlichen Afrika (Namibia, Moçambique) spielt, bleibt leider ebenfalls unerwähnt. Auffällig ist zudem das Bemühen der Textgestalter, sich ständig mit Zitaten „abzusichern". Durch diese Textbelege will sich Misereor offensichtlich unangreifbar machen. So werden Erklärungen der Vereinten Nationen, Stellungnahmen des Südafrikanischen Rates und Äußerungen des Papstes („Ihr seid alle Brüder'!") zitiert.

Gesamteinschätzung: Die oben vorgestellten Plakate (Nr. 2 – 4) sind für Ausstellungen und Unterrichtszwecke empfehlenswert. Begleittexte und weitere Bildmaterialien sollten sich Aktionsgruppen (oder Lehrer) aus zusätzlichen Quellen zusammenstellen.

Anmerkungen
1) Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG), Misereor, Zum politischen Standpunkt ort eines kirchlichen Hilfswerkes, Bonn 1980
2) Ehrhard Meueler (Hrsg.), Unterentwicklung, Reinbek 1974, Seite 102.
3) Die Misereor-Poster kosten zusammen übrigens DM 14,–

Ulrich Kieser



Unterwanderung

Die Destabilisierungsstrategie der USA

Roshan Dhunjibhoy/Karl L. Hübner (Hg.) „Unterwanderung" – Die Destabilisierungsstrategie der USA von Angola bis Nicaragua, erschienen im Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1983, 190 S.

Das Thema dieser Neuerscheinung vom Peter Hammer-Verlag ist alt. Duch Reagans Mittelamerikapolitik und die US-Invasion in Grenada bestätigt sich nur, was schon lange zum grauen Alltag in der Weltpolitik gehört: die vielfältigen Versuche der USA überall auf der Welt Entwicklungen in ihrem Interesse mit allen möglichen Mitteln ohne Rücksicht auf die Souveränität anderer Staaten zu beeinflussen.

Die Liste der Destabilisierungsmaßnahmen ist lang. Da wären z.B. Kreditblockaden, Wirtschaftssanktionen, Unterwanderungen von Parteien und Gewerkschaften durch den CIA. Terror und militärische Aktionen zu nennen. Schwerpunkt des Buches ist Lateinamerika, bevorzugtes Ziel us-amerikanischer Politik.

Bewußte Einseitigkeit und nicht Ausgewogenheit hat der Leser zu erwarten; die spannende Darstellung einer erdrückenden Beweislast gegen die US-Regierungen von verschiedenen Autor(inn)en z.T. recht emotional und engagiert geschrieben. Sieben Länderbeispiele konfrontieren den Leser mit einer ganzen Palette an Destabilisierungsversuchen.

Für Grenada z.B. ist, bzw. war, der Bericht wurde vor der Intervention geschrieben, Destabilisierung nicht nur ein Wort, sondern stand für „konkrete Dinge" wie Mord, Bomben, Brandstiftung, Lüge, Verleumdungen und Drohungen. Am Ende stand der „Big Stick". Die Beispiele Jamaika (von Tony Bogues, einem freien Journalisten aus Kingston) und Australien (von Denis Freney, aktiv in der australischen Friedensbewegung) zeigen nach Ansicht der Herausgeber, daß nicht nur radikale, kommunistische oder vermeintlich kommunistischem sondern auch sozialdemokratische Regierungen mit US-Destabilisierungsversuchen rechnen müssen, wenn ihre Reformpolitik US-Wirtschftsinteressen stören.

Ein Interview mit Carlos Rincon (persönlicher Referent von Nicaraguas Kulturminister Ernesto Cardinal), ein Bericht über Angola sowie einige etwas spekulative Überlegungen zum Einsatz chemischer und biologischer Waffen gegen Kuba machen deutlich, daß die USA vor keinem Mittel zurückschreckt, um ihre Herrschaftsanprüche in der Welt durchzusetzen.

Wer die amerikanische Politik der 80er Jahre besser verstehen will, dem sei – man kann den Herausgebern nur recht geben – die Lektüre dieses Buches bestens zu empfehlen.

W G

Sozialarbeit in Lateinamerika

Solidarisieren – nicht integrieren

Heinz Schulze:
Sozialarbeit in Lateinamerika
Solidarisieren – nicht integrieren
269 Seiten, 18,00 DM, AG-SPAK/München 1983

„Aus dem Notizbuch: Im deutschen Club von Rio Grande des Sur (Brasilien) wurde ein großes Fressen veranstaltet. Sieger wurde, wer in einer bestimmten Zeit das meiste Fleisch verzehren konnte. Der Erlös kam einem Projekt zugute, das in Elendsvierteln Kampagnen gegen Unterernährung durchführte." (S. 9) So fatal und widersprüchlich wird nach wie vor Sozialarbeit in Lateinamerika verstanden und praktiziert. Diese Auswüchse der herkömmlichen Sozialarbeit, so wie sie in der westlichen Welt verstanden wird, richten sich gegen die Interessen der unterprivilegierten Bevölkerung in Lateinamerika. Blind übertragen und auf die Integration kapitalistischer Gesellschaftsstrukturen fixiert, operiert sie im karitativen Mäntelchen. Wer die Geschichte Lateinamerikas kennt, weiß, daß Armut und Unterentwicklung nicht die persönliche Schuld der Armen der Dritten Welt ist. Die Unterdrückung ist ein Tribut der superreichen kapitalistischen Welt.

Gegen die Unterdrückung richten sich die Ansätze befreiender Praxis der Sozialarbeit in Lateinamerika.

Dieses Buch stellt die wichtigsten neuen Ansätze zur Sozialarbeit vor. Der Weg von der Fremd- zur Selbstbestimmung wird nicht nur theoretisch erörtert, sondern anhand konkreter und praktischer Beispiele aus Chile, Peru und Nicaragua. Die Methoden befreiender Sozialarbeit werden als ein politischer Prozess beschrieben. Im Kern der Auseinandersetzung steht die Solidarität der Sozialarbeiter und der Entwicklungshelfer, unabhängig davon, ob sie aus Lateinamerika oder aus dem Ausland kommen.

Die praktische Arbeit und die theoretische Konzeption der 'neuen Ansätze' sind am Beispiel verschiedener Bereiche dargestellt: Elndsviertelarbeit, Gruppentherapie mit Alkoholikern, Basiskommunikation, Volkserziehung.

Neben den Ansätzen zur befreienden Praxis der Sozialarbeit gibt das Buch einen Grundriß über die Entwicklung der Sozialarbeit seit 1500 bis 1980 wider. Die herkömmlichen Methoden der Sozialarbeit (der technokratische Ansatz, der Fotschrittsansatz, der modernistische Ansatz und die Gemeinwesenarbeit) werden gegenübergestellt und helfen, die komplexen Probleme der aktuellen Situation einzuschätzen.

Außerdem wird anhand von deutschen und amerikanischen Stiftungen und Projekten, der Einfluß des Auslandes auf die Sozialarbeit in Lateinamerika beschrieben. Die Einflüsse der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Kirche werden neben amerikanischen Organisationen, wie dem Peace-Korps, der Allianz für den Fort-

schritt oder dem Konzept der Weltbank, ausführlich und kritisch dargestellt. Darüber hinaus wird die Kehrseite von bekannten Projekten aufgerollt: z.B. die Vermittlung von Patenschaften für Kinder der Dritten Welt vom Kinderhilfswerk und vom Patenschaftsmulti World-Vision.
Dieses Buch ist eine sehr ausführliche Darstellung der Sozialarbeit Lateinamerikas in deutscher Sprache. Eine Dokumentation, die die politischen und gesellschaftlichen Interessen durchsichtig macht und die neuen Ansätze befreiender Praxis der Sozialarbeit in Lateinamerika, theoretisch und praktisch, zur Diskussion stellt. Zu empfehlen für alle Interessierten im Bereich der Sozialarbeit, der Sozialpädagogik, der Erwachsenenbildung und für Dritte-Welt-Gruppen.

Boris Terpine

Im Herzen der Bestie

Bremer Arbeitsgemeinschaft gegen militärisch-nukleare Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika (Hrsg.); Im Herzen der Bestie – Aktionshandbuch –
Hamburg 1983, 160 Seiten, Preis: 7,50 DM

Rüstüngs- und Atomgeschäfte gehören in der Bundesrepublik Deutschland zu den best gehütetsten Geheimnissen. Alle Bundesregierungen haben sich bisher geweigert, gegenüber der Bevölkerung und den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, genaue Angaben über Umfang und Empfänger bundesdeutscher Rüstungsexporte zu veröffentlichen.
Wie nun die berühmten „Männer und Frauen auf der Straße" – oder noch besser im Hafen – sich dennoch Informationen über das bundesdeutsche Geschäft mit dem Tod anderer Leute in meist fernen Ländern beschaffen können, steht in einem neuen Buch. Sein Titel „Im Herzen der Bestie" ist abgeleitet aus einem Zitat Che Guevaras, der 1964 vor US-amerikanischen Studenten erklärte, sie lebten inmitten der Bestie...
So schwierig wie der Name der Autorengruppe ist ihr Buch – den Autoren sei Dank – nicht zu lesen.
Trotz des todernsten Hintergrunds ist es aufgelockert mit manch witziger Karrikatur, zahlreichen Fotos vom „Tatort Hafen.. und mit Dokumenten – von der Einstellungsverfügung einer Strafanzeige wegen „Vergehens gegen das Außenwirtschaftsgesetz" bis hin zu einer Vernehmungsniederschrift der Zollfahndung in Bremen.
Fremdwörter oder Fachbegriffe werden bewußt aufgegriffen und erläutert.
Die oft kompliziert erscheinende Gesetzeslage wird juristisch treffend – aber allgemein verständlich an praktischen Beispielen erklärt.
Die Autoren berichten aus der Praxis. Seit einigen Jahren recherchieren sie in ihrer Region in Sachen Rüstungs- und Atomexporte. Auf ihr Konto gehen u.a. die Aufdeckung der Exporte von Minenkampfbooten für Südafrika ebenso wie die massenhafte Ausfuhr von Panzertransporten samt Aufliegern in den Irak.
Detailiert wird in diesem Handbuch beschrieben, wie „ganz normale Menschen" mit offenen Augen bei Spaziergängen in Übersee- oder Binnenhäfen oder auch auf Bahnhöfen, sowie durch aufmerksames Studium allgemein-zugänglicher Militärzeitschriften, konkrete Einzelheiten über geplante bzw. schon stattfindende Exporte von Waffen- Rüstungs- und Nuklearen Lieferungen herausfinden kann. Ebenso eingehend schildert das Handbuch den Umgang mit diesen Informationen, ihre Verwertung und mögliche ergänzende Recherchen durch Gespräche mit Firmenvertretern, Arbeitern, Politikern und Journalisten.
Damit auch die Mitmenschen etwas vom vertraulichen Geschäft mit der Rüstung erfahren, wurden Straßentheater eingeübt, Dia-Reihen erarbeitet und Presseerklärungen verfaßt.
Da sie bei ihren Aktionen die Erfahrung gemacht hatten, daß auch – sogar noch Wochen später – die bürgerliche Presse sich auf die Bremer Presseerklärung bezog, nahm die Bremer Autorengruppe konkrete Handreichungen zur Pressearbeit und zum Umgang mit den Politikern in das Aktionshandbuch auf.

Handreichungen zur Pressearbeit

Darüber hinaus enthält das Buch einen umfangreichen Literaturteil (über Rüstungszeitschriften), private und öffentliche Bibliotheken und Archive zum Rüstungs- und Atomgeschäft sowie zum Uranhandel, eine Auflistung der wichtigsten Rüstungsbetriebe sowie ein, nach Postleitzahlen geordnetes, Adressenverzeichnis von Organisationen und Einzelpersonen, die sich mit den angesprochenen Themen befassen.
Auf 160 Seiten ist alles erfaßt, was jemnd wissen muß, der etwas gegen das Rüstungsgeschäft unternehmen will.

Der Preis: 7,50 DM – für Aktionsgruppen ab 10 Exemplare 5,– DM plus Porto.
Erhältlich bei den Autoren: Thorsten Maas, Schildstr. 1, 2800 Bremen oder Hanns-Ulrich Barde, Weberstr. 13, 2800 Bremen

Helmut Lorscheid



TAGUNGSHINWEISE

„Peru-Seminar", 27. – 29. Januar 1984, Essen, Information und Anmeldung bei ESG Essen, Universitätsstraße 19, 4300 Essen 1

„Wie wurden wir zu Migranten?", Soziale und ökonomische Hintergründe der Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland, 13. – 15. 1. 1984, Arnoldshain
„Korea-Politische Entwicklung und Kultur", 20. – 22. 1. 1984, Mauloff
„Lernfeld Studienreise: Der Versuch eine fremde Kultur kennenzulernen", 24. – 26.2.1984, Mauloff
„Menschenrechte im sozialen und ethnischen Konflikt" Das Beispiel Philippinen, 23. – 25. 3. 1984, Schönberg
„Angola – 10 Jahre nach der Befreiung", 6. – 8. 4. 1984, Arnoldshain
Fernsehworkshop „Entwicklunspolitik", 28./29.5. 84 Frankfurt
Information und Anmeldung für alle Tagungen: Evangelische Akademie 6384 Schmitten 1 – Arnoldshain

NEUERSCHEINUNGEN

CAJ (Hrsg.); Umrüstung – Ein Material- und Aktionsheft
Über Rüstungsproduktion und Export in der BRD; Umrüstung; Kirchliche Stellungnahmen zur Umrüstung; Beispiele für Arbeitsverweigerung und ein Aktionsteil
146 Seiten, 7,– DM (ab 10 Ex. 6,– DM) 1983
Bezugsadresse: Christliche Arbeiterjugend, Okenstr. 15, 7800 Freiburg, Telefon 0761/57024

Forum f. International Friedensarbeit e.V. (Hrsg.); Zehn Jahre danach Dokumente zur Diskussion von Clarita Müller Plantenberg, Fernando Mires, Jorge Rojas
60 Seiten, 5,50 DM Sept. 1983
Bezugsadresse: Forum f. Int. Friedensarbeit, Stoppenbergerstr. 13-15, 4300 Essen

Christoph Straub, Hans-Dieter Wacker; Aktion Kritischer Konsum '83
Aktionsanleitung, 20 Seiten, Oktober 1983
Bezugsadresse: Chr. Straub, Fritz-Erler-Str. 11, 7500 Karlsruhe

Enrique Bostelmann; America – Bilder einer via misera
Fotographien vom Rand einer lateinamerikanischen Kultur
160 Seiten, 150 Abb., 39,90 DM, 1983
Das Arsenal, Verlag, Tegeler Weg 5, 1000 Berlin 10

Dinanath Pathy (gemalt); Barbara u. Eberhard Fischer (erzählt); Gita und ihr Dorf in Indien
Jugenddienst Verlag Wuppertal, 1983
30 Seiten, 18,80 DM

Michael Franke: „... und alles, weil wir arm sind."
Produktions- und Lebensverhältnisse in westafrikanischen Dörfern,
146 Seiten, 23,– DM, 1983
Verlag Breitenbach Publishers Saarbrücken; Bezug: Dritte Welt Haus, August-Bebel Str. 62, 4800 Bielefeld

Rüdiger Bech, Renate Faust; Die sogenannten Gastarbeiter
Ausländische Beschäftigte in der BRD
Frankfurt a. M. 1981, 227 Seiten, 10,80 DM
Verlag Marxistischer Blätter

Rolf D. Haug/Herbert Küster (Hrsg.): Wie sicher ist ein Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland
180 Seiten, 1983, 9,80 DM, Express Edition, Berlin

Al Imfeld: Zucker
205 Seiten, Oktober 1983, Unionsverlag Zürich

Anti-Apartheid-Bewegung (Hrsg.): Der Fall Magdi Gohary – Wie bayerische Behörden einen Demokraten loswerden wollen
95 Seiten, 3,– DM, Bonn 1983

Hans Lebrecht: Die Palästinenser – Die Geschichte und Gegenwart
272 Seiten, 17,80 DM, 1982
Verlag Marxistischer Blätter, Frankfurt/Main

Michael Ehrke (Hrsg.): Lateinamerika – Analysen und Berichte 7
Fortschritt der Destruktivkräfte – Ökologische Krise und Gegenwehr, 283 Seiten, 34,80 DM, Oktober 1983
Junius Verlag, Hamburg

Jacques Rossel: Teilen in der ökumenischen Gemeinschaft, texte 32,
27 Seiten, 3,80 DM, 1983,
Verlag Otto Lembeck, Frankfurt a. M.

Ruth Leger Sivard (Hrsg.): Militärpolitik –Dokumentation
Entwicklung der Militär- und Sozialausgaben in 140 Ländern der Erde – Extra 4, 44 Seite, 6,80 DM, 1983
Haag & Herchen Verlag, Frankfurt

Omar Cabezas: Die Erde dreht sich zärtlich, Companera,
Autobiographischer Bericht aus Nicaragua, 222 Seiten, 16,80 DM, 1983
Peter Hammer Verlag, Wuppertal

Behrendt/Möller/Walter: Waffenexport – Das Geschäft mit der Aufrüstung der Dritten Welt
Loseblattsammlung: Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit Nr. 15/16 64 Seiten Preis: 12,– DM
Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung e.V.
Bezug: GEB c/o Neven-du Mont/Geisler
Sandstraße 15, 7800 Freiburg

Teófilo Cabestrero (Hrsg.): Priester für Frieden und Entwicklung
Ernesto Cardenal, Miguel d'Escoto, Fernando Cardenal
98 Seiten, 8,80 DM, 1983
Peter Hammer Verlag, Wuppertal

Dokumentation zur Auslieferungspraxis der Bundesrepublik an die Türkei
September 1983, Bezugsadresse: Regina Tritsch, c/o Asylgruppe Münster, Rothenburg 35, 4400 Münster

Ausländer – Sündenböcke werden gemacht; Heft 9 Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich
168 Seiten, 12,– DM, 1983
Verlag 2000, Offenbach

Informationsdienst 3. Welt /Schweiz. Journalisten Union (Hrsg.): Paternalismus statt Dialog
Bezug: Informationsdienst 3. Welt, 5,– Sfr, 46 Seiten
Postfach 1686, CH-3001 Bern

Die neue indische Bibliothek, oder: Versuch, mit Wissenschaft Lesevergnügen zu bereiten

Der Ochsenkarren
Hindilyrik der siebziger und achtziger Jahre, zusammengestellt von Vishnu Khare und Lothar Lutze
123 Seiten, DM 16,– Freiburg/Br. 1983

Pfauentanz
Dorfgeschichten aus Bihar. Aus dem Hindi von Hedy Sadoc und Lothar Lutze
78 Seiten, DM 16,–, Freiburg/Br. 1983,

Bezugsadresse: Verlag Wolf Mersch, Turnseestraße 15, 7800 Freiburg/Br.



Ich kündige mein Abo mit folgender Begründung:
Ich selbst bin seit Jahren im Internationalistischen Bereich tätig.
Die reine Informationsarbeit des iz3w ist für mich daher nur zweitrangig. Entscheidend ist die Diskussion um Inhalt und Form unserer Arbeit in der BRD, entscheidend ist der Dritte Welt – BRD – Kapital – USA – etc. –Zusammenhang und die Frage: wie vermitteln wir unsere Inhalte, wie schaffen wir Bewußtsein, begründen wir internationale Solidarität moralisch, politisch, oder wie?
In der Diskussion habt ihr zu wenig zu bieten!!!
Wo steht ihr eigentlich politisch (nicht links, blabla...).
Wo sind Eure Widersprüche und Ansätze?
Diskutiert das in der Gruppe und bringt das auf's Papier – jeden Monat neu! Lorenz

Betrifft: Sowjetunion und Dritte Welt, blätter des iz3w, Nr. 110, Juni 1983

Nach jahrelangem Abo der „blätter des iz3w" habe ich mich endlich mal aufgerafft, Euch einen Leserbrief zu schreiben. Anlaß dazu war zum einen Eure Aufforderung zum Schreiben, zum anderen die Diskussion um die Rolle der Sowjetunion in der Dritten Welt. Ich teile Eure (?) Analyse, daß ein Grund der Schwäche der Solidaritätsbewegung / Dritte Welt-Bewegung darin besteht, daß das Thema „Sowjetunion" lange, zu lange aus der Diskussion verbannt war. Es sollte wirklich begonnen (bzw. fortgeführt) werden, die Analyse der gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse in der SU voranzutreiben, um wirklich fundierte – d.h. auch die Diskussion mit „Realsozialisten" bestehende – Argumente für diese oder jene Verhaltensweise der SU, besonders deren Außenpolitik an die Hand zu bekommen. Warum sollte man da auch nicht einmal Personen zu Wort kommen lassen, die konkrete Erfahrungen mit der Politik der SU gemacht haben, z.B. sogenannte Dissidenten (wenn sie fundierte Kritik haben) oder betroffene Menschen, Politiker aus Ländern der Dritten Welt. es sollte dabei von Euch eine „gesunde" Mischung aus Beschreibung und Analyse (auch der sozioökonomischen u.ä. Bedingungen) der Außenpolitik, Militärpolitik angestrebt werden. Warum nicht eine Zeitlang kontinuierliche Berichte und Analysen zu dem Thema? Meine Zustimmung habt Ihr. Weiterhin würde ich mir mehr aktuelle Interviews mit Vertretern von fortschrittlichen Regierungen, Befreiungsbewegungen u.ä. wünschen (wenn sie schon in der BRD sind, z.B. Borge nach dem Wehrpflichtgesetz!) Den Schwerpunkt der „Länderberichte" solltet Ihr natürlich beibehalten, aber da vielleicht etwas mehr über Mittelamerika v.a. Nicaragua bringen. Sicherlich gibt es unzählige Publikationen zu dem Thema, aber ich will mir ja nicht ein halbes Dutzend Zeitungen kaufen bzw. abonnieren (schon gar nicht bei dem „Spar"-Bafög)! Ein weiterer Vorschlag meinerseits ist, mehr ökonomische Themen aufzugreifen.
Ihr könnt ja Leute, die Ahnung von der Materie haben, um Artikel bitten (z.B. Altvater, Schubert zur Verschuldungskrise). Damit seid Ihr zeitlich etwas entlastet und der Inhalt der „blätter" wird vielfältiger (und vielleicht noch fundierter). So, das wären meine Vorstellungen und Vorschläge.
Bleibt an der SU dran! Michael, Stuttgart

Betrifft: blätter Nr. 113 Leserbrief von Werner Rätz – Diskussion um Friedensbewegung Sowjetunion und Dritte Welt

Um es vorweg zu sagen, ich begrüße die inhaltliche Diskussion um Friedensbewegung, Sowjetunion undDritte Welt, haben doch gerade durch den Beginn der Stationierung die Diskussionen um den Weg der Friedensbewegung zugenommen. Werner Rätz hat recht, wenn er schreibt „Die Friedensbewegung muß sich gegen die Kriegstreiber richten..." Und er hat auch recht, wenn er sagt „Es ist unsere Aufgabe, die imperialistische Bedrohung der 'Dritten Welt' ganz konkret zu benennen und zu bekämpfen". Aber hat er wirklich recht, wenn er das System der UdSSR als „realen Sozialismus" darstellt und die „ausgesprochen positive Rolle" des „realsozialistischen Lagers" in Mittelamerika und im Nahen Osten hervorhebt? Der Leserbrief von Sigi aus Mannheim geht z.T. darauf ein. Aber welche Rolle spielt die UdSSR wirklich in Grenada und im Libanon? Beim Studium der „UZ", Zeitung der DKP ist mir aufgefallen, daß die Berichterstattung der „UZ" die Ereignisse im Libanon fast vollständig ignoriert, die US-Invasion in Grenada aber benutzt, um ihre Invasion in Afghanistan noch einmal zu rechtfertigen. (Nachzulesen in der Wochenend-UZ vom 4.11.1983). Während also die Ereignisse in Grenada genutzt werden, die UdSSR als „Schutzmacht" unterdrückter Völker herauszustellen, unterläßt es die DKP, überhaupt auf die Rolle der UdSSR im Nahen Osten einzugehen. Die Erklärung dafür ist einfacher als man zunächst denkt, wenn man berücksichtigt, daß z.Zt. sowjetische SAM-Raketen in den Bergen an den Grenzen Libanons stationiert werden und Drusen-Milizen und PLO-„Rebellen" mit syrischer und sowjetischer Hilfe im Libanon in die Offensive gegangen sind, nachdem die PLO-Führung unter Arafat immer deutlicher zu erkennen gab, sich mit den Zionisten auf einen faulen Kompromiß einigen zu wollen. Hier wie in Grenada geht es um die besten Ausgangsbedingungen in der Vorbereitung des atomaren 3. Weltkrieges. Oder ist es Ausdruck einer Politik des proletarischen Internationalismus, wenn die UdSSR mit einem vorbeugenden Erstschlag gegen die neuen US-Raketen droht?
Für die Friedensbewegung wie für die Befreiungsbewegungen ist es deshalb von entscheidender Bedeutung, gegen *alle* Kriegstreiber Front zu machen, die die Sowjetunion als Schutzmacht proklamiert. Und das bedeutet Unterordnung unter eine Politik, bei der mit „Abrüstungs"verhandlungen von der tatsächlichen Kriegsvorbereitung abgelenkt wird. Dem entspricht in der Friedensbewegung das Anbiedern an die SPD-Führung So steht die Friedensbewegung heute in der Tat am Scheideweg wie das die ROTE FAHNE der MLPD herausgestellt hat: Entweder gelingt es, den Weg des aktiven Widerstandes zu beschreiten, was bedeutet, daß es vor allem in Betrieben zur Organisierung dieses Widerstandes kommen muß, oder die Friedensbewegung wird sich unter die Fittiche der SPD-Führung begeben und damit wirkungslos werden.

Mit solidarischen Grüßen, Matthias, Rendsburg

Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag



Im folgenden drucken wir Auszüge einer Rede des MdB Schwenninger (Die Grünen) ab, die er während der Stationierungsdebatte am 21.11.1983 im Deutschen Bundestag hielt. Nicht weil wir für die Grünen Partei ergreifen oder sie einfach unterstützen wollen, dokumentieren wir diesen Beitrag, sondern weil in dieser Rede der Zusammenhang von deutscher Rüstungsproduktion bzw. Rüstungsexporten mit der Armut und Unterentwicklung in der Dritten Welt deutlich gemacht wird - in einer Klarheit wie dies im Deutschen Bundestag wohl noch nie geschehen ist.

Besonders wichtig ist uns aber auch die Dokumentation der Zwischenrufe der Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU. Sie verdeutlichen besser als lange Analysen, welche grundsätzlich verschiedenen Welten zwischen den Rüstungsbefürwortenden Herrschenden in der BRD und der Friedens- bzw. Internationalismusbewegung existieren. Sie offenbaren den zynischen Umgang dieser Politiker mit den Resultaten ihrer eigenen Politik: den Hungertoten in der Dritten Welt und den Folgen eines möglichen Atombombenabwurfs.
Die Zwischenrufe sind aus unserer Sicht sachlich falsch und dumm; aber es ist die Sprache der Herrschenden, der Ausdruck einer Arroganz der Macht, die menschenverachtend ist und einen leichtfertigen Umgang mit ernsthaften Problemen unseres Alltags veranschaulicht.

Schwenninger (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde der Dritten Welt! Gestatten Sie mir anfangs eine Bemerkung, die nicht unbedingt zum Thema gehört. Mir fällt auf, daß die Männerparteien zur späten, fernsehlosen Stunde die Frauen ins Rennen schicken. Das fällt auf.

(Oh-Rufe bei der CDU/CSU — Feilcke [CDU/CSU]: Deswegen tragen Sie die Haare offen?! — Anhaltende Zurufe) . . .

Schwenninger (GRÜNE): Am Tag der internationalen Solidarität innerhalb der Herbstaktionswoche zog eine Gruppe von jungen Leuten vor die Bonner Niederlassung der Rüstungsfirma Heckler & Koch — einige Hundert Meter von diesem Hohen Haus entfernt —, um vor dem mit Polizeikräften stark gesicherten Hause symbolische Erschießungen von Menschen in der **Dritten Welt** durchzuführen. Ein makabrer Scherz? Keineswegs. Diese Dritte-Welt-Gruppen, die vor der Rüstungsfirma Heckler & Koch gegen den weltweiten Export des G-3-Gewehres demonstriert haben, drücken auch heute ihren Widerstand gegen die Raketenstationierung aus; denn in der Dritten Welt fallen die Bomben schon heute, wird der Krieg jedes Jahr allein mit 40 Millionen Hungertoten bezahlt.

(Feilcke [CDU/CSU]: Ohne Atombomben!)

Die Friedensbewegung hat den direkten Zusammenhang zwischen der weiteren Aufrüstung durch die Raketenstationierung und der wachsenden Kriegsgefahr der Bevölkerung vor Augen geführt. Die Solidaritätsgruppen haben den **Zusammenhang zwischen Aufrüstung und dem Hunger in der Dritten Welt** klargemacht. Heute drücken beide, Friedens- und Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung, ihren Widerstand gegen die Stationierung neuer Atomraketen und gegen die bundesdeutschen Rüstungsexporte aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie sieht es nun mit den **Rüstungsexporten in die Dritte Welt** aus? Alle bisherigen Bundesregierungen stellen die Bundesrepublik als ein besonders friedfertiges Land dar, das sich zu einer restriktiven Rüstungsexportpolitik bekennt. So wird in dem Verteidigungsweißbuch aus dem Jahre 1979 geschrieben — Zitat —: . . .

Aber nach Berechnungen der Rüstungskontrollbehörde der US-Regierung ACDA ist die Bundesrepublik der viertgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Rund 80 % der deutschen Rüstungsexporte gehen in Länder der Dritten Welt. Mit mehr als 70 Entwicklungsländern hatte die Bundesrepublik Ende der 70er Jahre rüstungswirtschaftliche Beziehungen.

(Feilcke [CDU/CSU]: Herr Schwenninger, Sie wissen, daß das nicht stimmt! Sie sagen vorsätzlich die Unwahrheit!)

So werden ganz legal mit Genehmigung der Bundesregierung z. B. folgende Waffen geliefert — hören Sie zu —: Leopard-Panzer an die Türkei, U-Boote an Chile, Indonesien, Indien und Peru,

(Feilcke [CDU/CSU]: Die Bundesrepublik ist mit 3 % am Rüstungsexport beteiligt!)

Fregatten an Argentinien, Minenkampfboote an Südafrika

(Eigen [CDU/CSU]: Lächeln Sie mal!)

— kann ich, obwohl mir das Lächeln vergeht, wenn ich mir das Apartheidsregime in Südafrika vor Augen halte —, sensitive Atomtechnologie nach Südafrika, Brasilien, Argentinien und Pakistan,

(Zurufe von der CDU/CSU)

Militärfahrzeuge in den Irak und ebenfalls nach dem rassistischen Südafrika, Alpha-Jets nach Ägypten, Marokko und Nigeria, Bo-105-Hubschrauber in den Sudan, nach Brunei und Peru, Transall-Flugzeuge nach Indonesien und Tunesien. . . .

Schwenninger (GRÜNE): Die eingangs erwähnte Firma Heckler & Koch produziert das Schnellfeuergewehr G-3 in vielen Ländern der Dritten Welt in Lizenz. Es wurde und wird in über 40 Kriegen, Bürgerkriegen oder bei der Unterdrückung der Bevölkerung eingesetzt,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wollen Sie Kalaschnikows verkaufen?)

so wie jetzt z. B. im Golf-Krieg oder in der Provinz Ayacucho in **Peru** im Kampf gegen den Sendero Luminoso. Die Bundesregierung scheut sich also nicht, Waffen an menschenverachtende Regime zu liefern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ebenso kann nicht von einer restriktiven Rüstungsexportpolitik gesprochen werden; denn kein Land hat in den 70er Jahren seine Rüstungsexporte mehr gesteigert als die Bundesrepublik. Das Anpreisen deutscher Waffen in aller Welt — ich nenne hier nur **Saudi-Arabien** durch Bundeskanzler Kohl, unterstützt durch seinen Koalitionspartner, wird diese Tendenz noch verstärken. Deutsche Panzermotoren sollen neuerdings auch nach **Südkorea** geliefert werden, wenn ich die „Zeit" richtig gelesen habe.

(Feilcke [CDU/CSU]: Sind Sie nun für oder gegen den NATO-Doppelbeschluß?)

Von Beschränkungen bei Waffengeschäften kann also keine Rede sein. ...

Wo werden in der Türkei, in Argentinien, in Südafrika, in Chile, in Peru oder in Südkorea die **Menschenrechte** geachtet? (Beifall bei den GRÜNEN)

Und in diesem Zusammenhang will ich auf die Äußerungen von Herrn Kohl von heute morgen eingehen, als er den Hunger in der Dritten Welt angesichts des Rüstungswettlaufs beklagte: Wenn dies wirklich ein Anliegen wäre — und ich bezweifle dies —, dann müßte Herr Kohl auch politisch anders handeln. (Beifall bei den GRÜNEN) ...

Die GRÜNEN klagen diese Unterstützung von Menschrechtsverletzungen an und wenden sich entschieden gegen diese Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Waffenexporte an unterdrückerische Regime in der Dritten Welt

(Dr. Marx [CDU/CSU]: „unterdrückerisch", neues Wort!)

mißachten die Menschrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Rüstungsexporte dienen nicht der Entwicklung der Dritten Welt. Im Gegenteil, sie verschärfen die Konflikte, verschlingen wertvolle Ressourcen und schaffen neue Abhängigkeiten von den Industrieländern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rüstungsexporte lösen die Probleme der Länder der Dritten Welt nicht; vielmehr steigt ihre Verschuldung, die inneren Spannungen verschärfen sich, und Kriege und Bürgerkriege werden wahrscheinlicher. Und vor allem: **Rüstung tötet.** Rüstung tötet nicht nur im Krieg, sondern auch im Frieden; denn durch Aufrüstung werden die Ursachen von Hunger, Krankheit und Fehlentwicklung nicht beseitigt.

(Eigen [CDU/CSU]: Welches Land liefert mehr Militärgüter als Wirtschaftsgüter?)

... **Peru** ... Unter anderem wurden dorthin bisher sechs U-Boote verkauft, Militärfahrzeuge en masse, Hubschrauber und das vorhin erwähnte G-3-Gewehr geliefert. Milliardenkosten!

Wie sieht die Kehrseite dieser Waffenkäufe für die peruanische Bevölkerung aus? Da der Staat die Provinzen vernachlässigt, strömen immer noch täglich Tausende in die Randsiedlungen von Lima.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Alles die Folgen des NATO-Doppelbeschlusses?)

In den Slums wird die Situation immer schlimmer. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 80%. Die Hälfte der Kinder stirbt im Alter von bis zu fünf Jahren.

(Werner (CDU/CSU): So monokausal ist die Welt!)

Die hygienischen Bedingungen sind katastrophal. Kinder wühlen in den Abfallhaufen nach Eßbarem.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Alles wegen der Pershing II?)

— Aber sicher —. Arbeiter holen unter menschenunwürdigen Bedingungen die Metalle aus den Bergwerken, die anschließend zu Schleuderpreisen in die Industrieländer exportiert werden. Campesinos hungern, während auf den besten Böden Baumwolle für den Export produziert wird. Die von den Arbeitern und Campesinos erwirtschafteten Devisen werden in die für die Entwicklung des Landes sinnlosen und teuren Rüstungskäufe gesteckt.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wie würde eine am Frieden orientierte Politik aussehen? Die ausländischen Rüstungslieferungen müßten gestoppt und die entsprechenden Gelder für den Kampf gegen den Hunger eingesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN — Jäger [Wangen] [CDU/CSU]: Kommen Sie zur Sache! Was hat das mit dem Doppelbeschluß zu tun?)

Der innere Frieden in Peru und in den anderen Ländern der Dritten Welt wäre eher hergestellt, wenn unsere Rüstungsexporte ein Ende hätten. Dieser Gesichtspunkt muß mit eingebracht werden, wenn wir am heutigen Tag gegen die Raketen in unserem Lande zu Felde ziehen. **Kein Frieden ohne die Dritte Welt!** Rüstung tötet auch ohne Krieg!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesen Zusammenhang haben die vielen Dritte-Welt-Gruppen in unserem Land erkannt. Wir wollen sie hiermit auffordern, noch konsequenter und noch deutlicher Rüstungsexporte in die Dritte Welt anzuklagen und zu bekämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch in den Gewerkschaften wird die Diskussion über die Rüstungskonversion vorangetrieben. Wir sehen hier schon ganz hoffnungsvolle Zeichen.

(Feilcke [CDU/CSU]: Kann man das zu Protokoll geben?)

Schwenninger

Die Kirchen erheben immer mehr ihre mahnende Stimme. Ich erwähne nur die Erklärung von Vancouver.

Zum Schluß möchte ich den Bischof Calderón von Puno in Peru, dem derzeitigen Dürrekatastrophengebiet, zu Wort kommen lassen. In seinem Brief an uns nimmt er gegen die Aufstellung der Raketen Stellung und bringt diese in Zusammenhang mit der Hungersnot in seiner Diözese, in der es zwei Jahre lang nicht geregnet hat und der die Regierung von Lima nicht hilft:

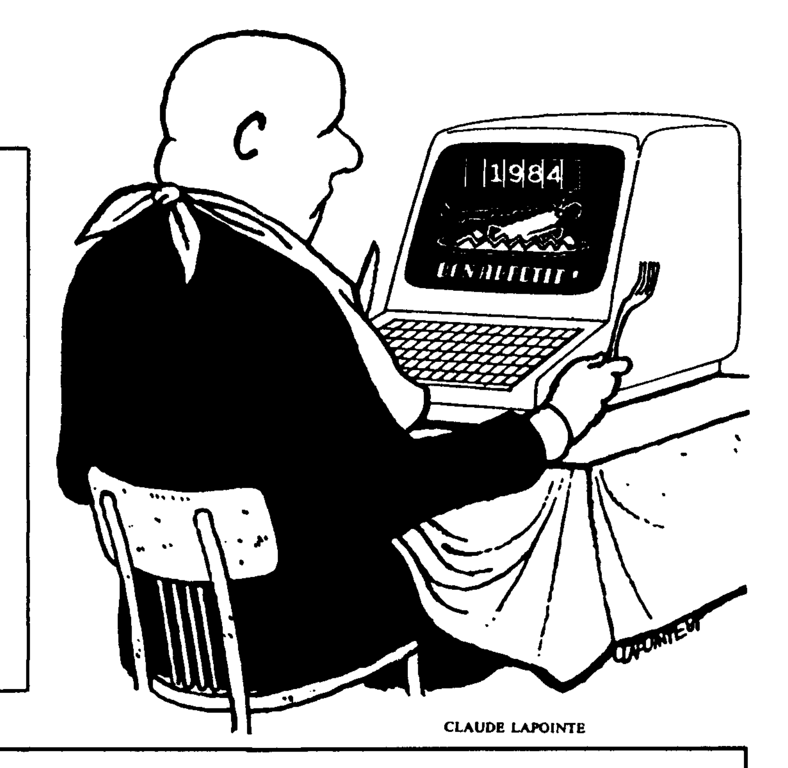
> Ihr, wie viele Bürger der entwickelten Länder, übersatt an Gütern des Lebens, seid damit auf der Suche nach dem Tod. Wir dagegen sind ausgehend von unserem Glauben auf der Suche nach dem Leben, wir, die nichts haben als Not und Elend. Wir wollen das Leben verteidigen gegen den Krieg, gegen die Ungerechtigkeit, den Egoismus, die Aufrüstung. Wie eure Bewegung fordern wir Brot statt Waffen, Freiheit statt Terror, Frieden statt Gewalt, Leben statt Tod.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

„DRITTE-WELT"-LIEDERBUCH

Hg.: Aktion Selbstbesteuerung
Über zwei Jahre lang wurden Lieder aus der „Dritten Welt" und Lieder, die in der BRD entstanden sind (und die von Hunger, Ausbeutung und Entwicklung reden), gesammelt.
Das Ergebnis ist ein Liederbuch, in dem auf 180 Seiten fast 100 Lieder zusammengestellt worden sind. Viele Bilder und Karikaturen ergänzen die Aussagen der Lieder.
Preis: 12,– DM (zzg. 2,– Porto); **Staffelpreise** und ab 10 Ex. 30 % Rabatt.
Bestellungen an: Andreas Schüßler, Katzbachstr. 2, 4800 Bielefeld 17, (Kto. Nr. 2485 77-469, PSA Dtmd.)



CLAUDE LAPOINTE

ZEITSCHRIFTENÜBERSICHT

Lateinamerika Anders Nr. 22/23 Oktober 1983;
Multie – Macht oder Mythos? – MNK in Lateinamerika – Technologietransfer – Multis in der Landwirtschaft – Multis im Pharmahandel – Chile: Für einen eigenständigen Weg zum Sozialismus – Kolbumbien: Belisarios Friede und die Todesschwadronen
Einzelheft: 6,– DM
Bezug: IGLA, Postfach 697, A-1061 Wien

ded-Deutscher Entwicklungsdienst Nr. 3/83
Schwerpunktthema: Ländliche Entwicklung, Interview mit Bauern der ecuadorianischen Bauerngewerkschaft – über die Arbeit einer bolivianischen basisdemokratischen Organisation – das Elend der Modernisierung oder die Modernisierung des Elends – ländliche Gebiete und ihre Kolonisierung in der Bundesrepublik – Terminkalender – Adressen
Bezug: ded, Deutscher Entwicklungsdienst, Kladower Damm 299, 1000 Berlin 22

epd-Entwicklungspolitik Nr. 23/83
Information: FAO/EKD-Ökumene/Seerecht/Nestle – Waffenexporte – Pharmaexporte – Verschuldungskrise – Analyse: Polarisierung im Bundestag (K. Melchers) – Nicaragua als Bösewicht (H. Sinram) – Grenadas Fall (R. Epp) – Grenada: Desinformation und Invasion
Dokumentation: Königsteiner Manifest – Grenada – Behind the War Machine – Glitzernder Ausverkauf der süßen Ware Mensch
Einzel–/Doppelnummer: 3,–/4,50 DM, Jahresabo: 52,20 DM
Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/Main

FORUM, Nr. 73/14, November 1983
Grüne und Dritte-Welt-Bewegung – Nicaragua, die SPD und unsere Solidarität – PHARMA-Brief – Friedensbewegung im Pazifik – Rüstungsexporte: Pressemitteilung – Materialien – Termine
Einzelheft: 3,– DM, Jahresabo 36,– DM (erscheint 12 x im Jahr)
Bezug: FEA-Verlag, Ruhrstraße 144, 4040 Neuss 21

Mittelamerika Magazin 33/November 1983
Grenada: US-Invasion – Chronik des Überfalls – Erste Schritte zur Wiederherstellung der Demokratie – Internationale Reaktionen; Nicaragua: Angriff auf den Lebensnerv der Wirtschaft – Zur Wehrpflicht – Ein Diskussionsbeitrag.
El Salvador: Heute Grenada – morgen El Salvador?
Honduras: Auf dem Weg zur US-Kaserne
Einzelheft: 2,50 DM, Abo: 165,–/6 Hefte
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

EPN-Informationsdienst für Entwicklungspolitik Nr. 11/83
Bildung: Das neue ABC der Dritten Welt – Auf dem Weg zur Befreiung (G. Grünberg/ B. Pilz) – Mexiko: Neues Verständnis von Erwachsenenbildung – Indien: Überleben auf dem Lande; Dritte Welt und Österreich: Zu Besuch bei Türken – Ausländische Arbeitnehmerinnen – Die Frau ist die Sonne des Hauses; Internationale Entwicklungspolitik: Süd-Süd-Kooperation in Westafrika – Fairer Sport mit Apartheid ist nicht möglich; Ländergeschehen: Zur US-Invasion auf Grenada – Zentralamerika: Ist Frieden möglich? – Kein demokratischer Prozeß mit Pinochet; Gruppenforum: Friede und Befreiung – Kultur : Freiheit mit gesenktem Kopf – Spielwiese für Verlagsriesen – Kurznachrichten – Bücher – Termine
Einzelheft: 4,– DM
Bezug: CON-Vertrieb, Westerdeich 38, 2800 Bremen

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 121/Dezember 1983
Grenada: Reaktionen der karibischen Nachbarn – New Jewel Movement – Nicaragua: Evakuierung Corintos – Guatemala: Terror – Honduras: salvatorianische Flüchtlinge – Kolumbien: M 19 –Peru: Kommunalwahlen – Bolivien: Ein Jahr Demokratie – Chile: Landbesetzungen – Mexiko: Autoindustrie – Politische Gefangene – Wirtschaft: Internationale Verschuldung – Solidarität – Rezensionen – Leserbriefe – Termine
Einzelheft: 3,50 DM, Jahresabo: 40,– DM
Bezug: LN, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

IKA-Zeitschrift für internationalen Kulturaustausch Nr. 24/ Oktober 1983
Schwerpunktthema: Frieden, Befriedung ...
Friedensbewegung: Gandhi, oder die Befriedung der Friedensbewegung – Friedensengagement und Kulturkonflikt – Massenmedien: „Unterwanderung", über die Rolle des CIA in den Massenmedien – Rüstungsexport in die Dritte Welt– USA: „Wir haben die besten Köpfe", über Legitimationsversuche der USA – Kurdistan: Interview mit dem kurdischen Journalisten und Dichter Hüsseyn Erdem – Theater: „Entkolonisierendes Theater", Straßentheater in Brasilien – „Bahamutsi Drama Group", Theater aus Soweto
Einzelheft: 5,– DM, Abo: 20,– DM (4 Hefte incl. Porto)
Bezug: CON, Westerdeich 38, 2800 Bremen

AIB – Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 11-12/ 1983
AIB-Aktuell: Reagans Feuerprobe auf Grenada – Frieden und Dritte Welt: „Air Land Battle". Auf zum atomar-chemischen Präventivkrieg! (W. Brönner) – Nicaragua: Die US-Truppen richten sich in Honduras ein (N. Biver) – Libanon: Die Marines greifen ein – wird der Libanon zum US-Protektorat? – Berichte über Vietnam, El Salvador, Chile, Brasilien, Nigeria, Rückblick: Saigon 1963, Rezensionen Infodienst
Doppelheft 4,50 DM, Jahresabo: 25,– (Einzelheft 2,50)
Bezug: AIB. Liebigstraße 46, 3550 Marburg

FÖRDERKREIS FÜR DIE blätter des iz3w

Viele kleine Spenden sichern unser Überleben

Die »blätter des iz3w« erscheinen mittlerweile seit 12 Jahren. Für eine in starkem Maße von ehrenamtlichen Mitarbeitern getragene Aktionsgruppe, die ohne potente Geldgeber auskommen muß, ist diese Kontinuität keine Selbstverständlichkeit. Zu unserem bisherigen Überleben haben viele Leser der »blätter des iz3w« beigetragen. Zahlreiche Leser haben uns bei Bezahlung der Abonnementrechnung gleichzeitig eine Spende überwiesen. Von großer Bedeutung für uns sind auch die regelmäßigen Spenden, die wir im Rahmen des »Förderkreises« erhalten, da wir mit diesen Einnahmen kalkulieren können.

Deswegen bitten wir alle Leser, die hierzu finanziell in der Lage sind, uns im Rahmen des »Förderkreises« durch einen Dauerauftrag zu unterstützen (ab monatlich DM 5,- bzw. vierteljährlich DM 15,-).
Mit dem Beitrag zum Förderkreis ist das Abonnement bezahlt. Ein Formular zur Einrichtung eines Dauerauftrages, das Sie Ihrer Bank schicken können, haben wir nebenstehend abgedruckt. Inhaber von Postscheckkonten erteilen einen Dauerauftrag auf dem Hauptteil des Überweisungsvordruckes. Bitte informieren Sie auch das iz3w.
Wir danken allen, die durch eine Spende unsere Arbeit finanziell absichern.

An die Aktion Dritte Welt e.V.
Postfach 5328
7800 Freiburg

Ich bin dem Förderkreis des iz3w beigetreten und überweise am .... jeden Monats /
am .... jeden ersten Monats eines Vierteljahres DM .... an die Aktion Dritte Welt e.V.

Ich bin bereits Abonnent: ja – nein

Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift) (Datum)

An

. . . .
(Bank)
Bitte überweisen Sie von meinem Konto Nr. . . . . am . . . . . . jeden Monats / am . . . . jeden

ersten Monats eines Vierteljahres DM . . . .

an Aktion Dritte Welt e.V., Freiburg

Postscheckamt Karlsruhe Nr. 148239 - 755 (Bankleitzahl 660 100 75)*

Dieser Auftrag gilt bis zum Widerruf.

. . . .
(Ort und Datum) (Unterschrift)

* Für Abonnenten in der Schweiz: Postscheckamt Basel, Nr. 40 - 35899,
Für Abonnenten in Österreich : Österreichische Postsparkasse, Nr. 2377.047

Abo + Bestellzettel

Informationszentrum
Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg

Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift) (Datum)

- ☐ **Ich abonniere die „blätter des iz3w" (8 Hefte pro Jahr zum Preis von 40 DM)**
- ☐ **Ich abonniere die „blätter" zum Preis für kleine Brieftaschen (Schüler, Studenten, ZDL'er und andere einkommensschwache Personen für 30 DM p.a.)**
- ☐ **Ich unterstütze das Informationszentrum 3. Welt ein Förderabo von ______ DM (monatl. mind. 5 DM)**
- ☐ **Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar**
- ☐ **Ich bestelle aus eurem Vertrieb (siehe Rückseite)**

Bücher, Broschüren, Materialien

____ iz3w, **Entwicklungspolitik — Hilfe oder Ausbeutung?** Die entwicklungspolitische Praxis in der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe, vollst. überarbeitete Neuauflage Aug. 83, ca. 360 Seiten 14,80

____ iz3w, **»Klar, schön war's, aber ...«**, Tourismus i. d. 3. Welt, Juni 83, 184 Seiten 9,80

____ iz3w, **Der Palästina-Konflikt und was wir damit zu tun haben**, Einführung in die versch. Aspekte des Palästinaproblems, Juni 83, 264 Seiten 10,80

____ Francis Moore Lappé und Joseph Collins, **Zehn Legenden um den Hunger in der Welt »Food First« Comic**, 1977, 84 Seiten 3,50

____ iz3w, **Probleme der 3. Welt**, Einführung für Schüler der Sekundarstufe 1, 1978, 42 Seiten 1,50

____ iz3w / Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal **Nicaragua — Ein Volk braucht Frieden**, Juni 1983, 24 Seiten 1,—

____ iz3w, FDCL, ILA, **Chile — 10 Jahre Militärdiktatur**, Sept. 1983, 24 Seiten 1,—

____ Plakat **»Rohstoffe in der Dritten Welt«**, 2farb., DIN A2 2,—

____ Plakat **»Welthandel«**, 2farb., DIN A2 2,—

____ Plakat **»Ordnung muß sein«**, 2farb., DIN A2 2,—

____ Landkarte **Mittelamerika**, detailliert, 4farb., DIN A1, gefaltet auf DIN A5 7,—

GEB-Loseblattsammlung

Mappen ca. 32 Seiten, kopierfähig, Preis je Ex. 5 DM, ab Nr. 12 6 DM, Doppelnr. 10 DM

____ **Nr. 1:** C. Neven-du Mont: **Nicaragua** (aktualisierte Neuauflage)

____ **Nr. 2:** S. Schulte: **Unterrichtsprojekt.** Praktische Unterstützung für die Frauen und Kinder in den Flüchtlingslagern der Westsahara (vergriffen)

____ **Nr. 3:** W. Reiche / C. Gebhardt: **Peru.**

____ **Nr. 4:** G. Rakelmann: **Zigeuner.**

____ **Nr. 5:** I. Körber / A. H. Behrawan: **Iran.**

____ **Nr. 6:** W. Kobe / D. Seifried: **Welthandel I**

____ **Nr. 7:** W. Schmidt-Wulffen: **Kolonialismus**

____ **Nr. 8/9:** D. Seifried: **Welthandel II** (Neue Weltwirtschaftsordnung, Internationale Arbeitsteilung, Multis)

____ **Nr. 10:** J. Lieser: **Bolivien**

____ **Nr. 11:** H.-J. Müller: **Imperialismus**

____ **Nr. 12:** W. Beyer: **Großtechnologie.** Entwicklungsprojekte in Brasilien

____ **Nr. 13** M. Geisler: **Tourismus**

____ **Nr. 14:** Autorenkollektiv: **Modernisierung des Elends**

Sonderdrucke

Von Themenblöcken der **»blätter des iz3w«** **je Heft 2 DM + Porto**

____ Unterdrückung der Indios, 20 S. — Juni 77

____ Landwirtschaft i. d. 3. Welt (1), 40 S. — Dez. 77

____ Landwirtschaft i. d. 3. Welt (2), 40 S. — Feb. 78

____ Sri Lanka, 20 S. — Feb. 79

____ Ausländer i. d. BRD, 20 S. — Juni 79

____ Frauen i. d. 3. Welt, 32 S. — Aug. 80

____ Angepaßte Technologie, 32 S. — Sept. 80

____ alle Sonderdrucke zusammen zum Preis von 10 DM (7 Hefte) incl. Porto und Verpackung

Bücher im Vertrieb des iz3w

____ Rudolf H. Strahm, **»Überentwicklung — Unterentwicklung«** Ein Werkbuch mit Schaubildern und Kommentaren über die wirtschaftlichen Mechanismen der Armut, 6. Aufl. 1982, 142 Seiten 8,—

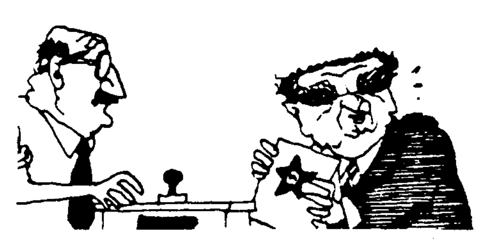
____ B.I.V.S., **Das Elend der Modernisierung — Die Modernisierung des Elends**, Unterentwicklung und Entwicklungspolitik in Lateinamerika, 1. Aufl. 1982, 160 Seiten 5,—

Ausgaben der »blätter des iz3w«

____ **blätter des iz3w**, Nr. ____
Themenschwerpunkt ____
____ 2,50

____ **blätter des iz3w**, Nr. ____
Themenschwerpunkt ____
____ 4,—

____ **blätter des iz3w**, Nr. ____
Themenschwerpunkt ____
____ 5,—



Postscheckkonten:

Aktion Dritte Welt e. V.
Karlsruhe Nr. 148239-755
Basel Nr. 40-35899
Österreichische Postsparkasse 2377.047

Gabi MEIER

Hinterkirchstr. 7

78 Freiburg

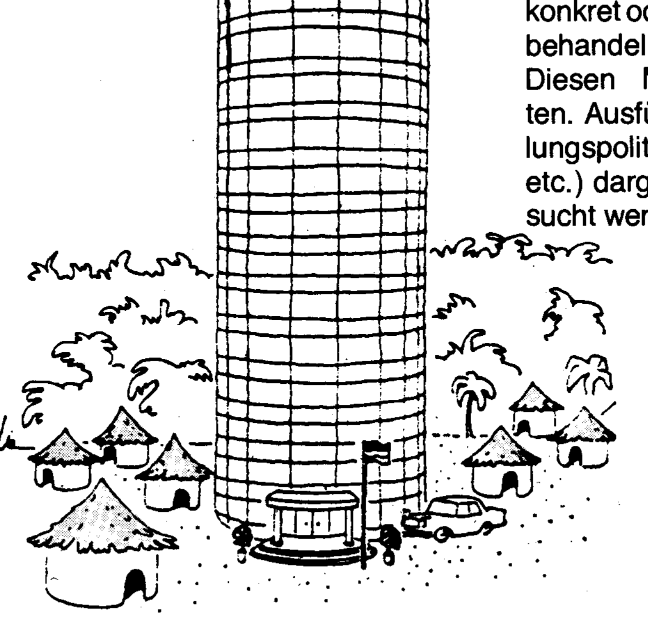
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg



Entwicklungspolitik

Hilfe oder Ausbeutung?

Die entwicklungspolitische Praxis der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe



Wissen Sie Herr Seifried, das Allerwichtigste bei der Entwicklungshilfe ist das Einfühlungsvermögen!

Das Problem der Unterentwicklung in der Dritten Welt wird sich in den nächsten Jahren weiter dramatisch zuspitzen.
Die staatliche Entwicklungspolitik erhebt den Anspruch, zur Überwindung der Unterentwicklung beizutragen. Der Mangel bisheriger Veröffentlichungen zur Entwicklungspolitik besteht zumeist darin, das Thema entweder global und damit zu wenig konkret oder zu isoliert von den übrigen Bereichen der Politik zu behandeln.
Diesen Mängeln versucht dieses Buch entgegenzutreten. Ausführlich werden die einzelnen Sektoren der Entwicklungspolitik (Landwirtschaft, Infrastruktur, Bildungswe-sen etc.) dargestellt , wobei jeweils auch einzelne Projekte untersucht werden.
Die Analyse und die Bewertung der Entwicklungspolitik geschehen vor dem Hintergrund des außenwirtschaftlichen Verhaltens der BRD, ihrer Außenhandelspoliitik und ihrer Politik des internationalen Kapitalverkehrs.

Diese völlig überarbeitete und erweiterte Neuauflage beschränkt sich nicht auf die Analyse des heutigen Zustands. Sie geht weiter und versucht Alternativen zur bestehenden Entwicklungspolitik zu zeigen und auch zu erläutern, was interessierte Personen und Gruppen in diesem Bereich tun können.

Hrsg.: Informationszentrum Dritte Welt/Freiburg

7. überarbeitete und erweiterte Aufl., Okt. 1983 · 384 S., 14,80 DM
ISBN 3-922263-01-1 · Bestellungen ans iz3w oder Buchhdl.